DIE GRÜNEN
Bundesgeschäftsstelle

JÜRGEN MAIER
Mitglied im Bundesvorstand

Dokumentation zur Nahost-Politik der GRÜNEN

Inhalt:

Vorbemerkung: Der Nahostkonflikt und DIE GRÜNEN 1

Grundlagen der Nahost-Politik der Fraktion in der 11. Legislaturperiode 9

Pressedienst des Bundesvorstands Nr. 178/87 vom 27.10.1987 12

Pressedokumentation zur Israel-Reise 14

Gegendarstellung von Jürgen Maier an die Frankfurter Rundschau 17

Pressekonferenz der GRÜNEN-Delegation in Tel Aviv 18

Birgit Bögler: Brief an den Fraktionsvorstand 23

Jürgen Reents: Go East! Anmerkungen zu einem deutschen Besuch in Israel 26

Taz-Interview mit Waltraud Schoppe und Otto Schily 32

Palästina Bulletin Nr. 44/87 vom 30.10.1987 34

Ellen Olms: Wissen wir um die Dramatik des Palästina-Problems? 37

Gina Meir-Düllmann: Stellungnahme zur Israel-Reise 39

Brief der BAG-Internationalismus an die Delegationsmitglieder 42

Jörn Böhme: Brief an die Delegationsmitglieder 44

Erklärung des Landesvorstands der GRÜNEN-Hessen 48

Erklärung des Landesvorstands der GAL/DIE GRÜNEN-Hamburg 49

Jutta Oesterle-Schwerin: Artikel in AIB Nr. 7/87 50

Henryk M. Broder: Grüne Innenpolitik vor levantinischen Kulissen 51

Leserbrief-Echo auf Henryk M. Broder 53

Beschluß der Kreisversammlung der GRÜNEN Frankfurt 54

Beschluß des Landesausschusses der GRÜNEN-Baden-Württemberg vom 14./15. März 1987 in Singen 55

Grußwort der PLO-Vertretung auf der Bundesversammlung der GRÜNEN in Oldenburg vom 19./20.9.1987 57

Amos Wollin: Druck auf Palästinenser wächst (taz v. 17.3.1987) 59

Der Nahostkonflikt und DIE GRÜNEN

Die vorliegende Dokumentation zu der Nahost-Kontroverse innerhalb der GRÜNEN versucht, die Hintergründe dieser Kontroverse, die über die Presse so gut wie nicht zu erfahren waren, für die Basis und andere Interessierte transparenter zu machen.

Zum ersten Mal war der Nahostkonflikt 1984/85 Gegenstand eines Konfliktes auch innerhalb der GRÜNEN. Im Dezember 1984 war eine Delegation nach Israel und benachbarte arabische Länder gereist, die damals gemischt aus Bundestagsfraktion, Bundesvorstand und Europaparlamentsgruppe der GRÜNEN bestand. Sie erntete weniger für die vertretenen Positionen als vielmehr für die Art des Auftretens herbe Kritik in Israel und teilweise innerhalb der GRÜNEN. Teilnehmer waren damals Jürgen Reents, Gaby Gottwald (MdBs), Ulrich Tilgner (Fraktionsmitarbeiter), Ali Schmeissner (BuVo), Brigitte Heinrich (MdEP), Mohammad Azazmah (BAG Internationalismus)

Als im Februar 1987 sich die Notlage der belagerten Palästinenserlager im Libanon zuspitzte und auch DIE GRÜNEN gefragt waren, dies nicht einfach tatenlos hinzunehmen, war also die Nahostfrage keineswegs neu. In der BRD bildete sich ein Trägerkreis "Rettet die Palästinenser im Libanon", dem neben palästinensischen Organisationen in der BRD auch medico international, der Bundeskongress Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO), der Bundeskongress Unabhängiger Friedensgruppen (BUF) unter anderen auch der Bundesvorstand der GRÜNEN beitraten. Erste Aktivität des Trägerkreises war eine Demonstration am 21.2.1987 in Bonn. Mitunterzeichner des Demonstrationsaufrufes war der Bundesvorstand, der durch Lukas Beckmann auch mit Redebeiträgen auf der Kundgebung und der dazugehörigen Pressekonferenz vertreten war. Die Bundestagsfraktion lehnte allerdings ab, den Aufruf mitzuunterzeichnen - Waltraud Schoppes Mitarbeiter Udo Knapp erklärte gar, der Aufruftext sei "tendenziell antisemitisch", weil er eben auch die Mitverantwortung Israels für die Lage der Palästinenser in den Camps im Libanon nicht verschwieg. Stattdessen präsentierten W. Schoppe und Dietrich Wetzel einen eigenen Aufruftext, der in einer Kompromiß-Fassung am 19.2.87 beschlossen wurde. Hauptkritikpunkt waren für viele unklar formulierten Passagen im ursprünglichem Aufruftext zum Existenzrecht Israels. Immerhin wurde von der Fraktion dann beschlossen, für die Anerkennung der PLO als legitime Vertretung des palästinensischen Volkes und für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser und einen "eigenen, unabhängigen Staat an der Seite Israels" einzutreten. Im Grunde sind das ja auch Selbstverständlichkeiten für eine Partei, die für die Achtung der Menschenrechte und die Rechte der Unterdrückten eintritt.
Der Trägerkreis lud als Rednerin für die Demonstration Ellen Olms (MdB) ein. Nachdem in der Fraktion ein Antrag von Dietrich Wetzel abgelehnt worden war, Ellen Olms aufzufordern, bei der Kundgebung überhaupt nicht zu reden, weil "DIE GRÜNEN sich die Rednerinnen nicht von der PLO aussuchen" lassen könnten, wurde von der Fraktion schließlich beschlossen, daß Ellen als Person, aber nicht im Namen der Fraktion dort reden könne.
Am 28.2. bat dann Jürgen Reents für den Trägerkreis den Bundesvorstand, die Bundestagsfraktion und die BAGs Frieden und Internationalismus der GRÜNEN, gemeinsam mit den anderen Organisationen des Trägerkreises folgende weiter Aktivitäten zu unternehmen, um öffentlichkeit für die Lage der Palästinenser zu schaffen:
- Veranstaltungsreihe in mehreren Städten der BRD
- ein Nahosthearing in der ersten Junihälfte 1987 zum 20. Jahrestag des Sechstagekriegs zu veranstalten.

Am 26.3. schlug Alexander Schubart für den Trägerkreis den GRÜNEN zudem vor, sich im November 1987 zum 40. Jahrestag des UN-Teilungsplans für Palästina an einem pa-

lästinensisch-israelischen Dialog-Forum gemeinsam mit den anderen Organisationen des Trägerkreises zu beteiligen.

Der Bundesvorstand war zu diesem Zeipunkt bereits zu sehr mit den internen Querelen beschäftigt, die sich vor den Neuwahlen am 2.5. (Duisburger Parteitag) noch einmal häuften, um darüber vor diesen Neuwahlen noch zu beschließen. Das gemeinsame Treffen der BAGs Frieden, Internationalismus und Menschenrechte am 4./5.4.87 unterstützte die Vorschläge des Trägerkreises und diskutierte sie inhaltlich im Detail. Dieses gemeinsame Treffen war allerdings bereits mit der Entscheidung des zuständigen Fraktionsarbeitskreises 8/9 konfrontiert, für den Frieder Wolf mit Datum 1.4.87 Trägerkreis, Bundesvorstand und den BAGs mitteilte, daß der AK folgenden Beschluß gefaßt habe:

"Der Arbeitskreis empfiehlt der Fraktion, sich an einer solchen Initiative nicht zu beteiligen.
Diese Empfehlung bezieht sich sowohl auf den Vorschlag, sich um eine Trägerschaft zur Durchführung dezentraler Veranstaltungen zu bemühen als auch auf den Vorschlag, ein Nahost-Hearing im Juni durchzuführen oder sich in sonstiger Weise an einer solchen Initiative zu beteiligen.

Der Arbeitskreis hält es durchaus für wichtig, das Thema "Palästinakonflikt" aufzugreifen, ist aber zugleich der Ansicht, daß DIE GRÜNEN dafür zuerst eine politische, langfristig angelegte Konzeption entwickeln müssen. Da eine solche Konzeption bisher fehlt, schlägt der Arbeitkreis die Bildung einer Fraktionsarbeitsgruppe "Nahost" vor und stellt es Jürgen anheim sich an dieser Arbeitsgruppe zu beteiligen.
Der Arbeitskreis warnt vor Aktivitäten, die das Mißverständnis erwecken könnten, als wollten DIE GRÜNEN eine Mittlerrolle im Palästinakonflikt übernehmen. Bei der von Jürgen vorgeschlagenen Initiative könnte dieses Mißverständnis durchaus auftauchen. Der Arbeitskreis hat zugleich Sorge, daß bei dem vorgesehenen Rahmen (20. Jahrestag israelischer Besatzungspolitik) eine solche Initiative zu einem Tribunal gegen Israel werden könnte. Vor allem diese Gründe waren es, die den Arbeitskreis mehrheitlich zu o. g. Empfehlung bewogen haben.

Der Vorschlag, daß ein Mitglied der Fraktion sich am kommenden Wochenende an den im Rahmen des Treffens der BAGs Frieden/Internationalismus/Menschenrechte zu erwartenden Diskussionen zu Jürgens Initiative offiziell beteiligen sollte, wurde abgelehnt."

Insbesondere die Diskussionsverweigerung gegenüber den BAGs nahmen diese natürlich mit einiger Empörung auf - allein, dies war kein Aprilscherz, sondern ernstgemeint.

Auf die Idee, daß ein Hearing wohl ein hervorragender Schritt wäre, wenn es an einer "politisch, langfristig angelegten Konzeption" fehlt, und diese noch "entwickelt werden muß", schien der AK 8/9 nicht zu kommen - bis heute lassen die Initiativen zur Entwicklung einer solchen Konzeption auf sich warten, noch nicht einmal die Stelle eines wissenschaftlichen Mitarbeiters für Nahostfragen ist besetzt. Daß es jedoch bei einigen Leuten überhaupt nicht an eigenen Konzeptionen fehlt, wurde allerdings kurz darauf deutlich. Als nämlich Anfang April der israelische Staatspräsident Chaim Herzog die BRD besuchte, wurde mit Hilfe vollendeter Tatsachen der Öffentlichkeit bekannt, welche politische Konzeptionen manche Mitglieder des AK 8/9 verfolgen. Als Herzog in Bonn war, traf er auch mit den Abgeordneten Otto Schily und Waltraud Schoppe zusammen. Diese gaben dann am 8.4. über dieses Treffen eine Presseerklärung ab, die sich durch praktisch völligen Verzicht auf eine kri-

tische Betrachtung der Rolle Israels im Nahost-Konflikt auszeichnet, in der viel über die Bedrohung Israels z. B. durch Waffenlieferungen an Saudi-Arabien, aber nichts über die Bedrohung arabischer Länder durch Israel gesagt wird und in der sich Schily und Schoppe für eine internationale Friedenskonferenz "unter Beteiligung der Palästinenser" aussprechen. Da konnte Herzog sicherlich zustimmen - schließlich will Israel auf keinen Fall die PLO als die selbstgewählte Vertretung der Palästinenser bei einer solchen Konferenz, sondern selbstausgesuchte Palästinenser. Eine unklare Formulierung - klare Formulierungen waren noch vor kurzem bei der Diskussion um den Demo-Aufruf am 21.2. gefordert worden. Das Büro Angelika Beer bezeichnete diese Presseerklärung in einem Rundschreiben an die Fraktion als "eine Ungeheuerlichkeit. Es handelt sich um den kaum maskierten Versuch, ohne jede inhaltliche Diskussion die politischen Positionen der GRÜNEN durch einige wenige Abgeordnete zu verändern." Am 9.4. gaben daher Alfred Mechtersheimer und Thomas Ebermann eine gemeinsame Presseerklärung zum Herzog-Besuch ab, in der sie die Forderungen der israelischen Opposition nach Rückzug aus den besetzten Gebieten und Selbstbestimmungsrecht für die Palästinenser unterstützen und die Interventionspolitik Israels kritisieren. Waffenexporte nach Saudi-Arabien wurden ebenso kritisiert wie Israels ausgedehnter Waffenhandel in der 3. Welt.

Nach diesem Vorfall wurde bereits ein Tagesordnungspunkt Nahost für eine Fraktionssitzung beantragt.

Am 2. Mai passierte dann die nächste GRÜNE Peinlichkeit in Sachen Nahost. Es ist üblich, daß bei GRÜNEN Parteitagen immer eine Reihe befreundeter ausländischer Organisationen und Befreiungsbewegungen aus der 3. Welt Grußadressen halten können - so wie wir diese Möglichkeit bei diesen Organisationen auch haben. Auf dem Duisburger Parteitag verstiegen sich jedoch einige Präsidiumsmitglieder dazu, die PLO-Grußadresse nicht zuzulassen. Das Präsidium war nicht in der Lage, diese Mitglieder zu überstimmen. Es bedürfte erst einer Abstimmung unter den Delegierten, die mit großer Mehrheit das Grußwort zuließen. Für diese bisher beispiellose Brüskierung einer ausländischen Organisation mußte sich der Bundesvorstand anschließend entschuldigen. Ein inhaltlicher Antrag zur Palästinenserfrage von Jürgen Reents u. a. wurde in Duisburg aus Zeitgründen nicht mehr behandelt.

Der Trägerkreis "Rettet die Palästinenser im Libanon" arbeitete unterdessen zwar weiter, war jedoch auf die Finanzkraft der GRÜNEN, und hier vor allem der Bundestagsfraktion, angewiesen, um Nahost-Hearing und Dialog-Forum durchführen zu können. Veranstaltungen mit oppositionellen Israelis und Palästinensern hatten inzwischen, gemeinsam organisert von Trägerkreis-Mitgliedern und GRÜNEN Landesverbänden, u. a. in Hamburg und Baden-Württemberg stattgefunden. Am 15.6. befaßte sich dann schließlich der neue Bundesvorstand mit den Vorschlägen des Trägerkreises. Die Frage des Hearings im Juli hatte sich durch Zeitablauf damit bereits erledigt, für das für November geplante Dialog-Forum beschloß der Bundesvorstand eine Unterstützung und sagte auch finanzielle Beteiligung zu, die allerdings nicht die fehlenden Mittel insgesamt abdecken könnte. Ohne die finanzstärkere Fraktion war das Projekt nach wie vor nicht zu realisieren. In einer gemeinsamen Sitzung mit dem Fraktionsvorstand am selben Tag forderte der Bundesvorstand die Fraktion auf, sich Initiativen zur Nahostfragen gegenüber nicht weiter ablehnend zu verhalten, sondern entweder die Vorschläge des Trägerkreises zu unterstützen oder bessere vorzuschlagen. Seitens des Fraktionsvorstandes wurden drei Kritikpunkte an der Forumskonzeption erwidert:

- das Konzept und die personelle Zusammensetzung der Podien sei unausgewogen (noch heute warte ich auf die Verbesserungsvorschläge, um die ich gebeten hatte)
- das Datum im November sei politisch unpassend wegen des

Jahrestages des Teilungsbeschlusses (das hat sich inzwischen sowieso erledigt)
- und im übrigen sei es sowieso unangebracht, solche Veranstaltungen ausgerechnet in Deutschland zu machen (damit kann man allerdings jede Initiative erledigen ...)

Am 23. Juni fand dann die nächste Sitzung der Gesamtfraktion mit Schwerpunkt Nahost statt. Auf Antrag des AK 8/9 wurde indes die Beschlußfassung über die Frage, ob sich die Fraktion am Dialog-Forum beteiligen soll, auf den 15.9. vertagt - wohl wissend, daß eine solche Veranstaltung damit im November nicht machbar wäre: Es handelte sich um die letzte Fraktionssitzung vor der Sommerpause. Weitere Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Am 3.9. trat dann das GRÜN-Alternative Bündnis im Europäischen Parlament dem Trägerkreis bei und beschloß eine Unterstützung und Beteiligung des Dialog-Forums, so es denn stattfindet. Als dann die Fraktionssitzung am 15.9. stattfand, konnten zahlreiche Interessenten unverrichteter Dinge wieder abreisen. Zwei Tage zuvor hatten die schleswig-holsteinische und die bremische Landtagswahl stattgefunden, das war wichtiger.

Vertagt auf den 6.10., spielte das Dialog-Forum in der Fraktions-Diskussion keine große Rolle mehr. Es hatte sich einstweilen ohnehin zeitlich erledigt. Was aber auch nicht diskutiert wurde, war die bevorstehende Israel-Reise von Otto Schily, Waltraud Schoppe und Dietrich Wetzel. Wie nämlich inzwischen bekannt geworden war, hatten Schily und Schoppe bei ihrem Treffen mit Herzog im April eine "persönliche Einladung" nach Israel bekommen, die später auf Dietrich Wetzel ausgedehnt worden war. Es handelte sich bei dieser Delegation also um eine, die nicht von den GRÜNEN zusammengestellt worden war, sondern von der israelischen Regierung - als Versuch z. B. von Regierungen des Warschauer Pakts, sich ihre genehmen GRÜNEN für Delegationsreisen auszusuchen, hatten DIE GRÜNEN konsequent und strikt abgelehnt und notfalls lieber die Reise abgesagt. Trotz persönlicher Einladung waren es allerdings keine völligen Privatreisen - der Fraktionsvorstand übernahm die Reisekosten.

Als Beschlußvorlage am 6.10. existierte nur ein Papier von Schily, Wetzel und W. Schoppes Mitarbeiter Udo Knapp. Schily war indes bei der Sitzung abwesend, Schoppe nur kurzzeitig anwesend. Das Papier wurde allerdings nur in einer Form verabschiedet, in der manche Passagen als "präzisierungsbedürftig" offengelassen wurden, darunter erneute die Frage, wer denn nun das palästinensische Volk bei einer internationalen Friedenskonferenz repräsentieren soll: nicht näher definierte "Palästinenser" oder eben die PLO. In der Vorlage steht wieder nur das undefinierte "Palästinenser", als Dietrich Wetzel diese während der Sitzung in "PLO" ändern wollte, widersprach Mitautor Udo Knapp, so sei das aber nicht abgesprochen gewesen, Wetzel könne das jetzt nicht ändern. Immerhin: Beschlußlage der Fraktion war damit erneut, daß ein palästinensischer Staat neben Israel gefordert wird. Über die PLO erklärt das Papier wolkig, sie "handelt allem Anschein nach in Übereinstimmung mit der Mehrheit der Palästinenser". Wie die Fraktion bereits im Februar zutreffend feststellte, als es um den Demo-Aufruf ging, führen unklare Formulierungen zu Mißverständnissen. Warum sagt man nicht einfach, daß die PLO als rechtmäßige Vertretung des palästinensischen Volkes anzuerkennen ist? Abgelehnt wurde die Idee Schily, Knapps und Wetzels, das lange zeitlich verschobene Dialog-Forum jetzt auch noch räumlich zu verschieben und es 1988 in Amsterdam oder Brüssel zu veranstalten. Zutreffend stellte die Fraktion fest, daß DIE GRÜNEN derartige Veranstaltungen in der BRD machen sollten, schließlich ist die BRD unser Organisationsbereich.

Nicht gelöst wurde am 6.10., daß es natürlich mindestens problematisch ist, wenn sich GRÜNE von der israelischen Regierung einladen lassen. In anderen Fällen haben es GRÜNE bisher stets vermieden, sich in Konfliktregionen von einer am Konflikt beteiligten Regierung einladen zu lassen und sich von dieser den größten Teil des Reiseprogramms zusammenstellen zu lassen.

Nachdem der Fraktionsvorstand für diese durch persönliche Einladungen des israelischen Staatspräsidenten an drei Abgeordnete zustandegekommene Delegation die Reisekosten bewilligt hatte, konnte es nun losgehen. Von gründlicher innerparteilicher Diskussion vor der Reise konnte allerdings keine Rede sein ...

Die israelische Regierung konnte denn auch zufrieden sein mit dem Auftreten der Delegation. Eine derart israelfreundliche Delegation dürfte nicht alle Tage Israel besuchen. Die Delegation vermittelte eine Bild der GRÜNEN, als hätten wir auf einmal serienweise Positionen der israelischen Regierung übernommen. Im einzelnen ist dies nachzulesen in den hier zusammengestellten Texten - dem Text der Pressekonferenz, den Artikeln von Amos Wollin in der taz, sowie der Erklärung der Bundesvorstandes und der Jüdischen Friedensinitiative, dem Text von Jürgen Reents und der Austrittserklärung von Birgit Bogler. Ich will das hier nicht noch einmal wiederholen. Die offenbar beabsichtigte Wirkung wurde erzielt. Auf die Frage des Korrespondenten der Stuttgarter Zeitung, Ulrich Sahm, auf der Abschlußpressekonferenz:
"Wie muß ich verstehen, daß vor zwei Jahren, als eine Delegation der GRÜNEN hier war, so ziemlich genau das Gegenteil von dem erzählt worden ist, was Sie jetzt sagen?" antwortete Schily: "Das müssen Sie so verstehen, daß die Partei gereift ist."

Fraglich scheint mir da allerdings zu sein, welche Gremien eine solche "Reifung" der Partei je beschlossen haben sollen, nachdem Teile der Fraktion (u. a. Delegationsmitglieder) monatelang Nahost-Hearing und Dialog-Forum verhindert haben, und es stattdessen vorzogen, ohne interne Diskussion mit ihren Positionen an die öffentlichkeit zu gehen, obwohl sie selbst beschlossen hatten (31.3.): "Der Arbeitskreis (8/9 der Fraktion, J. M.) hält es durchaus für wichtig, das Thema "Palästinakonflikt" aufzugreifen, ist aber zugleich der Ansicht, daß DIE GRÜNEN dafür zuerst eine politische, langfristig angelegte Konzeption entwickeln müssen." Im AK 8/9 wurde die Reise Schilys, Schoppes und Wetzels jedenfalls nicht diskutiert - obwohl doch erst eine Konzeption entwickelt werden mußte.

Sollen etwa über das Schaffen vollendeter Tatsachen wie z.B. Reisen auf Einladung der israelischen Regierung solche Konzeptionen auch ohne innerparteiliche Diskussion entwickelt werden?

Über ein derart unsolidarisches Verhalten nach dem Motto "Le parti c'est moi" waren diejenigen, die die von der Delegation vertretenen Positionen für falsch halten und die angesichts der Reise die bislang guten Beziehungen der GRÜNEN zur israelischen Opposition und zur PLO in Gefahr sahen, natürlich empört. Was Amos Wollin aus Tel Aviv in der taz vom 24.10.87 über die Pressekonferenz von Waltraud Schoppe und Otto Schily in Tel Aviv berichtete, übertraf alle möglichen Befürchtungen. Ein Anruf bei Wollin bestätigte, daß die Berliner taz-Zentralredaktion nicht sinnentstellend gekürzt hatte, vielmehr mancherlei (z. B. die Aussage, die Palästinenser hätten aus der Begegnung mit Israel Demokratiefähigkeit gelernt) sogar noch weggelassen hatten. Wollin erklärte, die israelische Opposition sei allgemein enttäuscht über den Besuch der Delegation, soweit sie ihn wahrgenommen habe. Da ich nicht der Meinung war, eine derartige Reise einfach unkommentiert so

stehen zu lassen und die Außenpolitik der GRÜNEN dem Belieben derjenigen überlassen zu können, die ihre Flugtickets bezahlt bekommen, beantragte ich für die Bundesvorstandssitzung am 26.10., der Vorstand solle das Auftreten der Delegation kritisieren und die verzerrte Darstellung GRÜNER Nahostpolitik klarstellen. Der Vorstand beschloß mit 6:1 strömungsübergreifend dies zu tun; die Jüdische Friedensinitiative Bonn unterzeichnete die Erklärung ebenfalls. Daß weder Bundesvorstand noch Jüdische FI vorher mit Schily und Schoppe gesprochen hatten, die inzwischen wieder in der Bundesrepublik eingetroffen waren, mag zwar angesichts der Vorgeschichte verständlich sein, war aber dennoch ein Fehler, für den sich der Bundesvorstand später entschuldigt hat. Nachdem die Teilnehmer der Pressekonferenz allerdings seit der Bundestagswahl und der Konstituierung der neuen Fraktion den Dialog ihrerseits ständig aus dem Weg gegangen sind und stattdessen lieber Fakten geschaffen haben, sitzen sie diesbezüglich allerdings im Glashaus. Hier müssen sich alle Beteiligten bessern.

BuVo und Jüdische FI saßen daher einer, nicht aus Israel stammenden Fehlinformation auf, nämlich daß ein Angebot des UNO-Flüchtlingskommissariats für Besuche von Flüchtlingsprojekten in der Westbank ausgeschlagen worden sei. Dieses Angebot existierte nicht. Das ändert allerdings nichts daran, daß man nicht in die besetzten Gebiete fahren kann, dort sich mit rechtsradikalen Siedlergruppen treffen kann, um die palästinensischen Flüchtlingslager dagegen einen Bogen machen kann und dann den Eindruck vermeiden kann, man stehe nicht auf Seiten der Besatzungsmacht, sondern fordere vielmehr den Rückzug dieser Besatzungmacht. Die anderen von uns kritisierten Aussagen können in der Erklärung nachgelesen werden, s. Anlage.

Schily und Schoppe nahmen diese Kritik zum Anlaß, die Erklärung des Vorstandes als "Gebräu von Lügen und Dummheiten" zurückzuweisen. Schily betonte, "in allen Gesprächen sowohl mit Regierungsvertretern als auch mit der israelischen Opposition und Palästinensern" seien sie für die Räumung der besetzten Gebiete und für den "Anspruch des palästinensischen Volkes auf eine eigene staatliche Form" sowie für eine Nahost-Friedenskonferenz unter Beteiligung der PLO eingetreten. Das Problem ist jedoch, daß sie es auf der abschließenden Pressekonferenz, die natürlich von allen Elementen der Reise die größte Auswirkung hatte, nicht taten, sondern sich in einer Weise äußerten, die ganz andere Positionen suggerierte - das muß wohl auch beabsichtigt gewesen sein, sonst wäre die erstaunte Frage, warum DIE GRÜNEN jetzt das Gegenteil von dem erzählen, was sie bei der letzten Delegationsreise erzählten, nicht bejaht worden. An dieser Stelle ist auch anzumerken, daß FR-Korrespondent Winter mich verzerrend in seinem Bericht am 28.10. zitiert hat. Siehe weiter unten.

Noch bevor die Erklärung des Bundesvorstandes in der Presse war, bat auch die PLO-Vertretung in Bonn um ein dringendes Gespräch mit dem Bundesvorstand, da sie sich nach den Duisburger Vorfällen ein weiteres Mal im Unklaren darüber befand, wo DIE GRÜNEN eigentlich im Nahost-Konflikt stehen, bzw. ob DIE GRÜNEN nun wie bei jedem anderen Volk auch im Falle der Palästinenser für das Selbstbestimmungsrecht eintreten oder ob sie hier eine Ausnahme machen wollten. Obwohl ich der PLO versichern konnte, daß wir weiterhin für die Rechte der Palästinenser eintreten, muß natürlich gesagt werden, daß solche Reisen nicht unbedingt dazu beitragen, daß die Außenpolitik der GRÜNEN als konsequent und glaubwürdig wahrgenommen wird, weil diese Politik offenbar nur sehr schwer dazu zu bringen ist, ihre Position intern demokratisch zu klären und dann ihre Auftritte im Ausland entsprechend zu gestalten.

In der Partei und vor allem der Presse eskalierte der Konflikt um die Nahostfrage dann zu einem der bekannten "Fundi-Realo-Konflikte" - was sollte es auch anders

sein, wenn der Bundesvorstand Otto Schily und Waltraud Schoppe kritisiert? Allerdings dachte ich bisher eigentlich immer, man könne sehr wohl für die Rechte der Palästinenser eintreten und deutliche Kritik an der israelischen Politik üben und trotzdem Koalitionen mit der SPD befürworten. Aber so differenziert darf man das wohl doch nicht sehen, wer Schily und Schoppe kritisiert, muß ein Fundi sein, muß den Realos insgesamt eins reinwürgen wollen. Soweit entpolitisiert und Zustimmung zu oder Kritik an bestimmten Leithammeln bzw. Leitschafen reduziert ist der Strömungsstreit inzwischen, tatkräftig geschürt durch die Medien, die es fertigbrachten, über die inhaltlichen Streitpunkte der Nahostkontroverse so gut wie nichts zu berichten. Beispielhaft für diese nur noch an Personen und leider überhaupt nicht an Inhalten orientierte Betrachtungsweise sei zitiert die "Erklärung des Landesrealotreffens NRW vom 18.11.1987":

"Die Teilnehmer/innen am Landestreffen grüner Reformpolitiker/innen Nordrhein-Westfalen (Landesrealotreffen NRW) erklären ihre Solidarität mit den anläßlich ihrer Israelreise auf üble Weise verleumdeten Bundestagsabgeordneten Otto Schily, Waltraud Schoppe und Dietrich Wetzel. Die von fundamentalistischen Parteifreunden gezielt betriebene Polarisierungskampagne verfolgt den Zweck, Fraktions- und Parteimitglieder zu entmutigen und zu Kurzschlußreaktionen bis hin zum Parteiaustritt zu verleiten."
Emanzipiert Euch doch mal von Euren Strömungsleithammeln.

In Israel war inzwischen der taz-Korrespondent Amos Wollin unter Beschuß geraten. Der Bonner Korrespondent der Zeitung "Ha`aretz" berichtete am 29.10., aufgrund Wollins Bericht in der taz, der aus lauter Lügen und Verleumdungen bestehe, sei innerhalb der GRÜNEN scharfe Kritik an der Israel-Delegation laut geworden. Amos Wollin wurde persönlich als Autor des taz-Artikels genannt. In einem Telefonat teilte mir Wollin am 29. Oktober mit, er gerate jetzt auch unter Druck seitens der Berliner taz-Zentralredaktion und befürchte, daß auf die taz in der BRD Druck ausgeübt werde, ihn rauszuschmeißen. Er habe glücklicherweise die Pressekonferenz auf Tonband aufgenommen, er könne seinen Bericht über die Pressekonferenz in der taz vom 24.10. also lückenlos belegen. Er lasse uns die Bänder zukommen und bittet uns, ihn gegen diese Verleumdungskampagne in Schutz zu nehmen. Die Abschrift der Bänder ist in der Anlage und steht in der Tat in voller Übereinstimmung mit dem taz-Bericht.

In der Fraktion kursierte dann ein offener Brief von Mitarbeitern/innen an Schily und Schoppe, s. Anlage. Auch er übte deutliche Kritik an der Reise. Waltraud Schoppe rief am selben Tag Gina Meir-Düllmann (Mitunterzeichnerin) an, die auch in der Jüdischen Friedensinitiative mitarbeitet, und drohte ihr wegen ihrer Kritik "böse Folgen" an.

Am 3.11. sollte dann auf einer Fraktionssitzung schwerpunktmäßig über die Reise und die Kritik des Bundesvorstandes daran diskutiert werden. Die Schüsse an der Startbahn West kamen dazwischen, das Thema wurde um eine Woche vertagt. Am 10.11. wurde dann auf der nächsten Sitzung allseits Kritik am Auftreten der Delegation in Israel laut, auch von Realos, die sich noch die Freiheit nehmen, auch mal Otto Schily und Waltraud Schoppe zu kritisieren. Auch das Vorgehen des Bundesvorstandes, vor einer Erklärung nicht mit Schoppe und Schily zu sprechen, wurde (zurecht) kritisiert. Auch an der Existenz der Tonbandabschriften wurde Kritik laut, was ich im Interesse einer nachprüfbaren Faktenlage nicht ganz verstehen kann. Teilweise von außerhalb angereiste Leute, Deutsche, Israelis und Palästinenser, GRÜNE und Nicht-GRÜNE, die sich mit dem Thema ausführlicher befaßt haben, konnten sich an der Diskussion erst beteiligen, nachdem ein Antrag von Schily abgelehnt wird, ihnen kein Rederecht einzuräumen.

Vor lauter Emotionalisierung und Personalisierung lief inhaltlich in dieser Sitzung nicht viel, entsprechend war die Berichterstattung. Hier tat sich besonders unrühmlich Martin Winter von der Frankfurter Rundschau als ein Journalist hervor, der eigene politische Präferenzen und saubere Berichterstattung nicht immer vereinbaren kann. Sozialdemokrat Winter, vor seiner Zeit bei der FR Mitarbeiter in der Bonner SPD-Baracke, dreht mir in seinem Artikel erneut das Wort im Mund herum, ein Gegendarstellungsverfahren läuft. Manche dezidiert konservative Journalisten sind demgegenüber wesentlich besser in der Lage, sauberen Bericht und Kommentar zu trennen.

Am Ende der Diskussion wird mit 13:12 Stimmen ein Antrag von Schily, Schoppe und Wetzel, die Fraktion solle die Reise als "erfolgreich" bezeichnen, die Kritik des Bundesvorstandes zurückweisen und "in personeller Kontinuität" 1988 arabische Länder besuchen, abgelehnt, auch mit Realo-Stimmen. Stattdessen wird lediglich der Beschluß der Fraktion vom 6.10. bestätigt. Nachdem Schoppe mit drastischen Konsequenzen droht, wird mit 11:9 zuerst beschlossen, einen Antrag zu befassen, die Delegation habe grüne Positionen nicht verlassen, und dann mit 16:7:4 angenommen.

Über die Abstimmungsniederlage erzürnt, eskaliert Schily den Konflikt weiter, droht mit Austritt, das Wort von der "Spaltung" macht die Runde. Schuldzuweisungen massivster Art richten sich vornehmlich gegen den Bundesvorstand, der angeblich den ganzen Konflikt verursacht habe. Joschka Fischer beschimpft den Vorstand, "die Kadermentalität des Kommunistischen Bundes" habe Einzug gehalten (dabei gibt es kein einziges Ex-KB-Mitglied im BuVo), und der Vorstand betreibe "eine politische Kopf-ab-Mentalität". Am selben Tag kommt dann in der Tat die erste Rücktrittsforderung, allerdings vom Landesvorstand der hessischen GRÜNEN. "Es ist an der Zeit, daß die Verantwortlichen im Bundesvorstand den Beisitzer Jürgen Maier zum Rücktritt zwingen", so die Hessen. Vor einer solchen Erklärung vielleicht mal mit mir zu sprechen, ob denn beispielsweise die Berichte des FR-Korrespondenten Martin Winter zutreffen, hatten die Hessen allerdings nicht nötig. Politische Kopf-ab-Mentalität, kann ich da nur sagen. Auf welchem Niveau die Hessen vorgehen, zeigt noch eine weitere Passage ihrer - beiliegenden - Erklärung: "Dagegen schaden alle, die die Auflösung des Staates Israel fordern, grüner Politik" - können die Hessen vielleicht mal sagen, wer die Auflösung des Staates Israel fordert? Der Bundesvorstand jedenfalls hat das Existenzrecht Israels explizit unterstützt.

Offensichtlich hat sich die seit längerem schwelende Auseinandersetzung um die Nahostpolitik der GRÜNEN nur als Auslöser eines tieferliegenden Konflikts erwiesen. Vielleicht wäre es einfach besser gewesen, <u>vorher</u> ein Nahost-Hearing und ein Dialog-Forum, evtl. sogar noch eine demokratische innerparteiliche Diskussion und Beschlußfassung unter Beteiligung aller mit dem Thema befaßten Leute zu machen? Damit wir wenigstens jetzt inhaltlich weiterkommen, sollten wir es jedenfalls 1988 nachholen . . .

Jürgen Maier
Mitglied des Bundesvorstandes
22.11.1987

(9)

GRUNDLAGEN DER NAH-OST-POLITIK DER FRAKTION IN DER 11. LEGISLATURPERIODE

Beschluß der Fraktionssitzung vom 6.10.1987 zum Schwerpunktthema Nah-Ost-Politik

Elemente einer Nah-Ost-Politik der Fraktion DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG

VORBEMERKUNG:

Eine Befassung mit dem Palästina- bzw. Nahostkonflikt in Deutschland hat heute vor allem zweierlei zu bedenken:

1. Beim Palästina-Konflikt handelt es sich um einen realen Konflikt widerstreitender Interessen. Dabei erscheint es legitim, eine identifikatorische Haltung mit einer der Konfliktparteien einzunehmen.
   Gleichzeitig ist aber festzuhalten, daß dieser reale Konflikt sich von anderen Auseinandersetzungen dadurch unterscheidet, daß er in seiner Wahrnehmung zusätzlich von geschichtlichen Faktoren beeinflußt wird, die nicht direkt mit dem aktuellen Interessensgegensatz zu tun haben.
   Aus den unterschiedlichsten sozialen Konstellationen in der Geschichte heraus und einem vulgärdarwinistischen Denken, daß schließlich in den industriellen Massenmord führte, sind jüdische Menschen jahrhundertelang Opfer antisemitischer Verfolgung geworden. Auch heute gibt es in Ost und West wieder Antisemitismus. Für Deutschland gilt komplizierend, daß Schuldgefühle und Entlastungswünsche nach der Massenvernichtung der Juden und die verweigerte Aufarbeitung der Shoah den Staat Israel zum ideellen Gesamtjuden stilisieren und die jüdischen Menschen in der Diaspora und im jüdischen Staat zum neuen Haßobjekt machen.

2. Der reale Konflikt zwischen Palästinensern und jüdische Israelis und die deutschen kulturhistorischen Projektionen vermengen sich derart, daß eine politisch nötige Unterscheidung zwischen der Realität im Nahen Osten und deutsch-europäischer Vergangenheit beinahe unmöglich wird. Daraus erklären wir uns die bisherige Hilf- und Erfolgslosigkeit auch Grüner Nahost-Politik.
   Voraussetzung jeder auch nur einigermaßen angemessenen und wirkungsvollen Nah-Ost-Politik ist daher zunächst die Bewußtmachung "der vorhandenen projektiven Anteile", weiter die strikte Trennung zwischen einer nur moralisch-identifikatorischen Politik - sei es zugunsten der PLO oder Israels - und einer realistischen, moralisch-verantwortbaren auf konkrete Lösungen orientierte Nah-Ost-Politik.

*) Präzisierung nötig

ZUM WESEN DES KONFLIKTS

Im Kern stellt der Palästinakonflikt eine demographische Auseinandersetzung dar. Die jüdische Ansiedlung war historisch bemüht, die mehrheitliche arabische Bevölkerung des Landes in eine Minderheit zu verwandeln. Die Mittel zum Erreichen dieses Zweckes streckten sich von der Verdrängung bis zur Vertreibung. Ziel dieser Maßnahmen war die Errichtung eines jüdischen Nationalstaates. Mit der Gründung des Staates Israel im Jahre 1948 wurde diese Absicht verwirklicht.
Der Juni-Krieg 1967 führte zur Besetzung der heute als "Westbank" und "Gazastreifen" bezeichneten Gebiete. Mit dem Jahre 1968 begann eine Besiedlungspolitik mit dem Ziel, auch diese Territorien in jüdisches Gebiet umzuwandeln. Dieser Prozeß wird heute in Israel von einem erheblichen Teil der Bevölkerung abgelehnt. An der Frage, ob diese Territorien endgültig dem israelischen Staat zugeschlagen werden sollen oder nicht, polarisiert sich die israelische Gesellschaft. Die palästinensischen Araber, vor allem die Flüchtline und die Vertriebenen des Jahres 1948, strebten über Jahrzehnte die Rückkehr in ihre angestammten Orte an.

Die Führung der palästinensischen Organisationen setzte sich im wesentlichen aus den Vertriebenen des Jahres 1948 zusammen. Die Verwirklichung ihres Prinzips der direkten Rückkehr liefe praktisch auf die Auflösung des israelischen Staates hinaus. Mit der Eroberung der o.g. Gebiete 1967 fiel eine palästinensische Bevölkerung unter israelische Herrschaft, die über eine intakte Sozialstruktur und eine ethnisch-nationale Homogenität verfügte. Genau dagegen richtet sich die israelische Siedlungspolitik in all ihren Spielarten. Dabei spielt das Element der Zeit eine herausragende Rolle: je länger die Besatzung und in ihrem Schatten die Besiedlung andauert, desto mehr ist die dortige palästinensische Bevölkerung in ihrem Bestand gefährdet. Die PLO wird sich dieses Umstandes in den letzten Jahren zunehmend bewußter und hat entsprechend ihre Programmatik verändert. Vom "Säkularen Staat", der vor allem dem Interesse der Rückkehr der Palästinenser dienen sollte, hin zur Forderung nach einem unabhängigen palästinensischen Staat, wesentlich im Bereich Westbank und Gazastreifen.

POLITISCHE ZIELE

1. Angesichts dieser Situation muß das Hauptziel aller politischen Bemühungen die volle wechselseitige Anerkennung der unmittelbaren Konfliktparteien, also von Israels und Palästinensern sein. Eine internationale Nah-Ost-Konferenz ist der geeignete Rahmen, um den gewünschten gegenseitigen Anerkennungsprozeß zu fördern. Derzeit sind die regionalen und internationalen Bedingungen für die Schaffung eines solchen Rahmens günstig.

*) Präzisierung nötig

2. Die PLO hat unter Führung von Jassir Arafat ihre Verhandlungsbereitschaft erklärt und handelt allem Anschein nach in Übereinstimmung der Mehrheit der Palästinenser.

3. Die beiden Supermächte USA und UdSSR haben sich darauf verständigt, daß eine internationale Konferenz zur Lösung des Konfliktes wesentlich beitragen kann.

4. In Israel ist zu erwarten, daß die Mehrheit der politischen Kräfte des jüdischen Volkes eine internationale Nah-Ost-Konferenz für notwendig hält.

WIE KANN GRÜNE POLITIK DER KRIEGSVERMEIDUNG UND KONFLIKTLÖSUNG IN NAH-OST DIENEN?

Aus der obengenannten Zielsetzung folgt, daß die Fraktion DIE GRÜNEN in beiden Lagern jene Kräfte unterstützen muß, die eine gegenseitige Anerkennung anstreben.

Praktisch bedeutet dies für den Bereich internationaler Verhandlungen und Gremien, darauf hinzuwirken, daß beide Konfliktparteien gleichberechtigt und gemeinsam beteiligt werden.
Für den lokalen und regionalen Bereich gilt es, jenen Personen, Gruppen und Initiativen, die für eine gegenseitige Anerkennung von Israelis und Palästinensern im Rahmen zweier Staatlichkeiten eintreten, politische Hilfe zu leisten. Gleichzeitig soll mit allen zusammengearbeitet werden, die sich über den Konflikt beider Völker hinaus für die ungeteilte Einhaltung der Menschenrechte einsetzen. Die Fraktion bekräftigt ihren Entschluß vom Frühjahr 1987, in dem alle Konfliktparteien dringend aufgefordert werden, den Krieg um die Flüchtlingslager zu beenden und den Palästinensern aus den Lagern durch internationale Hilfe ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Ebenso rufen die GRÜNEN dazu auf, die Bombenanschläge auf israelische Einrichtungen zu beenden.

Glaubwürdige Grüne Nah-Ost-Politik setzt außerdem eine verstärkte Auseinandersetzung mit deutscher Geschichtsverdrängung und neuem Antisemitismus voraus. Die Beteiligung an der Besetzung des Börne-Platzes in Frankfurt zur Sicherung der Überreste des ehemaligen jüdischen Ghettos, die Unterstützung der Bonner Synagogengemeinde zur Sicherung des alten Synagogenplatzes als eine Stätte der Erinnerung, die Beteiligung an der Historikerdebatte und unser Widerspruch gegen die Gründung der deutschen historischen Museen in Berlin und Bonn, die verstärkte Zusammenarbeit mit den Geschichtswerkstätten überall in der Bundesrepublik und vor allem die intensive Auseinandersetzung mit den Neofaschisten in der Bundesrepublik sind erste und wichtige Schritte einer solchen Politik.
Damit stellen sich die GRÜNEN einer politischen Verantwortung, die heute größer denn je ist. Denn im Nahen Osten besteht die Gefahr, daß eine weitere Fortsetzung und "Entstaatlichung" des politischen Konflikts zu einem rassistisch getönten Volksgruppen-(Palästinensern gegen jüdische Israelis) und fundamentalistisch geführten Religionskonflikt (Erez Israel gegen islamische Einheit) führen könnte, der dann einer rationalen Lösung kaum noch zugänglich sein dürfte.

Ein friedliches Zusammenleben von Juden und Palästinensern im Nahen Osten wird langfristig nur möglich werden,

- wenn ein jüdischer und palästinensischer Staat nebeneinander bestehen
- wenn sich eine wirtschaftliche Kooperation über die Staatsgrenzen beider Staaten hinaus entwicklen kann
- und eine kulturelle Autonomie aller ethnischen Gruppen innerhalb der jeweiligen Staaten garantiert ist.

* * * *

DIE GRÜNEN
Pressedienst

Nr. 178
Datum: 27.10 87

(12)

GRÜNE NAHOSTPOLITIK - EINE KLARSTELLUNG
SOLIDARITÄT MIT ISRAELISCHER OPPOSITION UND PALÄSTINENSERN

Angesichts des bei ihrer Israel-Reise von O. Schily und W. Schoppe in der offentlichkeit vermittelten Bildes GRÜNER Nahost-Politik erklärt der Bundesvorstand und die Jüdische Friedensinitiative in Bonn:

Die Israel-Reise Schilys und Schoppes und die dort vertretenen Positionen entsprechen nicht der Internationalismus- und Nahost Politik der Partei DIE GRÜNEN. Es ist unzutreffend, wenn Schily und Schoppe ihre privaten Positionen als Positionen der GRÜNEN ausgeben. Dies zeugt zudem von einem merkwürdigen Demokratieverständnis. Schily und Schoppe haben die Politik der GRÜNEN falsch und verzerrt dargestellt und DIE GRÜNEN und deren Beziehung zur israelischen Opposition wie auch zu den Palästinensern einer schweren Belastung ausgesetzt.

Der Bundesvorstand fordert die Fraktion auf, über diese Reise zu diskutieren und wird außerdem die Nahostpolitik im Bundeshauptausschuß zur Sprache bringen.

DIE GRÜNEN bekräftigen ihre Positionen:

- Anerkennung des Existenzrechts Israels sowie der PLO als rechtmäßige Vertretung des palästinensischen Volkes;

- Für einen Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten und für einen palästinensischen Staat an der Seite Israels;

- Für einen Dialog zwischen Israelis und Palästinensern.

Anstatt diese Politik der GRÜNEN zu vertreten, ließen Schily und Schoppe jegliche kritische Distanz zur israelischen Regierungspolitik vermissen:

* Keinerlei Kritik an der fortwährenden israelischen Besetzung der Westbank und des Gaza-Streifens. Stattdessen trifft sich die Delegation mit den rechtsradikalen Siedlern von Gush Emunim. Ein Angebot des UN-Flüchtlingshochkommissariats (UNHCR) für Besuche von UN-Flüchtlingsprojekten in den besetzten Gebieten wurde dagegen ausgeschlagen

* Das palästinensische Volk kommt bei Schily und Schoppe nicht vor Während sich selbst SPD und FDP mit der PLO treffen, halten es Schily und Schoppe nicht für notwendig, die Forderung nach einer internationalen Friedenskonferenz unter Beteiligung der PLO zu erheben.

Herausgeber: DIE GRÜNEN, Bundesvorstand, Colmantstr. 36, 5300 Bonn 1
Telefon: (0228) 692021, **Telefax:** (0228) 694112, **Telex:** 886330 grbv d
Verantwortlich: Grit Moßmann, Pressesprecherin, Michael Schroeren, Pressesprecher

* Das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes wird von Schily explizit abgelehnt. Stattdessen verkündet er, Jordanien sie "auch Palästina", da erübrige sich ein eigener palästinensischer Staat an der Seite Israels.

* W. Schoppe erklärte auf die erstaunte Frage eines Journalisten, worin sich die GRÜNE Nahost-Politik eigentlich von der anderer Parteien unterscheide, sie unterscheide sich in der Position zu den Palästinensern. Im Kontext dieser Reise eine zynische Aussage.

* Schily und Schoppe warnen vor einem "Anwachsen eines islamischen Fundamentalismus unter den Palästinensern". Daß das Hauptproblem in Israel der anwachsende jüdisch-zionistische Fundamentalismus mit seiner rassistischen Palästinenser-Verdrängungspolitik ist, ist den beiden dabei nicht aufgefallen.

* Es ist politischer Etikettenschwindel, wenn Schily und Schoppe ihre Privatposition als Parteiposition ausgeben und die vorgetäuschte Veränderung der Politik der GRÜNEN mit dem Spruch "die Partei ist reifer geworden" zu begründen versuchen.

* Während Schily einen "breiten Konsens" für ein friedliches Zusammenleben von Progressiver Friedensliste bis hin zu den Siedlern in der Westbank vorzufinden glaubt, beantragen israelische Oppositionelle beim Soli-Fonds der GRÜNEN Prozeßkostenhilfe, weil sie sich in Bukarest mit PLO-Vertretern getroffen haben, um über genau dieses friedliche Zusammenleben zu sprechen und deshalb in Israel vor Gericht stehen.

* Es ist ein völlig kritikloses Herangehen, wenn Schily den israelischen Staat und die israelische Regierung in jeder Hinsicht lobt - auf die Frage nach dem (im übrigen jeden rechtsstaatlichen Prinzipien hohnsprechenden) Prozeß gegen Mordechai Vanunu aber nur lapidar erklärt, er wolle sich "nicht in ein schwebendes Verfahren einmischen".

* * *

KOMMENTARE

Die halbe Wahrheit

Zum Besuch einer Grünen-Delegation in Israel

Die israelische Regierung kann mit dem Besuch der Grünen zufrieden sein. Eine solch brave Gruppe hat wohl selten das „Heilige Land" besichtigt. Die vom israelischen Staatspräsidenten Herzog namentlich eingeladenen Realos um Otto Schily haben ein offizielles Programm heruntergespult, in dem Palästinenser nur als Diskussionsstoff mit israelischen Politikern, nicht aber als Diskussionspartner auftauchten. Eine „fact-finding-tour" sollte es sein, auf deutsch: Die Grünen waren auf der Suche nach der Wahrheit. Doch von der haben sie eben nur die eine Hälfte gesehen: die der Mächtigen.

Die Grünen wollten keine Oberlehrer sein, sondern seien als Studenten gekommen, so Otto Schily mit deutlichem Hinweis auf die letzte Nahost-Tournee der Grünen vor drei Jahren. Damals hatte eine Fundi-Truppe den Israelis die anti-imperialistischen Leviten lesen wollen und bei diesem hehren Ziel kein Fettnäpchen ausgelassen. Als grüne Wiedergutmachung verstanden denn auch die Realos ihren Israel-Besuch. Und so war eine kritische Betrachung Israels ausgeschlossen. Doch eine Einschätzung des Palästinenser-Problems, in der weder die PLO noch die besetzten Gebiete noch eine internationale Konferenz auch nur erwähnt werden, war denn nicht zu erwarten. Die Realos haben SPD und FDP von rechts überholt.

Die zweite Reise einer grünen Delegation hatte so einen doppelten Zweck: das Negativbild in der israelischen Öffentlichkeit zu korrigieren und in Bonn den Fundis eins auszuwischen. Nach dem Fundi-Israel nun ein Realo-Israel. Die israelische Realität kommt bei diesen Reisezielen nicht vor. Oberlehrer waren die Grünen glücklicherweise diesmal wahrlich nicht, aber auch als Studenten haben sie ihr Abschlußziel verfehlt. Da sind sich Realos und Fundis endlich mal einig: Was nicht ins Konzept der eigenen Wahrheit paßt, findet nicht statt. Und seien es Besuche bei Palästinensern. *Klaus Hillenbrand*

TAZ 24.10.87

Realo-Grüne über Israel begeistert

Delegation drückt sich um Erklärung zu besetzten Gebieten und zur PLO / Für Existenzrecht Israels

Aus Tel Aviv Amos Wollin

Der einwöchige Israel-Besuch einer Delegation der Grünen im Bundestag fand gestern seinen Abschluß mit einer Pressekonferenz in Tel Aviv.

Die Vorstandssprecherin Waltraut Schoppe drückte die Befriedigung der grünen Delegation über die freundliche Aufnahme aus. Auf Einladung des israelischen Staatspräsidenten Herzog und als Gäste der israelischen Regierung hatten die Grünen Gespräche mit Beamten des Außen- und Finanzministeriums, mit dem israelischen Staatspräsidenten Chaim Herzog und dem Herausgeber der Tageszeitung ‚Haaretz' geführt. In der besetzten Westbank hatten sie die israelische Siedlung Kiriat Arba besucht und ein Gespräch mit einem Vertreter der rechtsradikalen Siedlerbewegung Gush Emunin geführt.

Eine Begegnung mit Palästinensern fand dagegen nur am Rande des Besuchs und außerhalb des offiziellen Programms statt. Außerdem hatten sich die Grünen mit Mitgliedern der „Progressiven Friedensliste" getroffen. Otto Schily, Nahostexperte der grünen Fraktion, formulierte eine Liste von sieben Punkten, die es zu unterstützen gelte: Anerkennung des israelischen Staates und seiner Sicherheitsgarantien sowie die Anerkennung des palästinensischen Volkes und seiner Selbständigkeitsbestrebungen.

Fortsetzung auf Seite 6
Kommentar auf Seite 4

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Realo-Delegation...

Ergänzend fügte Schily hinzu, daß dabei auch gesehen werden müsse, daß „Jordanien auch Palästina ist". Die kulturelle Autonomie der Palästinenser müsse garantiert werden bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Israel. Auf Terror und Gegenterror müsse verzichtet werden, und die Menschenrechte gehörten gewährleistet. Nötig seien internationale Garantien für einen Friedensprozeß, wobei klar sei, daß es Sofortlösungen nicht geben könne. Die Delegation vermied jedoch, die israelische Besetzung des Westjordanlandes und des Gaza-Streifens anzusprechen. Die Forderung nach einem selbständigen palästinensischen Staat an der Seite Israels wurde nicht aufgestellt, wie auch die PLO unerwähnt blieb. „Die Existenz des israelischen Staates ist unantastbar", so Schoppe, die hervorhob, daß die Bedrohung Israels viel größer sei, als sie sich vorher vorgestellt habe. „Wir sind nicht gekommen, um Lösungsvorschläge zu machen", so Schoppe. Der Anteil der Grünen an der Lösung der Konflikte bestünde in der Zurückdrängung des Antisemitismus in der BRD.

Otto Schily lobte auf der Pressekonferenz die Offenheit der israelischen Regierung. Beeindruckend seien die „gigantischen Aufbauleistungen" Israels. Auf Nachfrage ob es Veränderungen bei den Grünen gegenüber der Delegation vor drei Jahren gegeben habe, antwortete Schily: „Die Partei ist inzwischen gereift." Probleme mit Israel hätten die linken Grünen.

Streit bei Grünen wegen Nahost-Politik

Bundesvorstand verurteilt Auftreten dreier seiner Abgeordneten in Israel

Von unserem Korrespondenten Martin Winter

BONN, 27. Oktober. Ein Besuch der grünen Bundestagsabgeordneten Waltraud Schoppe, Otto Schily und Dietrich Wetzel in der vergangenen Woche in Israel, hat zu einem heftigen Streit unter den Grünen geführt. Der Bundesvorstand der Partei beschuldigte Schoppe und Schily am Dienstag in einer Presseerklärung, in Tel Aviv Positionen vertreten zu haben, die nicht der „Internationalismus- und Nahostpolitik " der Grünen entsprächen. Sie hätten damit die Beziehungen der Partei zu der israelischen Opposition und zu den Palästinensern „einer schweren Belastung ausgesetzt". Den Abgeordneten wurde ein „merkwürdiges Demokratieverständnis" vorgeworfen, weil sie ihre private Meinung als Politik der Grünen dargestellt hätten.

In Gesprächen mit der FR wiesen Schoppe und Schily die Anschuldigungen als „Unsinn" und „Quatsch" zurück. Wetzel warf dem Parteivorstand vor, nicht einmal den Versuch gemacht zu haben, direkt mit den Betroffenen zu reden, bevor er diesen „politischen Hammer" losgelassen habe. Grundlage der Beratung im Parteivorstand waren am Montagabend in der Tat nicht Berichte oder Auskünfte der Reisenden, sondern ein Artikel in der Berliner „tageszeitung" vom Wochenende und nicht näher genannte israelische Quellen. Jürgen Maier, im Grünen-Vorstand für internationale Fragen zuständig, begründete den Verzicht auf ein Gespräch mit den Betroffenen mit der Bemerkung, was die „Tageszeitung" über die politischen Erklärungen der Abgeordneten am Ende ihrer Reise berichtet habe, entspreche dem, was er von vornherein von Schoppe und Schily erwartet habe, deshalb sei er nicht überrascht gewesen.

Die Abgeordneten bestreiten dagegen die Vorwürfe vehement. Vor allem weisen sie die Behauptung zurück, sie hätten keine Kritik an der israelischen Besetzung geübt, sich nicht um das palästinensische Volk gekümmert und es nicht für notwendig gehalten, eine internationale Friedenskonferenz „unter Beteiligung der PLO" zu fordern. Schily nannte das eine „dreiste Unwahrheit". In allen Gesprächen, die sie sowohl mit Regierungsvertretern als auch mit der israelischen Opposition und den Palästinensern geführt hätten, seien sie für die Räumung der besetzten Gebiete und für den Anspruch des palästinensischen Volkes auf eine eigene staatliche Form eingetreten. Bei allen Gesprächen sei auch auf eine Friedenskonferenz unter Beteiligung der PLO gedrungen worden. Die Abgeordneten, die auf Einladung des israelischen Präsidenten Chaim Herzog gereist waren, wiesen die Unterstellung zurück, sich nicht um die Opposition und die Palästinenser gekümmert zu haben. Wetzel berichtete, daß es mehrere Treffen mit Palästinensern und mit israelischen Opposi-

(Fortsetzung Seite 2, Spalte 6)

281087

Streit bei den Grünen ...

(Fortsetzung von Seite 1)

tionsgruppen, unter anderem mit der „Peace now"-Bewegung, der „Progressiven Friedensliste" und der „Bewegung für Bürgerrechte und Frieden" gegeben habe.

Besonders empört waren Schoppe und Schily über die Behauptung ihres Parteivorstandes, Schily habe das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes „explizit" abgelehnt. Genau das Gegenteil sei richtig. Verwundert waren die Abgeordneten über die Feststellung der Parteiführung, sie hätten ein Angebot der UN zum Besuch eines Flüchtlingsprojektes in den besetzten Gebieten „ausgeschlagen". Nach übereinstimmender Auskunft der Abgeordneten und ihrer Begleiter hat es solch ein Angebot überhaupt nicht gegeben.

Waltraud Schoppe zeigte sich irritiert, daß der Vorstand der Grünen seine Erklärung im wesentlichen auf Informationen des „Tageszeitungs"-Korrespondenten in Israel stützt, der zwar an der abschließenden Pressekonferenz am vergangenen Freitag in Tel Aviv teilgenommen, ein Angebot zu einem anschließenden zweistündigen Hintergrundgespräch aber abgelehnt habe.

Verärgert über die Erklärung des Bundesvorstandes ist auch dessen Mitglied Brigitte Berthold. Nach ihrer Erinnerung war in dem Gremium am Montagabend verabredet worden, in einer Erklärung noch einmal die politischen Positionen der Grünen deutlich zu machen und auf Polemik gegen Personen zu verzichten, um eine politisch-sachliche Auseinandersetzung zu ermöglichen. Die am Dienstag veröffentlichte Erklärung entspreche nicht dieser Abmachung. Auch andere Vorstandsmitglieder haben dem Vernehmen nach bei der Sitzung kritisiert, daß die Betroffenen nicht angehört worden seien.

Am kommenden Dienstag wird sich die Bundestagsfraktion der Grünen mit der Angelegenheit beschäftigen, die nach dem Willen des Parteivorstandes auch vom Bundeshauptausschuß der Grünen diskutiert werden soll.

„Freie Aussprache" entfällt

„Geht doch mit Kohl nach Tahiti"

Scharfe reale und satirische Kritik an grüner Israel-Reise / „Privatposition mit Parteiposition verwechselt"

Aus Bonn Oliver Tolmein

Scharfe Kritik hat gestern der Bundesvorstand der Grünen an den Israel-Reisenden Otto Schily und Waltraud Schoppe geäußert. Die Vorstands-Erklärung wird auch von den realpolitischen Mitgliedern Brigitte Berthold und Rolf Grösch mitgetragen. Darin heißt es, Schoppe und Schily hätten anläßlich ihrer Israel-Reise in der Öffentlichkeit die Nahost-Politik der Grünen „falsch und verzerrt dargestellt und die Beziehungen (der Grünen) zur israelischen Opposition wie auch zu den Palästinensern schweren Belastungen ausgesetzt". Der Bundesvorstand will die Nahostpolitik der Partei im Bundeshauptausschuß diskutieren und fordert die Bundestagsfraktion auf, über die Reise zu debattieren.

In ihrer Presseerklärung werfen die Bundesvorstandsmitglieder Schily und Schoppe vor, sie ließen „jegliche kritische Distanz zur israelischen Regierungspolitik vermissen". Vor allem wird kritisiert, daß Schily und Schoppe keinerlei Kritik an der Besetzung von Westbank und Gazastreifen geübt, und daß sie sich weder mit der PLO getroffen noch die Forderung nach einer internationalen Friedenskonferenz unter Beteiligung dieser Organisation erhoben hätten. Schily, so der Bundesvorstand, habe sogar das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser explizit abgelehnt. Es sei Etikettenschwindel, wenn Schily und Schoppe „ihre Privatposition als Parteiposition ausgeben".

Satirisch, aber nicht minder scharf hat auch die Bundesarbeitsgemeinschaft Internationalismus auf eine Pressekonferenz von Schily und Schoppe in Tel Aviv reagiert. Sie fordern die beiden auf, ihren „weltweiten Siegeszug realgrüner Außenpolitik" fortzusetzen und auch die Einladung der Regierung Frankreichs zu einem Besuch in Mururoa und Tahiti anzunehmen, „wo gerade ein frischverhängter Ausnahmezustand zu besichtigen und totzuschweigen ist". Sie sollten auch eine Einladung der Regierung Großbritanniens auf die Falkland-Inseln annehmen. „Ihr könntet diese Reisen gemeinsam mit dem Kanzler durchführen. Neben dem außenpolitischen Effekt würden solche tabubrechenden Unternehmungen auch dem verstocktesten Grünen helfen, sich das von euch geforderte positiv entwickelt formulierte Staatsverständnis zu erarbeiten."

281087

Da packte Otto Schily seine Sachen . . .

Waltraud Schoppe war den Tränen nahe. Doch bevor ihr die Stimme versagte, gab sie ihrer Fraktion und den herbeigeeilten Vertretern des Parteivorstandes der Grünen noch eine Anklage und eine Warnung mit auf den Weg: „Es geht hier nur darum draufzuhauen, aber mich kriegt ihr nicht klein. Ehe ich aus der Partei rausgehe, gehen andere aus der Partei." Mit „großer Bitterkeit" stellte Otto Schily fest, daß es „hier um das Niedermachen geht". Doch beider Gegner, der Hamburger Fundi Jürgen Reents, warf ihnen vor, „Spuren verwischen" zu wollen, nachdem sie in Israel grüne Grundsätze verraten hätten.

Das war die Tonlage bei den neuen Jagdszenen unter den Grünen. Drei Stunden lang versuchte die Bundestagsfraktion am Dienstagabend, den Krach um eine Israelreise von Waltraud Schoppe, Otto Schily und Dietrich Wetzel wenn schon nicht beizulegen, dann doch wenigstens zu klären. Mitte Oktober waren die drei Abgeordneten auf Einladung der israelischen Regierung nach Israel gefahren, um Gespräche mit Vertretern der Regierung, der Opposition, der Friedensbewegung und mit Palästinensern zu führen.

Für diese Informationsreise hatte die Fraktion den dreien einen politischen Beschluß mitgegeben, in dem das Existenzrecht Israels ebenso anerkannt wird wie das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser und ihr Anspruch auf einen eigenen Staat. Außerdem wurde eine Nahost-Friedenskonferenz unter Beteiligung der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO gefordert.

Bevor die Abgeordneten aber noch richtig Gelegenheit hatten, in Israel über diese Punkte zu reden, teilte Jürgen Maier vom grünen Parteivorstand einer Zeitung seine Überzeugung mit, die drei würden auf ihrer Reise grüne Positionen aufgeben. Davon war Vorständler Maier so fest überzeugt, daß er es nach der Rückkehr der Reisegruppe nicht für nötig befand, die Abgeordneten einfach einmal zu befragen. Statt dessen brachte er den Bundesvorstand dazu, die Reise in einer Presseerklärung zu verurteilen, die von Verdrehungen und Unwahrheiten strotzte. Diese Erklärung war so falsch, daß sich Parteisprecher Christian Schmidt zu einer Entschuldigung gezwungen sah.

Doch damit war die Sache nicht aus der Welt, denn die Fundis pflegten weiter die Behauptung vom Verrat, und die Abgeordneten erwarteten nun von ihrer Fraktion in Schutz genommen zu werden. So machte sich die Fraktion daran, die Vorwürfe zu prüfen. Ein ziemlich vergebliches Unterfangen, denn die Fundis und manche Realos weigerten sich standhaft, auch nur ein Wort von den Beteuerungen Schoppes und Schilys zu glauben. Unter Anführung von Jürgen Maier hatte sie sich aus Israel ein Tonband von der abschließenden Pressekonferenz der Abgeordneten „besorgt". Doch selbst bei heftigsten exegetischen Bemühungen konnte der Verrat nicht belegt werden. Im hitzigen Streit in der Fraktion wurden dagegen die wahren Gründe des Krachs deutlich.

In der Nahostfrage sind die Grünen grundsätzlich gespalten. Während Willi Hoss darauf dringt, eine „eigenständige" grüne Position zu formulieren und sich nicht immer an die PLO anzuhängen, wollen andere die Grünen fest an die Politik der PLO koppeln. Auf dieser Linie stellte Jutta Meixner aus Berlin sogar die Frage, ob es die Aufgabe der Grünen sei, das „Existenzrecht Israels" anzuerkennen.

Am Ende der Debatte, die viele Realos als einen Versuch der Fundis begriffen, Schoppe und Schily fertigzumachen, rang sich die Fraktion nur zu einer lahmen Bestätigung ihrer Position zur Nahostfrage durch. Ein Antrag der Betroffenen, den Parteivorstand zu rügen, wurde abgelehnt.

Schily konnte und wollte nicht hinnehmen, „daß die Fraktion uns so im Stich läßt". Er kündigte Konsequenzen für seine Arbeit in der Fraktion an und begann, seine Papiere zusammenzupakken. Vielleicht durchzuckte da manchen Abgeordneten die Erkenntnis, daß hier etwas zu reißen begann, was nie wieder zu flicken sein würde. Hastig stimmten sie darum einem Antrag Schoppes zu, demzufolge die Fraktion nicht der Meinung ist, die Israel-Reisenden hätten den Fraktionsbeschluß zu Nahost „verlassen". Doch der tiefe Bruch war damit nicht mehr zu überbrücken. Schily und seine Freunde denken jetzt über ihre weiteren Schritte nach. Es werde „wohl auf einen Knall" hinauslaufen, meinte ein Realo beim Käsebrötchen in der Bundestagskantine.

MARTIN WINTER (Bonn).

FR 12. 11. 87

16

Bonner Grüne stehen vor Zerreißprobe

Streit über Israel-Reise läßt tiefe Gegensätze aufbrechen

FR 12.11.87

Von unserem Korrespondenten Martin Winter

BONN, 11. November. Die Bundestagsfraktion der Grünen steht vor ihrer bisher schwersten Zerreißprobe. Mehrere Realpolitiker sind fest entschlossen, gemeinsam mit Otto Schily Konsequenzen aus der Fraktionssitzung von Dienstag zu ziehen. Dort hatte die Mehrheit der Abgeordneten nach einer über weite Strecken polemisch geführten Debatte über eine Israel-Reise von Waltraud Schoppe, Otto Schily und Dietrich Wetzel die drei Fraktionsmitglieder nicht vor der Beschuldigung des Bundesvorstandes in Schutz genommen, bei ihren Gesprächen im Nahen Osten grüne Positionen verraten zu haben. Die Fraktion fand sich nur zu der Feststellung bereit, daß die drei den Boden einer Nahost-Erklärung der Fraktion nicht verlassen hätten.

Schily hatte schon unmittelbar nach der Sitzung angekündigt, daß diese Haltung der Fraktion für seine „Mitarbeit" Konsequenzen haben werde. Dabei steht er mit seinen Überlegungen nicht allein. Wie der parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion, Hubert Kleinert, der FR sagte, handele es sich nicht „um ein individuelles Problem Schily". Wenn Schily Konsequenzen ziehe, dann „nicht allein". Diejenigen, die Schily in der Fraktion die Solidarität verweigert hätten, müßten wissen, daß sie damit nicht nur einen einzelnen getroffen haben.

Die Realos wollen nun in mehreren Gesprächen gemeinsam mit Schily über die Konsequenzen und die nächsten Schritte beraten. Kleinert will nach seinen eigenen Worten alles versuchen, „schlimme Schritte" zu verhindern, aber wenn Schily keinen anderen Weg sehe, dann „lassen wir ihn nicht allein". Kleinert wandte sich gegen „geschmäcklerische Betrachtungen", die Schilys Reaktion als verletzte Eitelkeit eines Prominenten oder als persönlichen Krach zwischen ein paar Leuten herunterspielen wollten. Wenn Schily gehe, sagte Kleinert, dann „ist das ein politisches Signal". Das sähen seine Freunde so, und dem würden sie sich auch nicht entziehen.

Es ist das erste Mal, daß die Realos über spektakuläre Schritte als Reaktion auf ein Verhalten der Fraktion nachdenken. Vor knapp zwei Monaten standen die fünf realpolitischen Mitglieder des Fraktionsvorstandes bereits kurz vor ihrem Rücktritt, nachdem die Fraktion dem Vorstand untersagt hatte, Pressekonferenzen nach Wahlen zu geben. Diese Zurechtweisung des eigenen Vorstandes hatte die Parteileitung der Grünen von den Abgeordneten verlangt, nachdem die Mehrheit des Fraktionsvorstandes die Wahlen in Schleswig-Holstein und in Bremen öffentlich anders kommentiert hatte, als der Vorstand der Partei.

Damals waren die Realos in ihren Ämtern geblieben, weil sie, wie sie sagten, „die Hoffnung nicht aufgeben". Heute sagt Kleinert dagegen, daß die Realos von Teilen der Fraktion und dem Bundesvorstand in einer Art und Weise verheizt und demontiert würden, wie das „nicht mehr hinnehmbar ist".

Zu welchen Schritten sich die Realos jetzt auch immer entschließen, Parteiaustritte scheinen nicht dazuzugehören. Fraktionssprecherin Waltraud Schoppe hatte am Dienstagabend bereits gesagt: „Ehe ich aus der Partei rausgehe, gehen andere aus der Partei." (Siehe auch Seite 4)

(17)

Israelreise: Unwahre Behauptungen

Es grenzt schon an Rufmord, wie Ihr Korrespondent Martin Winter mir das Wort im Mund rumdreht, wenn er in der FR vom 28.10.87 und 12.11.87 über die Nahost-Kontroverse der Grünen berichtet.

1. "Bevor die Abgeordneten noch richtig Gelegenheit hatten, in Israel über diese Punbkte zu reden, teilte Jürgen Maier vom grünen Parteivorstand einer Zeitung seine Überzeugung mit, die drei würden auf ihrer Reise grüne Positionen aufgeben." Dies ist unwahr, ich habe lediglich der Berliner "tageszeitung" gegenüber erklärt, durch die Tatsache, dass Fraktionsmitglieder sich von der israelischen Regierung einladen lassen, werde das Verhältnis der Grünen zurisraelischen Opposition und zu palästinensischen Gruppen sehr belastet. (taz 20.10.1987). Bitte zitieren Sie richtig.
2. "Fundis und manche Realos" haben sich nicht unter meiner "Anführung" ein Tonband von der abschliessenden Preseskonferenz "besorgt", sondern Amos Wollin (taz-Korrespondent in Tel Aviv) hat uns gebeten, ihn gegenüber Vorwürfen in Schutz zu nehmen, er habe Lügen und Unwahrheiten über die Pressekonferenz verbreitet. Auch das habe ich in der Fraktionssitzung klar gesagt. Aus diesem Grund hat er uns seine Tonbänder geschickt.
3. Die Erklärung des Bundesvorstandes "strotzte" nicht vor"Verdrehungen und Unwahrheiten". Sie enthielt sehr zutreffende und belegbare Kritik und eine unzutreffende Information, für die sich Christian Schmidt entschuldigt hat, ebenso dafür, dass wir nicht vor der Erklärung mit Schily und Schoppe gesprochen haben.
4. Ich habe nie gesagt, der taz-Bericht über die Preseskonferenz in Tel Aviv entspreche dem, was ich von vornherein erwartet habe. Ich habeHerrn Winter lediglich gesagt, dass ich keinen Anlass habe, nach einem Gespräch mit Amos Wollin an seinem Bericht zu zweifeln, da Schily und Schoppe schon früher ähnliche Positionen vertreten hatten. Nach einem Fraktionsbeschluss vom 6.10.87, der manche Positionen klärte, hatte ich allerdings nicht von vornherein erwartet, dass Schily und Schoppe so auftreten würden.

Bitte berichten Sie künftig sorgfältiger.

Jürgen Maier, Bundesvorstand der Grünen

Gegendarstellung

In der Ausgabe der Frankfurter Rundschau vom 12. 11. 1987 sind unter der Überschrift „Da packte Otto Schily seine Sachen ..." auf Seite 4 falsche Tatsachenbehauptungen über mich bezüglich einer Informationsreise der Bundestagsabgeordneten Schoppe, Schily und Wetzel nach Israel aufgestellt worden, die wie folgt richtigzustellen sind:

Unwahr ist, daß ich, noch bevor die Abgeordneten richtig Gelegenheit gehabt hätten, in Israel über diese Punkte zu reden, einer Zeitung meine Überzeugung mitgeteilt habe, die drei würden auf ihrer Reise grüne Positionen aufgeben.

Wahr ist, daß ich lediglich gegenüber der „Tageszeitung" erklärt habe, daß durch die Tatsache, daß Fraktionsmitglieder sich von der israelischen Regierung einladen lassen, das Verhältnis der GRÜNEN zur israelischen Opposition und zu palästinensischen Gruppen sehr belastet werde.

Bonn, den 3. 12. 1987

Jürgen Maier

Nach Paragraph 10 des Hessischen Pressegesetzes sind wir verpflichtet, eine Gegendarstellung der Betroffenen zu den Tatsachenbehauptungen ohne Rücksicht auf die materielle Wahrheit zu veröffentlichen.

FR

FR 5.12.87

Gegendarstellung

In der Frankfurter Rundschau vom 12. November 1987 findet sich auf Seite 4 unter der Überschrift „Da packte Otto Schily seine Sachen ..." ein Bericht über die Fraktionssitzung der GRÜNEN im Deutschen Bundestag, in der über die Israel-Reise Otto Schilys debattiert wurde.

In diesem Bericht werden falsche Behauptungen über mich aufgestellt, die ich wir folgt richtigstelle:

Unrichtig ist die Behauptung, ich wolle die „Grünen" fest an die Politik der PLO koppeln.

Unrichtig ist weiter die Behauptung ich hätte die Frage gestellt, ob es Aufgabe der „Grünen" sei, das Existenzrecht Israels anzuerkennen.

Richtig ist, daß ich ohne Wenn und Aber für die Anerkennung des Existenzrechts Israels eintrete.

Berlin, den 20. November 1987

Jutta Maixner

Nach Paragraph 10 des Hessischen Pressegesetzes sind wir verpflichtet, eine Gegendarstellung der Betroffenen zu den Tatsachenbehauptungen ohne Rücksicht auf die materielle Wahrheit zu veröffentlichen.

FR.

FR 26.11.87

(18)

Pressekonferenz in Tel Aviv

Otto Schily:

Ich möchte am Anfang zunächst einmal im Anschluß an Waltraud Schoppe meinen Dank aussprechen für die herzliche und freundliche Aufnahme, die wir in Israel gefunden haben. Ich glaube wir waren alle sehr beeindruckt von der Offenheit der Gespräche und auch der Tatsache, daß die israelischen Regierungsstellen uns jede Möglichkeit gegeben haben, uns authentisch zu informieren. Wir haben keinerlei Beschränkungen gefunden, die irgendeine Einschätzung sozusagen beiseite lassen.
Ich bin nicht das erste Mal in Israel, aber ich habe viele Gespräche ausgeführt, unabhängig von den Besuchen, ... von dem was man hier zu sehen bekommt, auch viele Gespräche mit ihrem hervorragenden Botschafter in Bonn Ben Ari, und ich denke dieser einwöchige Besuch hat die positive Einstellung zum Staat Israel in erheblichem Maße bestärkt. Wir haben hier eindrucksvolle Zeugnisse der jüdischen Geschichte gesehen, wir haben das Goldmann Museum besucht, wir sind sehr dankbar dafür, daß uns diese Gelegenheit geboten wurde. Aber ich denke man darf auch nicht nur zur geschichtlichen Folie sich eine Meinung bilden, sondern auch die Gegenwart soll uns vor Augen stehen. Ich denke die gigantischen Aufbauleistungen die hier das Volk Israels zustande gebracht hat, haben auf uns einen großen Eindruck gemacht und sie werden es mir nicht verargen, wenn ich einen Punkt besonders hervorhebe. Israel ist ja quasi ein grünes Land geworden durch eine großartige Aufforstung, also man sieht es ja, als wir eintrafen und vom Flughafen nach Jerusalem fuhren haben wir die großen Wälder gesehen, da haben wir unseren Augen kaum getraut.
Wenn eine solche breite Erkundungsmöglichkeit geboten wird, dann ist es nicht überraschend, daß wir sehr disparate, sehr unterschiedliche Positionen getroffen haben, daß wir sehr viel Realitäten kennengelernt haben, ein Kaleidoskop von Gedanken und Gefühlen und einer unserer Gesprächspartner hat zu uns gesagt: 'Wissen Sie, ich sage Ihnen voraus, am Ende dieser Woche werden sie verwirrt sein und wenn das eintritt dann hat diese Reise ihren Zweck erfüllt.'
Aber wir haben versucht, die Verwirrung in Grenzen zu halten, wir versuchen das auch in dieser Pressekonferenz vor allen Dingen im Bewußtsein, daß wir uns hier in einem anderen geschichtlichen und geografischen Raum bewegen. Aber ich denke wir können auch in Europa nicht sozusagen den Blick auf den Nahen Osten so haben, daß wir sagen, das geht uns nichts an, das ist uns gleichgültig, das können wir auch nicht als eine kleine grüne Oppositionspartei im Deutschen Bundestag.

Obwohl uns etwas der Ruf vorausgeht und ich kann nicht bestreiten, daß wir dazu manchmal auch beitragen, daß dieser Ruf entsteht, daß wir sozusagen in unserer Bundestagsfraktion über allen Weltproblemen brüten und all die hervorragenden Lösungsmöglichkeiten herausfiltrieren, möchte ich hier unterstreichen, das was Waltraud Schoppe gesagt hat, wir kommen hier nicht als kleine grüne Oppositionspartei, um uns als Wunderdoktoren für den Nah-Ost-Konflikt anzubieten. Wir haben also auch keine Rezepte mitgebracht und mit einfachen Formeln läßt es sich hier ohnehin nach meiner Überzeugung nicht hantieren. Ich denke wir sollten uns vor allen Dingen gegenwärtig sein, daß wir uns die größte Behutsamkeit und Zurückhaltung auferlegen sollten und vor allem Dingen Bereitschaft zuzuhören.

Das haben wir versucht so auch zu erfüllen in dieser Weise und hier diesen Besuch zu absolvieren.
Bei aller Breite der Gespräche und sie können sich ja vorstellen von Herrn Haetzni bis zu Herrn Mati Peled, wie weit das Spektrum war, haben wir etwas entdeckt was sozusagen trotzdem ein Kontinuum in allen Gesprächen war auch ein positiver Konsens in allen Gesprächen bis zu Herrn Haetzni, nämlich der Wunsch nach friedlichem Zusammenleben von Juden und Arabern in dieser Region. Allerdings natürlich mit unterschiedlichen Vorstellungen in welcher Form das geschehen soll.
... positiven Grundkonsens wenn man so will ein negatives Spiegelbild zu diesem positiven Grundkonsens war die Tatsache, daß wir bei den allermeisten in mehr oder weniger entwickelter Weise ein Mißtrauen entdeckt haben, ob der andere es selbst ernst meint mit seinem Wunsch nach Zusammenleben. Also sowohl aufisraelischer Seite Mißtrauen ob die Araber es denn ernst meinen und umgekehrt bei den Arabern ob die Israelis es ernst meinen.
So daß es nach unserer Meinung in erster Linie darauf ankommt aus dem Dickicht der Vorurteile der Wahrnehmungsprobleme der Feindbilder herauszufinden in die Lichtung des Friedens - wenn sie mir das poetische Bild gestatten.
Und deshalb in aller Behutsamkeit und Zurückhaltung. Ich wiederhole das, meine ich, wir sprechen ja hier mit der israelischen Öffentlichkeit, daß es vielleicht doch sehr erfreulich wäre, wenn der nationale Konsens Israels, der im Moment, wie man uns in einem Papier des deutschen Außenministeriums ausgedrückt hat in vier Neins besteht nämlich:

- kein völliger Rückzug aus den besetzten Gebieten und kein völliger Rückzug aus den Gebieten in den Grenzen von 1967,

- keine Teilung Jerusalems,

- keine Anerkennung und keine Verhandlung mit der PLO

- keine Zustimmung zur Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates zu einer Konsensbildung im Sinne von mehreren Jas kommen sollte, das wäre unser Wunsch und unsere Vorstellung und natürlich muß an

- erster Stelle das Ja zur Anerkennung und Garantie der Existenz des Staates Israel und seiner berechtigten Sicherheitsinteressen stehen

- an zweiter Stelle stehen, aber durchaus und mit eben demselben Ernst mit der ebensoselben Bedeutung, die Anerkennung der Identität des palästinensischen Volkes und seines Wunsches dafür eine geeignete staatliche Form zu finden, was immer die sein wird und was für uns, wenn ich das hier sozusagen als Randbemerkung anfügen darf eine interessante Bemerkung war, die wir von einem Palästinenser gehört haben, der gesagt hat, '... also für uns spielt es nicht die entscheidende Rolle, ob nun die West-Bank zurückkehrt zu Jordanien und wir dort unsere Möglichkeit haben der Entfaltung wie immer dann das Verhältnis der West-Bank zu Jordanien ist'. Wir sind übrigens das möchte ich auch hier ausdrücklich betonen der Meinung, daß Palästina, also wenn man schon den Begriff Palästina verwendet, dann muß man Jordanien mitzuziehen. Das ist eine richtige Einstellung, manchmal wird in Europa vor allem in Westeuropa das nicht ordentlich und korrekt gesehen... Da muß man Geschichte studieren, um sich hier die richtige Meinung zu bilden, alles andere halte ich für völlig falsch. Auch ich habe gesagt, wir sind hier nicht hergekommen als Lehrer, sondern als Studenten

- drittens bin ich der Meinung, man muß sich darauf verständigen, was auch Waltraud Schoppe gesagt hat, es wird keine Sofortlösung geben, sondern es müssen Zwischenschritte beschritten werden. Man muß auch die Bereitschaft dazu haben und zu solchen Zwischenschritten, meine ich, gehört insbesondere die Tatsache, daß man zu jeglichen Gesprächen bereit ist, informeller und formeller Natur und daß solche Gespräche nicht behindert werden. Natürlich nicht durch erpresserischen Druck seitens der PLO behindert werden, aber auch umgekehrt nicht von israelischer Seite

- vierter positiver Punkt, Identifkationspunkt wie ich meine, daß man den Wert der kulturellen Autonomie aber auch der kulturellen Begegnung erkennt. Ich glaube man kann überhaupt nicht leugnen, daß die Palästinenser aus der Begegnung gerade auch mit der israelisch-jüdischen Bevölkerung sehr viel gewonnen haben. Also eine Tatsache, eine historische Tatsache, das sollte aber auf israelischer Seite auch vielleicht zur Vertrauensbildung führen, wenn die Palästinenser aus dieser Begegnung auch die Fähigkeit gewonnen haben zum Aufbau eines demokratischen Staates, der wirtschaftlichen Zusammenarbeit

- wir sind fünftens für strikte Einhaltung der Menschenrechte das gehört zu unserer grünen Identität, das möchte ich hier sagen und ich hoffe, daß ich hier nicht irgendein Tabu anspreche, aber wenn ich höre, ich konnte das nicht überprüfen, in einem solchen Gespräch kann ich das nicht überprüfen, wir werden das aber überprüfen und werden uns dort auch mit dieser Frage befassen. Wenn ich in einem Gespräch mit Palästinensern gehört habe, daß im Rahmen der Besatzung Kinder, palästinensische Kinder ins Gefängnis gebracht worden sein sollen und auf schreckliche Weise behandelt worden sein sollen, ich werde jetzt hier keine Details ausbreiten was uns gesagt worden ist, das ist ein Vorgang den wir nicht einfach wegschieben wollen und auch nicht können und

- sechstens Verzicht auf jeglichen Terror und Gegenterror und

- siebter positiver Punkt, daß man eine positive Haltung dazu einnimmt, daß auf internationaler Ebene sozusagen auch Bürgen für eine Garantie und eine Förderung eines Friedensprozesses vorhanden sein müssen.

Ich denke und damit möchte ich schließen, daß ein Lavieren und Finanzieren in dieser Situation nicht der richtige Rat ist, daß der Status Quo kein politisches Kapital ist, das sich einfach nur verzinst, sondern daß die Zeit sowohl gegen Israel als auch gegen die Araber arbeitet, der Konflikt womöglich dann nicht mehr kontrollierbar wird. Und ich möchte genau das besonders unterstreichen was Waltraud Schoppe sagte,
wir haben das von verschiedenen Seiten gehört, es ist auch durchaus sehr ernst zu nehmen, wenn in der palästinensischen Jugend sich eine Bewegung ausbreitet in der Richtung Fundamentalismus Jiad und ähnliches, muß uns das sehr große Sorgen machen und deshalb verstehen wir unsere Rolle als grüne Oppositionspartei so, daß wir einen Beitrag leisten wollen zur Verständigung, zur Befried gung, zur Meinungsbildung. Bitte ohne jeglichen Hochmut oder Einbildung über die Bedeutung unserer Partei. Aber auch eine kleine Partei, das haben wir ja auch in der Bundesrepublik erfahren dürfen, kann ihren Beitrag leisten und natürlich hatten wir auch den Wunsch auf ökologischem Gebiet mit Israel sehr eng zusammenzuarbeiten. Es war sehr ermutigend kennenzulernen, wie eine kleine flexible Firma, die Firma Ormat fantastische Arbeit leistet im Bereich der Abwärmenutzung und ... und jetzt hoffe ich unseren Übersetzer nicht zu sehr gequält zu haben.

(21)

Vielen Dank. Nun zu Ihren Fragen.

Frage:

Ulrich Sahm Stuttgarter Zeitung: 'Wie muß ich verstehen, daß vor zwei Jahren als eine Delegation der GRÜNEN hier war so ziemlich genau das Gegenteil von dem erzählt worden ist, was Sie jetzt sagen?

Antwort:

Otto: Das müssen Sie so verstehen, daß die Partei gereift ist.

Frage:

Mit welchen Gruppen haben Sie sich getroffen, Sie sagen von Haetzni bis Peled das wäre etwa so wenn ich in der Bundesrepublik sagen würde von Strauß und Kohl bis zur FDP, es gibt in Israel ... auch eine kommunistische Partei und eine andere Frage zu Vanunu...

Antwort:

Otto: Ja also es überrascht micht, daß hier die progressive Liste, wenn ich das richtig verstanden habe mit der FDP verglichen wird ... wir haben in der Tat vorwiegend mit Palästinensern die in der progressiven Friedensliste engagiert sind gesprochen und wir haben mit einem arabischen Journalisten in Jerusalem einer Nachrichten-Agentur gesprochen. Wir haben nicht mit allen Parteivertretern, obwohl wir das ja gerne getan hätten, auch nicht mit einem Parteivertreter gesprochen von dem wir sagen könnten, er sei ein Likud-Vertreter, was wir bedauern, wir hätten es sehr gern gesehen, auch in diesem Bereich noch einen Gesprächspartner zu finden aber ich hoffe auch nicht, daß es unsere letzte Israel-Reise ist ... also vielleicht darf ich noch hinzufügen wenn hier aus diesem Kreise noch Vorschläge sind auch Vermittlungen möglich sind, dann ... nehmen wir das gerne entgegen.
Jetzt zu der Frage der Atomenergie. Wir gehören zu der Partei, die die Nutzung der Atomenergie ablehnt auch weil Sie eine Aufteilung in friedliche und militärische Zwecke nicht bietet, alle ernsthaften Wissenschaftler müssen heute erkennen, daß es eine strikte Trennung zwischen den beiden Bereichen nicht gibt. Und die Erfahrung lehrt auch, daß das so eingetreten ist, denken sie an Brasilien, denken siean andere Länder, denken sie an Pakistan und ähnlich wird es sich in Israel verhalten. Insofern glauben wir an die Ablehnung der Atomenergie in ihrer Gesamtheit, sowohl an den Bau von Atomwaffen als aber auch an den Bau von Atomreaktoren, glauben daß diese Energieerzeugung nicht zum Wohle der Menschheit dient im Gegenteil und inzwischen wird ja in der militärstrategischen Diskussion in Europa im Westen und im Osten längst anerkannt was wirimmer sagen, daß natürlich auch Atomkraftwerke schlafende Atombomben sind, die in einem konventionellen Krieg eine ganz schlimme Bedeutung gewinnen können. Und auch insofern denke ich, ist unsere Position ganz klar. Ich möchte - ich bin Rechtsanwalt wie sie wissen und zu einem rechtsstaatlichen Prinzip gehört es, sich nicht in schwebende Verfahren einzumischen und natürlich denke ich, daß wir hier, die wir aus der Bundesrepublik Deutschland kommen auch uns mit aller Vorsicht äußern sollen.

Aber ich will Ihnen gar nicht hier verbergen, daß es in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit auch in der Grünen Partei bis in die Grüne Bundestagsfraktion Sympathie für Menschen gibt , die versuchen auch durch Einsatz ihrer eigenen Existenz dafür zu sorgen, daß eine unheilvolle Entwicklung ... gestoppt wird und ... emokratie lebt davon, daß ist eine unserer wichtigen demokratisch republikanischen Zielsetzungen, sie meint Transparenz, daß das Volk wirklich Bescheid weiß und sieht was sich hinter den Kulissen vollzieht. Ich denke das ist etwas was sozusagen auch unseren Intentionen entspricht, daß diese Transparenz hergestellt wird.

EINGEG...
5. Nov. 1987
Erled. 5-1

0 Bu Vo

Birgit Bogler

4330 Mülheim a. d. Ruhr,
Strippchens Hof 30
2. 11. 1987

(23)

Fraktion
Die Grünen im Bundestag
Bundeshaus (HT)

5300 Bonn

nachrichtlich an
* Bundesvorstand
* Kreisverband Mülheim a. d. Ruhr
* Abgeordnete Schoppe, Schily

Betr.: Grüne Nahost-Politik, Parteiaustritt

Liebe Freundinnen und Freunde!

Wer bisher glaubte, nur Fundis seien allemal gut für politische Peinlichkeiten, sah sich in den letzten Tagen eines Besseren belehrt. Hatte sich der fundamentale Nahost-Trip vor allem durch die Fähigkeit der Teilnehmer, selbst kleinere Fettnäpfe nicht zu ignorieren, ins Gedächnis geprägt, so waren diesmal exponierte Realos aufgebrochen, um aller Welt zu zeigen, wie man es besser macht. Und in der Tat, dies ist ihnen gelungen.

Bei den Statements von Waltraus Schoppe und Otto Schily handelt es sich zudem nicht um einmalige verbale Entgleisungen. Die Äußerungen der beiden bilden vielmehr den vorläufigen Höhepunkt einer real existierenden grünen Nahost-Politik, die mit der Verweigerung eines Hearings zum 20. Jahrestag des 6-Tage-Krieges begann, die sich fortsetzte in einer devoten Presseerklärung zum Besuch Chaim Herzogs in Bonn und die zu dem Versuch führte, den Vertreter der PLO auf der BDK in Duisburg am Reden zu hindern.

Wer nun allen Ernstes behauptet, Israel sei der einzige demokratische Staat der Region, der muß sich die Frage nach seinem Demokratieverständnis gefallen lassen. Ist ein Staat demokratisch, der ein Fünftel seiner Bürger auf vielfältige Weise diskriminiert, weil es sich um Araber handelt? Ist ein Staat demokratisch, der seit 20 Jahren eineinhalb Millionen Palästinenser einer brutalen Besatzung unterwirft? Nach meiner unmaßgeblichen Auffassung von Demokratie gehören dazu ferner die für Israel so exotischen Begriffe wie Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit - Maximen, deren Einhaltung hierzulande bei jeder Gelegenheit gerade von den grünen Nahost-Reisenden bei jeder Gelegenheit postuliert wird. Wie weit ist es jedoch mit der Demokratie in einem Staat her, wenn dort die Einhaltung der Menschenrechte (!) gefordert werden muß? Widerrechtliche Besetzung und Beschlagnahme des Bodens, Präventiv- und Sippenhaft, Kinder, die für das Werfen von Steinen bis zu 10 Jahre ins Gefängnis gehen, Deportationen, systematische Folterung von Häftlingen, willkürliche Schließung von Bildungseinrichtungen, Gefängnisstrafen für Maler, die in ihren Bildern die Farben der palästinensischen Fahne verwandten, Zensur von Presse und Theater - die Liste ist wahrlich beeindruckend für eine Demokratie und bei weitem nicht vollständig. Die verschiedenen Rechtssysteme - israelisches Militär- und Zivilrecht, Gesetze aus der Zeit des Völkerbundmandats sowie der osmanischen Herrschaft, die nebeneinander und nach Gusto angewendet werden, geben zudem den pseudolegalen Rahmen ab für eine Besatzungspolitik, die allen Vorschriften irgendwelcher Genfer Konventionen zum Hohn exekutiert wird. Daß ausgerechnet Grüne die Praxis eines solchen Staates für demokratisch halten, ist wohl mehr als befremdlich.

Und weiter: Die Grenzen Israels müßten unantastbar sein, so die fröhlichen grünen Dilettanten. Bleibt nur die Frage, welche Grenzen denn gemeint sind, etwa die des UN-Teilungsplanes von 1947, oder die von 1948, vielleicht die von 1967? Der "einzige demokratische Staat der Region" ist auch der einzige Staat der Region, der bis heute seine Grenzen nicht festgelegt hat, und Eretz Israel reicht bis zum Litani im Südlibanon sowie weit in die jordanische Eastbank hinein, worüber die grünen Israel-Freunde sicherlich in Kiryat Arba durch ihre Gesprächspartner von der fanatisch-religiös motivierten Gusch Emunim-Bewegung aufgeklärt wurden, aus deren Reihen sich ein Teil des gewalttätigen jüdischen Untergrunds rekrutiert und deren Sied-

lerunwesen durch einen offiziellen Besuch ausgerechnet von Grünen aufgewertet wurde, eine weitere Meisterleistung unserer Amateur-Diplomaten, die bezeichnenderweise mit Palästinensern nur am Rande und außerhalb des offiziellen Programms zusammentrafen.

Da beeindruckt es doch schon, daß die Grünen tatsächlich auch an das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser gedacht haben, welches sich aber "nicht unbedingt in einem eigenen Staat" artikulieren müsse. Daß die Betroffenen selbst mit überwältigender Mehrheit eine eigene Staatlichkeit anstreben- und eben nicht nur ein bißchen kulturelle Autonomie, wie von Otto Schily großzügig konzediert- stört das grüne Demokratieverständnis offenbar überhaupt nicht.

Statt dessen zeigt man sich beeindruckt " von der gigantischen Aufbauleistung" der Israelis; daß dieser Aufbau auf dem Rücken und auf den Gräbern Tausender Palästinenser vonstatten ging, ist den grünen Abgeordneten wohl entgangen. Eine solch unkritische Anbiederung an die Gastgeber dieser Reise klingt wie eine posthume Verhöhnung all derjenigen, die bei den diversen Massakern, die beim Aufbau des einzigen demokratischen Staates der Region leider unvermeidlich waren, durch Israelis umgebracht wurden. Wer dies für PLO-Propaganda hält, dem sei die Lektüre der Bücher Begins und Dayans empfohlen, die Schriften eines Zeev Jabotinsky bieten sich ebenfalls zum Studium an für Grüne, die ja diesmal "nicht als Oberlehrer, sondern als Studenten" das heilige Land heimsuchten.

Woher Waltraud Schoppe ihre Einsicht nimmt, die Bedrohung Israels sei viel größer als sie sich das vorher vorgestellt habe, kann wohl nur sie selbst angeben. Wer bedroht Israel denn? Etwa Ägypten? Nach Camp David? Und die Vorgeschichte des Oktoberkrieges könnte Frau Schoppe bei Henry Kissinger nachlesen. Etwa Jordanien? Wo man mit König Hussein seit Jahren im Geheimen eine effiziente Zusammenarbeit praktiziert, vor allem, wenn es um wirtschaftliche Interessen geht oder aber um die Festnahme politisch aktiver Palästinenser? Über das gegeseitige Stillhalten am ehemals syrischen Golan braucht man wohl nichts weiter zu sagen. Und die Schiiten des Südlibanon hat Israel sich selbst zu Feinden gemacht durch seine allseits bekannte Besatzungspolitik. Aber weder ein schiitisches noch ein PLO-Kommando ist in der Lage, die militärische Supermacht der Region aus den Angeln zu heben. Der Mythos der Bedrohung ist jedoch unerläßlich, um eine "gigantische Aufbauleistung" im Rüstungsbereich auf Kosten amerikanischer und auch westdeutscher Steuerzahler aufrechtzuerhalten, gleichzeitg durch Waffenexport die Außenhandelsbilanz aufzubessern und obendrein zu verschleiern, wer in dieser Region wen bedroht, siehe "Frieden für Galiläa", siehe Eretz-Israel-Ideologie.

Der nächste Bär, den die grünen Studiosi sich bereitwillig aufbinden ließen, ist auch nicht gerade klein: ein Gespenst geht um im besetzten Palästina, das Gespenst des islamischen Fundamentalismus! Es darf spekuliert werden, aus welchen Quellen die Grünen ihre Weisheit geschöpft haben, vielleicht wars in Kiryat Arba, zumindest ist dort religiöser Extremismus nicht eben unbekannt. Aber im Ernst: Gerade Palästina ist eine der wenigen Regionen in der arabischen Welt, wo es einen organisierten und politisch relevanten islamischen Fundamentalismus eben nicht gibt. Oder reicht für die Grünen die Existenz islamischer Listen bei den Wahlen zum Studentenparlament der Westbank-Universitäten schon aus? Über den mäßigen Wahlerfolg dieser Gruppierungen haben die Israelis ihren Gästen wohl nicht soviel erzählt. Daß sich die Dinge einmal ändern könnten, sei nicht ausgeschlossen, zumal, wenn die israelische Besatzung so weitergeführt wird wie bisher, aber ein palästinensischer Mahdi wurde bislang noch nicht gesichtet. Und noch etwas sei den Grünen ins Stammbuch geschrieben: der erste religiös motivierte Staat in dieser Weltgegend ist Israel, nicht der Iran.

Die Krönung des grünen Eindringens in die Materie ist jedoch die Behauptung, auch Jordanien sei Palästina. Das Nachplappern einer Argumentation, die exakt so von Ariel Sharon und seinen Gesinnungsfreunden seit Jahren propagiert wird mit dem erklärten Ziel einer Zwangsumsiedlung der arabischen Bevölkerung

ist nicht nur ein Tritt für jeden palästinensichen Flüchtling, für jede palästinensiche Familie, die trotz Besatzungsterror im Lande bleibt, nein, auch König Hussein dürfte sich für solch zweischneidige Offerten bedanken, auch wenn sie von wohlmeinenden Grünen kommen. Was, Herr Schily, geschähe wohl mit seinem

Regime, falls Jordanien zu Palästina würde? Sollte Israel dann auch in Amman für "Sicherheit" sorgen? Sharon und die Gush Emunim hätten sicherlich nichts dagegen. Wenn im übrigen heute ca. 60 % der jordanischen Bevölkerung palästinensicher Abstammung sind, liegt das nicht an einer historisch begründeten Einheit von Jordanien und Palästina, sondern schlicht an Flucht und Vertreibung der Palästinenser aus ihrer Heimat westlich des Jordans durch die Israelis. Welche Wirkung ein solch unqualifiziertes Gerede, dargeboten ausgerechnet durch den außenpolitischen Sprecher der Grünen, auf israelische Friedensgruppen haben dürfte, bedarf wohl keiner besonderen Ausführungen. In der Debatte um das Hearing zum 6-Tage-Krieg prägte Otto Schily den feinsinnigen Satz " gerade die Nahost-Politik müsse hochsensibel konzipiert werden". Zynischer, pardon, sensibler, hätte er seine eigene Forderung wohl nicht erfüllen können.

Und noch etwas: Man muß weder links noch grün sein, um mit Israel Probleme zu haben. Etliche Mandatsträger von SPD und FDP haben sie auch, und selbst in der FAZ wurde die Thematik in den Kommentaren eines Thomas Ross schon weit sensibler behandelt. Und wenn der grüne Beitrag zur Nahost-Politik lediglich in einer Eindämmung des hiesigen Antisemitismus bestehen soll, dann dazu nur soviel: Die Palästinenser haben die Juden nicht nach Auschwitz gebracht. Und wenn es eine Konsequenz gibt, die hierzulande aus Auschwitz zu ziehen wäre, dann doch wohl die, daß das Totschweigen von Unrecht den Opfern nicht hilft, aber den Tätern nutzt und sie zu weiterem Tun animiert.

Ich habe bisher für eine dezidiert realpolitische Ausrichtung grüner Politik gestanden. Mit dieser Art von Realpolitik habe ich jedoch nichts gemeinsam und will ich auch nichts zu tun haben. Die pauschale Diffamierung der inzwischen laut gewordenen Kritik als "Gebräu von Lügen und Dummheiten" erspart nicht nur die inhaltliche Auseinandersetzung, sondern zeigt einmal mehr den intellektuellen Standard des innerparteilichen Stellungskrieges, ein Niveau, dem sich auch Realos offenbar nicht mehr verschließen. Da meiner Einschätzung nach die Zustände in der Partei sich auf absehbare Zeit nicht ändern werden, vor allem aber, weil ich eine solche Nahost-Politik nicht mittragen kann und will, erkläre ich hiermit meinen Austritt aus der Partei zum 1. 12. 87, der Dauerauftrag für meinen Mitgliedsbeitrag läßt sich leider nicht eher stoppen.

Mit freundlichen Grüßen

Birgit Bogs

(26)

GO EAST!

Von Jürgen Reents

Anmerkungen zu einem deutschen Besuch in Israel

Auf unserer Nahost-Reise im Dezember 1984 haben wir in der Westbank auch Deheische besucht, ein palästinensisches Flüchtlingslager südlich von Bethlehem. Dort leben etwa 12.000 Menschen. Das Lager ist vom israelischen Militär rundum — bis auf einen Eingang — eingezäunt und zugemauert worden. Man will so Angriffe gegen israelische Siedler aus dem Lager heraus verhindern. Deswegen patrouilliert auch israelisches Militär ständig vor, und von Zeit zu Zeit auch im Lager. In der Dunkelheit wird das Lager manchmal von Scheinwerfern der israelischen Militärposten hell angestrahlt. Dies war auch der Fall, als wir in Deheische waren.

Während unseres Besuchs in Deheische demonstrierte gerade eine Anzahl von Gusch-Emunim-Leuten des rechtsradikalen Rabbis Mosche Levinger vor dem Lager und forderte dessen Auflösung. Ein knappes halbes Jahr zuvor, am 3. Juli 1984, hatte ein israelischer Soldat bei einer Bus-Kontrolle auf die aus Deheische kommenden Insassen gefeuert, und dabei fünf Jugendliche z.T. schwer verletzt. Zum Zeitpunkt unseres Besuches hatten die Lagerbewohner immer noch keine Antwort der zuständigen Militärbehörden auf ihre Aufforderung, diesen Vorfall gerichtlich zu untersuchen.

Deheische taucht immer wieder in den Nachrichten aus der Westbank auf, auch diese Tage: Ende Oktober wurde eine palästinensische Hochzeitsgesellschaft von einem israelischen Armeestützpunkt aus beschossen (häufiger Grund für ein solches Vorkommnis ist die schlichte Tatsache, daß bei einer solchen Feier auch palästinensische Freiheitslieder gesungen werden). Dagegen wurde von Lagerbewohnern protestiert und demonstriert. Das wiederum veranlaßte die Armee zu einer nächtlichen Razzia in Deheische, bei der alle männlichen Personen über 17 Jahre auf einem Hügel zusammen getrieben und dort neun Stunden lang festgehalten wurden. Nach palästinensischen Angaben sind mindestens 30, nach israelischen Angaben 18 Personen festgenommen worden. (Süddeutsche Zeitung v. 27.10.87, und Palästina-Bulletin 44/87)

Die Leute, mit denen wir im Dezember 1984 in Deheische sprachen, erzählten uns, daß sie bislang allen Versuchen widerstanden hätten, sie aus diesem Lager zu vertreiben. Gusch Emunim und zumindest Teile der israelischen Regierung wollen die Palästinenser von dort weg haben, weil dieses Lager zwischen dem Siedlungsgürtel am südlichen Stadtrand Jerusalems und dem daran anschließenden Gusch-Etzion-Siedlungsblock liegt. Das stört den Verkehr und die Erweiterungspläne der Siedlungsblöcke. Wenn sie ihr Lager aufgeben, dann wird auch dieser Boden bald enteignet sein.

Deheische machte einen tristen Eindruck. Ein Haus aber, an dem wir vorbeikamen, war bunt mit Girlanden geschmückt. ,,Dort feiert heute abend die gesamte Nachbarschaft'', sagte uns jemand. ,,Einer der Söhne ist wieder aus dem israelischen Gefängnis heimgekehrt.'' Es gebe kaum eine Familie in diesem Lager, erzählte man uns weiter, aus der nicht mindestens ein Angehöriger mindestens einmal schon in einem israelischen Militärgefängnis gesessen habe.

* * *

Nach Deheische kommt man, wenn man von Jerusalem aus in Richtung Hebron fährt. Ich weiß nicht, ob die jetzige Reisegruppe aus der grünen Bundestagsfraktion dieses Lager im Vorbeifahren erblicken konnte, oder ob der Wagen des israelischen Außenministeriums, der sie in die Westbank chauffiert hat, angewiesen wurde, die Umgehungsstraße zu nehmen, um einer eventuellen Frage, was denn das da sei, von vornherein auszuweichen. Darauf hat man ja auch schwerlich Einfluß, wenn man militärisch besetzte Gebiete als Gast und mit Hilfsmitteln der Besatzungsmacht besucht.

Ziel ihrer Fahrt war Kirjat Arba, wo die Reisegruppe sich zu einem Gespräch mit Herrn Haezni von Gusch Emunim traf.

Kirjat Arba ist eine israelische Siedlung am östlichen Stadtrand von Hebron. Ich kenne diese Siedlung nicht. Wir haben sie damals nur aus der Ferne gesehen, als wir uns in Hebron mit Mostafa Abdennabi Natscheh getroffen haben, ehemaliger palästinensischer Bürgermeister von Hebron, der im Juli 1983 von der israelischen Militärbehörde amtsenthoben worden war. Damit war es ihm noch etwas besser ergangen als seinem Vorgänger Fahd Kawasmeh, der im Mai 1980 nicht nur amtsenthoben, sondern durch Verfügung des Militärs auch gleich nach Jordanien deportiert wurde, zusammen mit Muhamed Milhem, bis dahin Bürgermeister von Halhul, einer Nachbargemeinde von Hebron.

Mit Natscheh fuhren wir damals auch auf einen der Hügel am Stadtrand von Hebron, auf dem nur ein einziges Gebäude stand: eine Schule. Auf unsere Frage, warum denn ausgerechnet hier eine Schule gebaut worden sei, was doch sehr umständlich für die Schulkinder sei, erklärte er uns: ,,Das da drüben ist Kirjat Arba, eine israelische Siedlung. Das Militär und die Siedler versuchen, rund um Hebron einen Siedlungsgürtel zu legen und den Boden dafür zu enteignen. Wenn hier aber eine Schule steht, dann ist das nicht so einfach für sie.''

Kirjat Arba ist in den Berichten, die sich mit der israelischen Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten befassen, häufig erwähnt. Kirjat Arba war einer der ersten Versuche, israelische Siedlungen direkt in die Zentren der palästinensischen Bevölkerung auf der Westbank hineinzutreiben. In einem Bericht des UN-Sonderausschusses über die israelischen Praktiken in den besetzten Gebieten, herausgegeben am 12.9.1979 in Genf, kann man lesen: ,,*Unter dem Vorwand israelischer Sicherheit haben die israelischen Behörden arabisches Land abgesperrt. Das Gesetz erlaubt, daß zeitlich begrenzte Militärlager auf diese Weise geschaffen werden können; das Land muß aber an seinen rechtmäßigen Besitzer zurückgegeben werden, wenn die Lager aufgehoben werden. Doch das Gesetz wird mißbraucht. Wenn die Armee erscheint, folgen ihr Siedler und besiedeln das Land durch die Errichtung von Häusern und anderen Einrichtungen. Trotz der Bestrebungen, diesen Mißbrauch abzustellen, gehen solche Aktionen weiter. Die Israelis erklären das Land zu israelischem Besitz (...) Im April 1970 unternahmen israelische Behörden Maßnahmen, um große Gebiete von Hebron aus Sicherheitsgründen abzusperren. General Mosche Dayan sagte zu diesem Zeitpunkt, das Land werde zur Verteidigung gebraucht. Tatsächlich wurde es zur Errichtung einer Siedlung, Kirjat Arba, verwendet. Dort leben heute mehr als 2.000 Israelis. Das Land gehört arabischen Bürgern, die kein Recht haben, das Gebiet zu betreten. Sie werden am Betreten gehindert. Die Entscheidung, dieses Gebiet von Hebron zu schließen, wurde trotz Protesten der arabischen Bevölkerung und trotz der Tatsache, daß es sich dabei um eine Aggression handelt, gefällt. 1978 bauten die Besatzungsbehörden Drahtzäune um einen Teil des beschlagnahmten Bodens. Aber einige arabische Häuser hatten sich danach Sondererlaubnisse vom*

Militärkommandeur zu besorgen.'' (zit.n. Viktoria Waltz / Joachim Zschiesche, Die Erde habt ihr uns genommen, (West-) Berlin 1986, S. 339 — Anm.: Waltz und Zschiesche schreiben, daß die Zahl der israelischen Siedler in Kirjat Arba inzwischen auf 4.000 angewachsen sei; ebd., S. 340)

In einem anderen Buch, das sicher auch viele gelesen haben, die sich mit der Situation in den israelisch besetzten Gebieten ernsthaft auseinandersetzen, heißt es über Kirjat Arba:

,,Diese städtische Siedlung entbehrte jeden militärischen Charakters und dokumentierte unzweifelhaft den Willen, sich hier nicht nur vorübergehend niederzulassen. Für Kirjat Arba konnten nur religiöse Gründe geltend gemacht werden: Die Berufung auf das Recht des jüdischen Volkes, in seinem ‚historischen Heimatland' zu siedeln.'' (J.Metzger/M.Orth/C.Sterzing, Das ist unser Land, Bornheim-Merten, 1980, S.48)

Kirjat Arba wächst durch Vertreibung arabischer Familien in der Nachbarschaft und Beschlagnahmung von deren Land. Die einsässige Bevölkerung selbst und ihr Eigentum ist das Hindernis dieser Siedlungspolitik. Im ,,Kölner Stadtanzeiger'' vom 19./20.2.83 wurde das so geschildert: *,,Mal werden Weinstöcke als solches Hindernis betrachtet und ausgerissen, mal sind es Hochspannungsleitungen. Ein Haus hat man bereits zerstört, das angeblich ‚illegal' gebaut worden war, einer Witwe hat man mehrmals Handgranaten vor die Tür geworfen, weil sie nicht bereit ist, ihr Haus zu verlassen, das den Siedlern zu nah an Kirjat Arba steht. Schuldige wurden natürlich nie gefunden.''*

Das Auftreten gerade der Siedler von Kirjat Arba findet auch in einigen israelischen Zeitungen manchmal deutliche Kritik. Dazu noch einmal aus dem Buch von Metzger u.a.: *,,Die jüdischen Siedler lassen die Palästinenser oft spüren, wer die eigentlichen Herren in den besetzten Gebieten sind. Ein besonders krasses Beispiel dafür sind die jüdisch-orthodoxen Siedler von Kirjat Arba, die in unmittelbarer Nähe von Hebron leben. ‚Sie sorgen in Hebron, so wie sie es sehen, für Ordnung', beschreibt eine israelische Zeitung ihr Auftreten. ‚Die Araber beklagen sich, daß sie von den Siedlern geschlagen werden, wann immer es denen gefällt, daß die Siedler gelegentlich schießen, um die Leute zu ängstigen, daß sie arabisches Eigentum beschädigen.' Die Siedler demonstrieren nicht nur ihre Anwesenheit, sondern begreifen sich als legitime ‚Ordnungsmacht'. Mitte März 1976 sagte Rabbi Levinger, das ‚geistliche Oberhaupt' von Kirjat Arba, im israelischen Fernsehen, er habe die Bewohner der Siedlung ‚angewiesen, gezielt zu schießen', wenn sie mit Steinen beworfen würden, während sie in Hebron ‚patrouillierten'.''* (Metzger u.a., a.a.O., S.52; Zitate dort aus: Davar, 8.10.76, und Jerusalem Post, 22.3.76)

Selbstdarstellungen israelischer Siedler aus Kirjat Arba lassen über ihr Auftreten und ihren ideologischen Hintergrund ebensoviel erkennen: *,,Nicht allein Kirjat Arba, sondern Hebron muß eine jüdische Stadt sein.''* (Rabbi Goren, Mitglied der Gusch Emunim, zit. in: Jerusalem Post, International Edition, 30.12.79/5.1.80) *,,Wir kämpfen um Groß-Hebron, ein ausgedehntes städtisches Zentrum für ganz Judäa. Glaube, Hingabe und Ausdauer sind der Schlüssel zum Sieg.'' ,,Wer heute Hebron aufgibt, der gibt morgen Tel Aviv preis. Je stärker wir Juden sind, desto geringer ist die Gefahr seitens der Araber. Sie kämpfen nicht gegen jene, die ihre Herren sind. Sie kämpfen nur, wenn sie glauben, es gebe keine Herren.''* (Äußerungen israelischer Siedler, zit. in: Zeit-Magazin 25/82, 18.6.82).

Kirjat Arba ist Symbol und Vorposten: Ähnlich der Siedlungsblöcke um Nablus, Ramallah und Jericho geht es hier um die Parzellierung arabischer Städte in der Westbank und ihre Umwandlung in Zentren der jüdisch-israelischen Besiedlung — in diesem Fall um Hebron, das mit arabischem Namen Khalil heißt, und nach Ostjerusalem die zweitgrößte Stadt in der Westbank ist. Im Stadtkern von Hebron selbst sind bereits etliche Militärposten und Siedlungsstützpunkte installiert. Das Auftreten von Militär und (bewaffneten) Siedlern in Hebron führt immer wieder zu militanten Protestaktionen der palästinensischen Bevölkerung, die sich gegen die schleichende Einvernahme ihres Lebens, ihrer Kultur, ihrer Häuser und ihres Landes zur Wehr setzen. Und ihr Widerstand wiederum gilt dem israelischen Militär als Vorwand für Vergeltungsaktionen und kollektive Strafmaßnahmen. Die Besetzung der Westbank ist die alleinige Ursache dieses Konflikts, in dessen Verlauf Siedler und Soldaten palästinensische Einwohner bewaffnet angreifen und ihr Eigentum zerstören, und dafür mit wenigen Tagen Haft oder ganz straffrei wegkommen — und palästinensische Jugendliche Militär und Siedler mit Steinen und Molotow-Cocktails angreifen, und dafür lange Jahre im Gefängnis verschwinden.

Wenn bei einer Razzia eine Waffe im Haus einer palästinensischen Familie gefunden wird, dann wird entsprechend eines Erlasses der israelischen Besatzungsbehörden das Haus gesprengt und der Boden enteignet. Häuser, die zu nahe an israelischen Militärposten oder Siedlungen stehen, werden auch ohne solchen Anlaß weggesprengt. Ein Beispiel aus jüngerer Zeit: Im Dorf Sa'ir in der Nähe von Hebron hat die israelische Armee Ende Juni drei Häuser abreißen lassen, als Strafaktion gegen Familien, aus denen Angehörige wegen Mitgliedschaft in Al-Fatah und Beteiligung am bewaffneten Widerstand zu lebenslanger Haft verurteilt worden waren. Insgesamt sollen seit 1967 auf diese Weise 1.300 Häuser von Palästinensern zur ,,kollektiven Abschreckung'' zerstört worden sein (Neue Züricher Zeitung, 25.6.87).

Vielleicht hat die grüne Reisegruppe solche in Schutt und Asche gesprengten Häuser in Hebron — z.B. in der Nähe des Busbahnhofs — nicht gesehen, als sie auf dem Weg nach Kirjat Arba durch die Stadt fuhr.

Vielleicht haben sie sie gesehen, und haben sie für einen normalen Abriß gehalten, weil sie keine Begleitung hatten, die ein Interesse daran haben konnte, sie über so etwas aufzuklären.

Und vielleicht haben sie auch die Ibrahim-Moschee nicht gesehen, die in Hebron direkt in der Nähe der Straße liegt, die nach Kirjat Arba führt, und konnten nicht einmal fragen, was denn israelische Militärposten an den Eingängen und sogar auf dem Dach dieser Moschee zu suchen haben. Wer hätte ihnen die Geschichte dazu erzählen sollen? Wer hätte ihnen erzählen sollen, daß diese Moschee, die vor 1967 auch Nicht-Moslems zum Besuch offen stand, 1967 von den Israelis in einen jüdischen und einen moslemischen Bereich geteilt wurde, und bewaffnete israelische Soldaten sich dort auch aufhalten, wenn die Moslems zum Gebet zusammen kommen? Wer hätte ihnen erzählen können, daß es 1976 hier zu schweren Auseinandersetzungen gekommen ist, nachdem israelische Siedler in der Moschee Koran-Bücher zerrissen und verbrannt hatten, weil sie diese Moschee, unter der sich die Grabhöhle Abrahams befinden soll, als jüdisches Heiligtum umwandeln wollen? Wer hätte ihnen erzählen sollen, daß es immer wieder zu Auseinandersetzungen im Umfeld dieser Moschee gekommen ist, weil sich auf dieses Stadtviertel eine der hauptsächlichen Bestrebungen israelischer Siedler in Hebron richtet? Wer hätte ihnen erzählen sollen, daß die israelischen Militärbehörden Anfang 1980 im Zusammenhang mit diesen Auseinandersetzungen rund 200 Palästinenser festnehmen ließen, einen großen Teil davon zu hohen Gefängnisstrafen verurteilten, eine rund zweiwöchige Ausgangssperre über die gesamte Innenstadt von Hebron verhängten und erst nach fünf Tagen erlaubten, daß die Bewohner für eine Stunde Einkauf ihre Häuser verlassen durften?

Sicher, niemand kann sich überall direkt informieren, und über vieles, das man nicht selbst ansehen kann, und wo man nicht hinkommt, kann man auch etwas lesen, um etwas zu verstehen und um sich eine Meinung zu bilden. Das gilt für grüne Außenpolitiker selbstverständlich genauso, wie für jeden Menschen.

Aber was um alles in der Welt, wenn jemand denn überhaupt etwas über diese Region weiß, kann eine Delegation der grünen Bundestagsfraktion bewegen, sich vom israelischen Außenministerium ein Besuchsprogramm für die israelisch besetzten Gebiete zusammenstellen zu lassen, und sich dort dann (als einzigen Besuchspunkt) durch einen Vertreter von Gusch Emunim über die Westbank zu ,,informieren'', um anschließend auf einer Pressekonferenz zu verkünden, man mache sich ,,sehr, sehr große Sorgen'' darüber, daß sich in der palästinensischen Jugend ,,eine Bewegung ausbreitet in die Richtung Fundamentalismus, Jihad und ähnliches'' (Otto Schily)? Kann eine Delegation der Grünen, selbst unter Berücksichtigung der Tatsache, daß ihr drei Bundestagsabgeordnete angehören, für sich allein überhaupt so viel politische Naivität versammeln?

* * *

In der Siedlerbewegung Gusch Emunim (,,Block der Getreuen'') verfügt die rechtsradikale ,,Tchija''-Partei (,,Partei der nationalen Wiedergeburt''), die sich aus Protest gegen den Friedensvertrag mit Ägypten von der Likud-Fraktion ,,Cherut'' (,,Freiheitspartei'') abgespal-

ten hat, über einen bedeutenden ideologischen Einfluß. Die ,,Tchija''-Partei fordert die ,,Auflösung der Lager und Verschickung der Flüchtlinge nach Saudi-Arabien und in andere Öl-erzeugende Länder, die ein dringendes Bedürfnis nach Arbeitskräften haben'' (Haaretz, 16.10.79, zit. n. J. Metzger u.a., S.42). Sie vertritt damit am offensten die Ansichten, die in der israelischen Siedlerbewegung sehr verbreitet sind. Denn die Siedlerbewegung gründet nun mal darauf, daß die besetzten Gebiete ,,rechtmäßig'' und ,,historisch'' zum ,,Judenstaat'' gehören.

Das bedeutet allerdings nicht, daß die israelischen Siedler politisch in ebenso großem Maße Parteigänger der ,,Tchija''-Partei sind. Eine solche Zwangsläufigkeit besteht auch deswegen nicht, weil die jüdisch-israelische Besiedlung der besetzten Gebiete ein Programmpunkt aller staatstragenden Parteien in Israel ist, und sie sich nur in Form und Ausmaß dieser Siedlungspolitik unterscheiden. Ausführlich zitiert sei deswegen aus einem Grundsatzartikel eines Vertreters der Siedlungsbewegung in der ,,Mapai'' (,,Arbeiterpartei''), Ze'ev Zur:

,,Die Siedlung als Mittel zur Schaffung von Grenzen hat während des gesamten zionistischen Aufbaus sich wandelnden politischen Bedingungen standgehalten. In der Mandatszeit hat sie die Regionen jüdischer Anwesenheit in Erez-Israel (Palästina) und den konkreten Rahmen des zionistischen Gemeinwesens aus territorialer Sicht bestimmt. Der Teilungsplan der UN (1947) stimmte wesentlich mit dem Bereich überein, den die jüdische Ansiedlung bereits abgesteckt hatte. Die Araber stimmten dem UN-Plan nicht zu und eröffneten den Krieg. Und die israelische Armee, die sich angesichts des Krieges organisieren mußte, konnte sich auf die bestehenden Siedlungen stützen und dehnte die Grenzen des hebräischen Staates weit über die Teilungslinien der UN hinaus. Auf Grundlage dieser Erweiterungen wurden die Waffenstillstandsabkommen von 1949 geschlossen. (...) Die Siedlungspolitik nach dem Sechs-Tage-Krieg war dazu bestimmt, verteidigungsfähige Grenzen zu schaffen. Es handelt sich um Grenzen, von denen die Regierung hoffte, daß sie im Rahmen von Verhandlungen anerkannt und durch Friedensverträge besiegelt würden. Die israelischen Regierungen haben nicht ultimativ Grenzen gefordert. Aber angesichts der Weigerung der arabischen Staaten zur Verständigung war man bestrebt, kein Vakuum zu hinterlassen und mittels der errichteten Siedlungen darauf hinzuweisen, wie weit die Auffassung von sicheren Grenzen geht. (...) Araber können im Rahmen einer jüdischen Souveränität existieren; aber Juden — das ist etwas anderes. Das Beispiel der Araber in Galiläa und im ,,Dreieck'', die sich als Teil der arabischen Welt empfinden, beweist es. Auch in Friedenszeiten veranlaßten nichtbesiedelte Grenzen die Wüstenbewohner, in den besiedelten Bereich einzudringen und ihn zu besetzen; man denke an das, was im Negev vor sich geht. Das Vakuum zog die Infiltranten an, Saboteure und Fedayeen, die ungehindert eindringen konnten, solange sie nicht auf eine Barriere von Siedlungen stießen. (...) Wenn ein Bewußtsein über die Bedeutung von Gebieten besteht, die eine Sicherheitsfunktion wahrnehmen, dann muß man betonen, daß nur die Existenz jüdischer Siedler in diesen Gebieten die Verteidigungsfähigkeit der Grenzen garantieren kann. Die militärisch-politische Aufgabe der Siedlung wird mit einem Verzicht auf verteidigungsfähige Grenzen nicht zu einem Ende kommen; denn wer seine Sicherheit nur durch Friedensverträge erreichen will, die nicht durch Sicherheitsgrenzen abgestützt sind, der gefährdet den Frieden und die Existenz des Staates.'' (vollständig abgedruckt in: Grenzprobleme im Palästinakonflikt, Militärpolitik Dokumentation, Heft 28/29, bearb. v. Dan Diner, (West-)Berlin/Ffm, 1983, S.135-140)

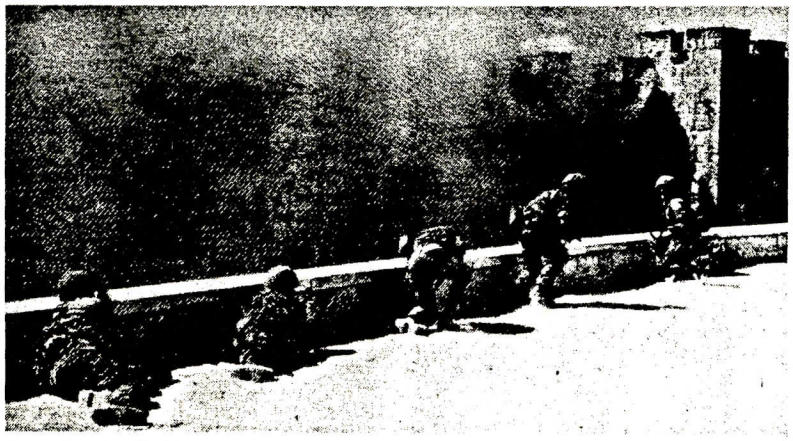
Da ich noch einmal davon ausgehe, daß Otto Schily sich nicht so leicht einen schlichten Dummkopf nennen läßt, der einfach keine Ahnung von den Fragen hat, für die er seine Kompetenz reklamiert, muß ich wohl zwei Dinge unterstellen:

1. daß er sein Bekenntnis zur ,,Anerkennung und Existenz des Staates Israel und seiner berechtigten Sicherheitsinteressen'' auf der abschließenden Pressekonferenz am 23.10. in Tel Aviv bewußt in genau dieser glühenden Formulierung gewählt hat, die eben immer zur Rechtfertigung der Annektionspolitik gegenüber palästinensischem Territorium diente;

2. daß er seine Behauptung, er habe ,,in allen Gesprächen'' (ausdrücklich von ihm genannt: ,,von Herrn Haezni bis zu Herrn Peled'' — also von Gusch Emunim bis zur Progressiven Friedensliste) einen ,,positiven Grundkonsens'' festgestellt, nämlich den ,,Wunsch nach friedlichem Zusammenleben von Juden und Arabern in dieser Region, allerdings natürlich mit unterschiedlichen Vorstellungen, in welcher Form das zu geschehen hat'', auch durchaus bewußt so interpretiert haben möchte, daß es für ihn selbst letztlich keinen entscheidenden Unterschied macht, ob ,,friedliches Zusammenleben'' auf Unterwerfung oder auf Gleichberechtigung gründet.

Ich möchte Otto Schily natürlich raten, sich in diesem Fall doch lieber den Dummkopf vorwerfen zu lassen, und so auch für sich selbst eine Erklärung für das Gelächter zu finden, das er mit dem zweiten Punkt auf der Pressekonferenz provozierte. Immerhin müßte es auch ihm zweifelhaft bleiben, ob die Progressive Friedensliste wirklich damit einverstanden ist, vor seinem Abflug schnell noch einen ,,positiven Grundkonsens'' mit der von ihr immer scharf attackierten Gusch Emunim untergejubelt zu bekommen.

Über die Vorstellung vom ,,friedlichen Zusammenleben'' zwischen israelischen Siedlern und Palästinensern unter israelischer Besatzung, die Otto Schily bei Herrn Haezni festgestellt hat, hat Bassam Schakaa, palästinensischer Bürgermeister von Nablus, mal folgendes gesagt: *,,Es ist zum Lachen. Ich kann keinerlei Beziehungen zwischen den jüdischen Siedlern und den arabischen Einwohnern feststellen. Die Siedler kommen mit ihren Gewehren und dringen gewaltsam in die Gebiete ein. Sie zerstören Eigentum und umgeben sich mit Stacheldraht und elektrischen Zäunen. Auf diese Weise kann keine Koexistenz entstehen. Die Feindschaft der Siedler gegen die arabische Bevölkerung sitzt tief und zeigt sich in ihrem Benehmen. Sie sind die fanatischsten unter den Zionisten. (...) Ich habe Verteidigungsminister Weizman gesagt, daß die Siedlungen nur Haß hervorrufen.''* (Journal of Palestine Studies, Nr.33, Herbst 1979, S.118; zit.n. Metzger u.a., S.54)



Israelische Fallschirmjäger 1967 beim Sturm auf Ostjerusalem. Auch eine jener Begegnungen „mit der israelisch-jüdischen Bevölkerung" an der „die Palästinenser sehr viel gewonnen haben" (Schily)?

Bassam Schakaa und andere Palästinenser in der Westbank haben leider nicht die Möglichkeit gehabt, die grüne Reisegruppe mal aus ihrer Sicht als Opfer dieses ,,friedlichen Zusammenlebens'' mit den Leuten von Gusch Emunim zu informieren. Es hätte ja sein können, daß Otto Schily seine mysteriöse Andeutung über die ,,unterschiedlichen Formen'' des ,,positiven Grundkonsenses'' für ein ,,friedliches Zusammenleben'' dann doch präziser gefaßt, oder besser gesagt: ein dermaßen dummes Geschwätz, das von der Wirklichkeit so

weit entfernt ist wie Otto Schily von seinem Traum, mal auf Genschers Schreibtisch den Globus drehen zu dürfen, gar nicht erst von sich gegeben hätte. Bassam Schakaa wurden im Juni 1980 von israelischen Rechtsextremisten im besetzten Nablus beide Beine weggesprengt.

„Friedliches Zusammenleben" unter den Bedingungen der Besetzung bedeutet, daß die Palästinenser unter der Willkür von mittlerweile mehr als 1.900 Militärerlassen leben müssen. „Friedliches Zusammenleben" von Besetzten und Besatzern bedeutet z.B. auch, daß palästinensische Bauern keine Erlaubnis mehr zum Bau von Brunnen für landwirtschaftliche Zwecke erhalten, während die israelischen Siedler nicht nur ungehindert nach Wasserquellen zur Versorgung ihrer Haushalte, Ländereien und Swimming-Pools bohren können, sondern obendrein Wasser aus den besetzten Gebieten ungeachtet der regionalen Knappheiten und der ökologischen Folgen nach Israel gepumpt wird.

* * *

So bleibt es denn, da mein freundschaftlicher Rat, auf mildernde Umstände wegen völliger Unkenntnis des Sachverhalts zu plädieren, vermutlich nicht aufgegriffen wird, zu guter Letzt doch nicht erspart, in allem Ernst ein paar Fragen zum Sieben-Punkte-Ja aufzuwerfen, das Otto Schily in seinem Eingangsbeitrag auf der Pressekonferenz am 23.10. in Tel Aviv unterbreitet hat, ohne sich als „Wunderdoktor für den Nahost-Konflikt anzubieten", ohne „Rezepte mitgebracht" zu haben, ohne „mit einfachen Formeln" zu „hantieren", sich selbst die „größte Behutsamkeit und Zurückhaltung" auferlegend, noch einmal „in aller Behutsamkeit und Zurückhaltung, ich wiederhole das", und „bitte ohne jeglichen Hochmut oder Einbildung über die Bedeutung unserer Partei".

Also „an erster Stelle" das „Ja zur Anerkennung und Garantie der Existenz des Staates Israel und seiner berechtigten Sicherheitsinteressen". Auf den Sinn gerade dieser Formulierung habe ich zwar oben schon hingewiesen, es ist aber noch etwas zu ergänzen: Otto Schily hat sich seine Idee von „einer Konsensbildung im Sinne von mehreren JAs" ausdrücklich als Ersatz für den bisherigen „nationalen Konsens Israels" ausgedacht, den er in einem Papier des Auswärtigen Amtes der Bundesregierung als einen Konsens von „vier NEINs" erkannt hat. Falls er das auch so gemeint hat, wie er es gesagt hat, dann richtet sich sein Sieben-Punkte-Ja folglich an die israelische Adresse. Das wiederum würde aber für seinen „an-erster-Stelle"-Punkt bedeuten, da dies ja ohnehin schon die Auffassung aller staatstragenden Parteien in Israel ist, daß er sich hier explizit eine neue Meinungsbildung für diejenigen in Israel überlegt hat, die der Formel von den „berechtigten Sicherheitsinteressen" aus Kenntnis ihrer tatsächlichen Bedeutung in Israel selbst Kritik und Opposition entgegensetzen — wie z.B. die Progressive Friedensliste, die „Rakach" (israelische KP) oder gar Strömungen wie die aus der Desertions-Kampagne während des israelischen Libanon-Einmarsches hervorgegangene „Jesch Gvul" („Es gibt eine Grenze"), das Bir-Zeit-Solidaritätskomitee usw. — nebenbei: größtenteils Gruppierungen, die bei diesem Besuch ebenso gemieden wurden wie die Palästinenser in den besetzten Gebieten. Die Frage, ob Otto Schily mit dem, was er sagt, wirklich ernst genommen werden will, was die Sache zweifellos nur schlimmer macht, verläuft sich in jede Einzelheit.

Aber zum zweiten Ja, dessen äußerst komplizierte Bewerkstelligung Otto Schily sehr angemessen herausarbeitet: *„An zweiter Stelle aber durchaus, und mit eben derselben Bedeutung, die Anerkennung der Identität des palästinensischen Volkes und seines Wunsches, dafür eine geeignete staatliche Form zu finden, was immer dies sein wird, und zwar für uns — wenn ich das hier sozusagen als Randbemerkung anfügen darf, eine interessante Bemerkung, die wir von einem Palästinenser gehört haben, der gesagt hat: also für uns spielt es nicht die entscheidende Rolle, ob nun die Westbank zurückkehrt zu Jordanien, und wir dort dann unsere Möglichkeit haben der Entfaltung, wie immer dann das Verhältnis der Westbank zu Jordanien ist. Wir sind übrigens, das möchte ich vielleicht auch hier noch betonen, der Meinung, daß Palästina, also wenn man schon den Begriff Palästina verwendet, dann muß man Jordanien hinzusehen, das finde ich eine richtige Einstellung, also weil das in Europa, vor allen Dingen in Westeuropa nicht ordentlich und korrekt gesehen wird. Da muß man ein bißchen Geschichte studieren, glaube ich, um sich hier die richtige Meinung zu bilden. Alles andere halte ich für völlig falsch."*

Wenn jemand darin die Aussage suchen sollte, daß Israel sich aus den besetzten Gebieten zurückziehen müßte, um einen Frieden im Nahen Osten herbeizuführen, und daß das palästinensische Volk ganz unumwunden das Recht bekommen soll, in diesen Gebieten einen eigenen Staat zu bilden, dann würde er die intellektuelle Anstrengung, nicht mit einfachen Formeln zu hantieren, beleidigen — und zwar „durchaus" an erster Stelle. „Was immer das sein wird", was Otto Schily da vorgeschlagen hat: dies ist es jedenfalls nicht. Die Schlüsselbotschaft von Otto Schilys Ja-Nr. 2 scheint in dem „bißchen Geschichte" versteckt zu sein, das er — jetzt wiederhole ich — mit größter Behutsamkeit und Zurückhaltung zu studieren vorschlägt. Tatsächlich scheint hier auch ein bißchen Geschichte bereits zu genügen, denn die einzige Karte, die unter dem Namen „Palästina" bekannt ist, und tatsächlich einen Teil Jordaniens mit einschließt (im übrigen auch kleine Teile Libanons, Syriens und Ägyptens) ist die „Palästina"-Karte der Zionistischen Weltorganisation von 1919, mit der sie erstmals ihren territorialen Anspruch konkret definierte: der reichte in Jordanien bis vor die Tore von Amman (u.a. anzuschauen in: Die Palästinafrage — ein kurzer historischer Rückblick, hrg. v. der UNO, New York, 1980, dt. Ausgabe).

Nun ist nicht zu unterstellen, daß Otto Schily den alten Anspruch eines jüdischen Staates auf ein so umrissenes „Palästina" wiederbeleben will — davon sind inzwischen ja selbst die herrschenden Kreise in Israel überzeugt, daß der nicht zu verwirklichen ist. Die geographische Konstruktion dieses „Palästinas" existiert aber zu anderem Zwecke fort: wenn schon ein jüdischer und ein arabischer Staat nebeneinander in Palästina existieren sollen, dann kann dies „bißchen Geschichte" von 1919, das nie mehr als eine Zeichnung war, doch als „Nachweis" dienen, daß das palästinensische Volk einen Teil seines Staates ja schließlich schon hat — in Jordanien. Bei entsprechend starker Betonung, daß man „alles andere für falsch" hält, könnte man sich dann in einer unausweichlichen Situation einer Beendigung der militärischen Besetzung ja vielleicht darauf einigen, daß dies angerechnet wird, und mithin nur noch ein Teil der besetzten Gebiete zurückgegeben werden müßte. Zusätzlich hat man auch eine handfeste Tatsache: Von den knapp 3,5 Millionen Einwohnern Jordaniens sind nämlich rund die Hälfte Palästinenser — wenn auch Hunderttausende Flüchtlinge vor israelischer Expansion.

Herr Anug, stellvertretender Generaldirektor des israelischen Außenministeriums und Leiter der dortigen Westeuropa-Abteilung, hat uns bei unserem Besuch im Dezember 1984 die These von Jordanien als palästinensischem Staat auch vorgetragen. Nun hatte Herr Anug wieder Besuch, und diesmal war jemand dabei, dem noch ein Seminarschein in „ein bißchen Geschichte" fehlte. In allen Diskussionen über den Nahost-Konflikt, die ich mit Otto Schily aus den vergangenen vier Jahren kenne, ist dieses Regierungsargument aus Tel Aviv nie bei ihm gekommen. Er hat wirklich was Neues aufgeschnappt.

Dritter Ja-Punkt: man solle „zu jeglichen Gesprächen bereit sein, informeller und formeller Natur", und dürfe solche Gespräche „nicht behindern". Hätte er diese Aussage so stehen lassen, dann hätte ich mir einige Zeilen sparen und einfach denken können, daß eben niemand Gefängnisstrafen für Kontakte mit der PLO so vornehm kritisieren kann wie Otto Schily, und daß genau dies das Holz ist, aus dem Möllemänner geschnitzt werden. Aber er mußte noch einen Halbsatz anfügen, einen solchen, bei dem die feine Differenzierung zwischen dem, was „an erster Stelle" steht, und dem, was „an zweiter Stelle aber durchaus auch" nicht unerwähnt bleiben sollte, falls irgendjemand mal was daraus zitieren will, auch ohne ausdrückliche Nennung das Ohr erreicht: „natürlich nicht durch erpresserischen Druck seitens der PLO behindert werden, aber auch umgekehrt nicht von israelischer Seite". Ja bitte: Wo hat die PLO „durch erpresserischen Druck" Gespräche behindert? Raus mit den Informationen, sowas darf man nicht für sich behalten. Ich unterzeichne jeden Protestbrief an die PLO mit, in dem der Vorfall mit Ort, Zeit und handelnden Personen beschrieben wird.

Vierter Ja-Punkt: man solle „den Wert der kulturellen Autonomie, aber auch der kulturellen Begegnung" erkennen. Morgen suchen wir den Anfang des Regenbogens, dort soll ein Topf voll mit Gold stehen. Aber Otto Schily wird nicht mitsuchen, denn er „kann überhaupt nicht leugnen, daß die Palästinenser aus der Begegnung gerade auch mit der israelisch-jüdischen Bevölke-

rung sehr viel gewonnen haben. Das ist einfach eine Tatsache, eine historische Tatsache'' — das muß ein irres Erfolgserlebnis für Herrn Anug gewesen sein! — ,,das sollte aber auf israelischer Seite auch vielleicht zu der Vertrauensbildung führen, daß die Palästinenser aus dieser Begegnung auch die Fähigkeit gewonnen haben zum Aufbau eines demokratischen Staates, der wirtschaftlichen Zusammenarbeit''. Wenn Otto Schily ,,die Palästinenser'' da mal nicht überschätzt. Sind die wirklich schon so weit, diese ,,Fähigkeit'' zu israelischer Demokratie gelernt zu haben? Ich meine, unsere Reise liegt schon etwas zurück, und in der Zwischenzeit mag sich einiges ereignet haben — glaubst du wirklich, Otto? Also vor drei Jahren hättest du denen das bestimmt auch noch nicht zugetraut. Allerdings sollen die Schwarzen unten in Afrika ja auch schon recht manierlich sein, ich habe da erstaunliche Dinge gelesen. Naja: modernde Zeiten, modernde Gedanken. Und weiter geht's: ,,Wir sind fünftens für strikte Einhaltung der Menschenrechte''. Also noch mal zur Repetition: Wir sind erstens für die berechtigten Sicherheitsinteressen des israelischen Staates; zweitens durchaus auch für ... — na, wie war die Formulierung doch gleich noch? richtig: für was immer dies auch sein wird Palästina in Jordanien als geeignete staatliche Form, aber das spielt nicht die entscheidende Rolle, weil wir dazu noch ein bißchen Geschichte studieren wollen; drittens sind wir für Gespräche, wenn die PLO ihren erpresserischen Druck einstellt; viertens sind wir der Ansicht, daß das palästinensische Volk langsam ins demokratiefähige Alter kommt; und fünftens — ja, fünftens sind wir für Menschenrechte, weil das zur ,,grünen Identität'' gehört. So sind die Grünen nämlich: unerbittlich für Menschenrechte. Wenn ihnen etwas zugetragen wird, dann gehen sie der Sache nach, auch wenn es ziemlich unwahrscheinlich klingt. Und in diesem Fall scheint es sogar etwas ganz und gar Unvorstellbares zu sein, womit bestimmt niemand gerechnet hat, und Otto Schily selbst am allerwenigsten, weshalb er erstmal in größter Behutsamkeit und Zurückhaltung betont, daß er hofft, jetzt nicht irgendein ,,Tabu'' zu brechen, und sich vor aller öffentlichen Ausbreitung dessen, was ihm zu Ohren gekommen ist, ausdrücklich entschuldigt: ,,ich konnte das nicht überprüfen, in einem solchen Gespräch kann ich das nicht überprüfen, wir werden das aber überprüfen, und wir werden uns dort auch mit dieser Frage befassen'' — das sei jedenfalls versichert. Und dann: er habe ,,in einem Gespräch mit Palästinensern'' — in der Quelle also liegt der Grund seiner Unsicherheit — ,,gehört, daß im Rahmen der Besatzung, Kinder, palästinensische Kinder ins Gefängnis gebracht worden sein sollen und auf schreckliche Weise behandelt worden sein sollen — ich will hier jetzt keine Details ausbreiten, was uns gesagt worden ist''. Auch diese schwierige Klippe, einen Hinweis unterzubringen, daß es Leute gibt, die dem israelischen Militär Vorwürfe machen, hat er schließlich unter Aufbietung all seiner anwaltlichen Zivilcourage geschafft. Hoffentlich ist der Gastgeber jetzt nicht doch noch verärgert.

Und noch einmal: Wenn Otto Schily also mit all seinen Gedanken ernst genommen werden, und den Dummkopf nicht auf sich sitzen lassen will, dann ist der fünfte Punkt jetzt aber doch die mutige Selbstbezichtigung, daß er bis zum Tage dieser Pressekonferenz ein ganz gehöriger Dummkopf war, der auch nicht einen einzigen Fernsehbericht über die israelische Besatzungspolitik in Westbank und Gaza-Streifen gesehen, nicht eine einzige Zeile darüber gelesen, nicht eine einzige Person darüber befragt hat. Warum auch — nur weil er für die Nahost-Politik der grünen Bundestagsfraktion zuständig ist? Das ist beileibe kein Argument, sondern wäre eine allzu einfache Formel. Andere, die ihren Kopf nicht nur bereitwillig vor eine Kamera halten, wenn sie irgendwo hinfahren, sondern ihn auch als Denk- und Erinnerungsvorrichtung benutzen, sind ja wegen ihrer ,,vorgefaßten Urteile'' nicht zuletzt von Otto Schily selbst bös gescholten worden.

Otto Schily ist zwar Rechtsanwalt von Beruf und Außenpolitiker von Berufung, aber die Berichte z.B. von ,,Law in the Service of Man'' (LSM), dem Zweig der Internationalen Juristenkommission (Genf) in der Westbank, scheinen für ihn keine Informationsquelle zu sein. Ein Beispiel über die Behandlung von ,,Sicherheitshäftlingen'' im Westbank-Gefängnis Al-Fara'a, der Bericht eines 15-jährigen Schülers, der am 22. Januar 1984 nachts um 1.30 Uhr festgenommen wurde: *,,Als ich ins Al-Fara'a-Gefängnis kam, wurden mir meine persönlichen Sachen abgenommen und ich mußte in den Arztraum zu einer Untersuchung gehen — ich hatte keine Krankheit. Von dort wurde ich in die Zelle gebracht. Ich wurde gefesselt, eine Hand über meine Schulter und die andere hinter meinen Rücken, und sie zogen mir einen Beutel über den Kopf. Dann brachten sie mich in den Waschraum. Sie zwangen mich, mich ins Wasser zu setzen, und dort blieb ich zwei Tage. Während dieser Zeit wurde ich von ihnen im Krankenhaus behandelt werden mußten. Zwei neue Gefangene wurden dann hineingetrieben, nachdem sie auch geschlagen worden waren. Die Häftlinge fuhren fort, gegen die Zellentüren zu trommeln. An diesem Punkt sollen die Verantwortlichen Kanister mit Gas in die Zellen geworfen haben. Die genaue Art des Gases ist nicht bekannt, aber ein Häftling berichtet, er habe auf dem Etikett die Worte ‚Nicht in geschlossenen Räumen verwenden' gelesen. Das Gas erzeugte Atemnot und ein Brennen. Alle Häftlinge hatten schwere Atembeschwerden und einige verloren das Bewußtsein; sechs mußten später im Krankenhaus behandelt werden. Die Nachwirkungen des Brennens waren noch mehrere Tage lang zu spüren. Während das Gas sich ausbreitete, wurden die übrigen neuen Gefangenen in die Zellen getrieben. Die Nachwirkungen des Gases blieben über eine Woche lang und die Gefängnisbeamten trugen in der folgenden Woche im Gelände Gasmasken.''* (Gesetz im Dienst des Menschen, JNAID — Das neue israelische Gefängnis in Nablus — eine Einschätzung; Ramallah, Oktober 1984, S.7)

Sechster Ja-Punkt: ,,Verzicht auf jeglichen Terror und Gegenterror.'' Ohne Umschweife gesagt, und ohne Umschweife von mir zugestimmt.

Siebenter und letzter Ja-Punkt: ,,daß man eine positive Haltung dazu einnimmt, daß auf internationaler Ebene sozusagen auch Bürgen für eine Garantie und eine Förderung eines Friedensprozesses vorhanden sein müssen.'' Da Otto Schily auch hier in seiner schonungslosen Offenheit für's Offenlassen nicht mitteilte, ob er damit die von palästinensischer Seite geforderte Internationale Friedenskonferenz unter Beteiligung von Israel, der PLO, der arabischen Nachbarstaaten Israels und der Mitgliedsstaaten des UN-Sicherheitsrates meinte, oder ob er mehr die israelische Position einer israelisch-jordanischen Verhandlung ,,mit internationalem Rahmen'' (und ohne PLO) meinte, oder ob er anregen wollte, daß er selbst eigentlich auch ein guter Bürge sei — darüber darf nun spekuliert werden.

Schlußfolgerung: Wenn ich bis vor kurzem immer wieder, wenn das Thema Nahost-Politik auf der Tagesordnung stand, reichlich verärgert war, wenn jemand mit einer kurzen Bemerkung über unsere ,,mißglückte'' Nahost-Reise und ohne weitere Argumente sich aus der Debatte zu stehlen versuchte, was denn wirklich konkret falsch daran gewesen sei, außer daß fast die gesamte Presse von ,,mangelnder Sensibilität'' schrie, dann haben wir jetzt ja das prominente Gegenbeispiel, was diese ,,Sensibilität'' ist. Nein, danke!

* * *

Ich bin mir auch nicht sicher, ob Spott angesagt ist, wenn man bedenkt, wie auf diese Weise die Politik der Grünen beschädigt wurde. Was diejenigen in der Westbank und in Israel gedacht haben mögen, mit denen wir damals Gespräche geführt, und zu denen wir Kontakt haben, als sie jetzt feststellen mußten: sie fast alle sind aus dem Blickwinkel der Grünen ausgegrenzt worden (es gab trotz Wissen und trotz ausdrücklichem Angebot keine Nachfrage der jetzigen Delegation nach irgendwelchen Kontakten) — kann ich mir schon vorstellen. Viele wissen seit geraumer Zeit, daß die grüne Bundestagsfraktion nicht mehr unumwundene Fürsprecherin für Selbstbestimmung und Befreiung, für Menschenrechte und Völkerrecht ist. Das Ausmaß, in dem die Bundestagsfraktion sich ,,reif'' gemacht hat, auch mal als Kasperl der internationalen Diplomatie zu dienen, selbst in militärisch besetzten Gebieten, wird hier wie da einige erschreckt haben.

Otto Schily auf der Pressekonferenz auf die Frage, was denn seine Meinung zu dem Geheimprozeß gegen Vanunu sei, der vom Mossad entführt wurde, weil er über israelische Anstrengungen für eine eigene Atomrüstung berichtet hat: ,,Ich bin Rechtsanwalt, wie Sie wissen, und zu einem rechtsstaatlichen Prinzip gehört es, sich nicht in schwebende Verfahren einzumischen.'' Was ist da noch zu erwarten?

In einem Punkt bin ich mir aber sicher, daß Otto Schily damit nicht eine spezielle Unterstützung israelischer Politik ausdrücken wollte, und möchte ihn vorab vor etwaigen Fehlinterpretationen in Schutz nehmen: Als er von dem ,,hervorragenden Botschafter'' Israels in Bonn sprach, mit dem er auch schon ,,viele Gespräche'' geführt habe, mein-

te er nicht Herrn Ben Ari speziell, sondern er meinte die Gattung Botschafter als solche, die er „hervorragend" findet (irgendwelche Zwischenrufe: „Weiß doch jeder!" sind nicht angebracht, weil Otto nicht davon ausgehen konnte, daß dies auch in Tel Aviv schon jeder weiß).

Aber daraus folgt ein zweites: Was er in Tel Aviv auf der Pressekonferenz gesagt hat, muß er nicht zwangsläufig immer wieder so sagen. Otto Schily ist Opportunist genug, beim nächsten Treffen mit einem arabischen Botschafter in Bonn auch diesem nach dem Mund zu reden. Dieses präzise Gespür für das, was die eigene Person in die Nähe von Würdenträgern rückt, ist offenbar die Erkennungsmelodie seiner Außenpolitik.

Ach ja: Im Humboldt-Taschenbuch „Spanisch in 30 Tagen" lernt man schon auf Seite 17: Otto es alemàn — Otto ist Deutscher.

(32)

Bilanz einer Israel-Reise

taz 3/11/87

nterview mit den Bundestagsabgeordneten der Grünen, Waltraud Schoppe und Otto Schily, nach ihrer auch innerhalb der Partei umstrittenen Reise nach Israel

taz: ***Ihr habt auf Einladung des israelischen Präsidenten Israel besucht. An wen war die Einladung gerichtet?***

Waltraud Schoppe: Während des Besuchs von Chaim Herzog in der Bundesrepublik haben Otto Schily und ich mit ihm ein Gespräch geführt. Dabei wurde die Einladung ausgesprochen. Kurze Zeit später erhielten wir vom israelischen Außenministerium eine Einladung, die an uns beide und Dietrich Wetzel gerichtet war. Es handelte sich also um eine persönliche Einladung.

Versteht ihr eure Reise als „Wiedergutmachung" für den früheren Besuch einer grünen Delegation?

Schoppe: Wir haben es in Israel vermieden, eine Auseinandersetzung zu führen, die wir innerhalb der Partei führen müssen. Im Bezug auf die erste Delegation haben wir uns sehr zurückgehalten. Vor der Reise haben wir eine Diskussion über den israelisch-palästinensischen Konflikt in der Fraktion geführt und ein vorläufiges Papier verabschiedet, das die Grundlinien unserer Überlegungen darstellt. Eines seiner wesentlichen Elemente ist die Anerkennung des Rechts des palästinensischen Volkes auf eine eigene Staatlichkeit sowie die Anerkennung des Staates Israel und seines Rechtes auf Sicherheit innerhalb der Grenzen von 1967.

Mit europäischen Augen in Israel

Worüber habt ihr mit Vertretern der israelischen Regierung geredet?

Otto Schily: Wir haben den Gesamtrahmen der Friedensmöglichkeiten im Nahen Osten erörtert. Dazu gehört die Nahost-Friedenskonferenz, die Frage der Zwischenschritte, die Frage, ob eigentlich alles nur in dem Blickwinkel der Parallelität zweier Staatlichkeiten gesehen werden muß oder ob es auch die Möglichkeit gibt, über Querverbindungen nachzudenken.

Auch wenn das manche vielleicht falsch interpretieren — es ist ja infamerweise der Ausdruck „Servilität" gefallen —, empfinde ich es als ein großes Geschenk, als Deutscher dorthinzukommen und in einer sehr offenen, freundlichen und zum Teil herzlichen Atmosphäre empfangen zu werden, um auch über so schwierige und düstere Probleme wie den Holocaust mit Israelis zu sprechen. Das hat mit Servilität nicht das Geringste zu tun. Es hat etwas mit der Ehrfurcht vor dem Tode zu tun.

Es klingt zunächst banal, wenn man feststellt, die Besonderheiten einer Region müßten berücksichtigt werden. Könnt ihr ein bestimmtes Moment herausgreifen?

Schoppe: Du kommst dahin mit deinem europäischen Verständnis und du fragst dich, warum gelingt es nicht, daß diese beiden Völker sich anerkennen, ihr Recht auf Heimat, auf einen Staat. Dann merkst du, daß dort unterschiedliche Kulturen aufeinanderstoßen. Unser vielleicht naives Verständnis, es gehe darum, Feindbilder abzubauen, greift da nicht. Die Feindbilder sind dort sehr verhärtet. Das hängt damit zusammen, daß es auf beiden Seiten sehr radikale Positionen gibt, die sich gegenseitig die Existenz als Volk mit eigener Identität absprechen.

Schily: Ich möchte noch einen Moment bei den unterschiedlichen Sichtweisen bleiben. Entgegen den Vorurteilen, die mir in der Bundesrepublik entgegenkommen, bin ich kein Staatsfetischist, sondern meine, daß Staatlichkeit nur ein Element sozialer Konfiguration ist. In einem Gespräch mit einem Palästinenser habe ich versucht, in positiver Weise arabische Traditionen einer europäischen, meiner Meinung nach fehlgeleiteten Entwicklung entgegenzusetzen, Traditionen also, in der die sozialen Beziehungen nicht über den Staat gelaufen sind, sondern über Stammes-, Familien- und ähnliche Verbindungen. Der Gesprächspartner hat das als kränkend empfunden und gesagt: Ihr wollt euch als Europäer über uns erheben, ihr haltet uns für Halbwilde, aber auch wir wissen mit einem Staat umzugehen. Von der modernen Palästinensergeneration wird das wahrscheinlich sehr weitgehend so vertreten, weil ihr Selbstbewußtsein sich auch aus dem Antagonismus gegenüber dem Staat Israel herausgebildet hat.

Wenn wir uns auf israelischer Seite beispielsweise den Gegensatz zwischen orientalischen und europäischen Juden vor Augen halten, dann sehen wir, wieviele Widersprüche dort hineinwirken. Das Faszinierende an dieser Region könnte ja darin liegen, daß dieses Informelle, diese kulturelle Mischung und Beeinflussung als ein Wert erkannt wird. Daraus könnte die Erkenntnis hervorgehen, auf dieser kulturellen Vielfalt etwas aufzubauen, was dann wirklich einen Frieden näherbringt.

Erscheint es dir nicht sehr problematisch, selbst aus einem Nationalstaat zu kommen und just einem Volk, das zwischen zwei Nationalstaaten, dem israelischen und dem jordanischen, zerrieben wird und für einen eigenen Staat kämpft, vorzuschlagen, es solle sich lieber auf seine arabischen Traditionen besinnen?

Schoppe: Die Diskussion über den Nationalstaat war auf beiden Seiten die schwierigste. Die Israelis fühlen sich bedroht und sagen, die Palästinenser wollen uns ins Meer zurücktreiben. Die Palästinenser haben das nicht so ausgedrückt. Ein Gesprächspartner hat allerdings gesagt, die Israelis sollten dahin zurückkehren, wo sie hergekommen sind.

Bedrohungsängste

Auf der anderen Seite stehen die Palästinenser, die zwischen Jordanien und Israel zerrieben werden und die eine palästinensische nationale Identität wollen, wozu auch ein eigener Staat gehört. Das macht es so schwierig darüber zu diskutieren, ob das Gebilde eines Staates für ein friedliches Zusammenleben notwendig ist.

Seid ihr auch auf positive Ansätze gestoßen?

Schily: Ich möchte als positiv hervorheben, daß wir eigentlich niemanden getroffen haben, der nicht ganz ausdrücklich gesagt hat: Wir wollen, daß Juden und Araber friedlich zusammenleben. Selbst Eliakim Haetzni von der Siedlerbewegung hat sich für kulturelle und wirtschaftliche Gleichberechtigung der Araber und für ein gewisses Maß an politischer Autonomie in der Gemeindeverwaltung ausgesprochen, wobei er aus Sicherheitsgründen ganz klar für eine Annektion der besetzten Gebiete ist, damit, wie er sagt, die Bedrohung Israels für alle Zeiten vobei ist. Der nachhaltigste Eindruck, den wir gewonnen haben, ist die existentielle Bedrohungsangst...

Schoppe: ... auf beiden Seiten...

Schily: ...aber auf einem anderen Resonanzboden. Bei den Israelis und der zionistischen Bewegung verbindet sich das mit dem Gedanken, nicht mehr Opfer sein zu wollen. Yad Vashem heißt sehr bewußt „Gedenkstätte der Märtyrer und der Heroen".

Es gibt in Israel auch andere Stimmen, wie Peace Now oder die Progressive Friedensliste (PPL). Gibt es von dieser Seite besondere Erwartungen an die Grünen?

Schily: Die Grünen stoßen in Israel auf ein besonderes Interesse, weil sie die erste Partei sind, die nach dem Krieg entstanden ist, und von der man noch am ehesten erwartet, daß sie eine neue Politik entwickelt, die jenseits der historischen Formationen liegt.

Es ist euch vorgeworfen worden, ihr hättet euch zu wenig um die Palästinenser gekümmert. Wen habt ihr getroffen?

Schily: Wir haben sehr bewußt die Auswahl unserer palästinensischen Gesprächspartner selbst getroffen. Wenn wir unsere Gesprächspartner von der israelischen Regierung hätten aussuchen lassen, dann wäre mit Sicherheit und vermutlich auch mit einem gewissen Recht der Vorwurf gekommen, wir ließen uns Paradepalästinenser nach dem Gutdünken der Israelis vorführen. Wir haben Vertreter der PPL getroffen, wir haben auch in Nazareth mit einer Reihe dort ansässiger und politisch tätiger Palästinenser geredet. Außerdem haben wir das palästinensische Informationszentrum in Ostjerusalem besucht und an einem Abend mit verschiedenen Palästinensern aus der Westbank und Ostjerusalem gesprochen.

In den sieben Punkten, die ihr auf der abschließenden Pressekonferenz in Tel Aviv vorgestellt

habt, ist die Anerkennung der Palästinenser und ihrer Selbständigkeitsbestrebungen enthalten. Gleichzeitig sprecht ihr jedoch von kleinen Schritten, von kultureller Autonomie, auch werden ein unabhängiger Palästinenserstaat, die PLO und ein Ende der Besatzung nicht ausdrücklich erwähnt. Wie paßt das zusammen?

Schily: Im zweiten Punkt ist die Anerkennung des Rechts des palästinensischen Volkes auf eigene Identität, auf eigene Staatlichkeit enthalten. Dieser Punkt umfaßt auch den israelischen Rückzug aus den besetzten Gebieten, weil logischerweise ein palästinensischer Staat nicht irgendwo in der Luft angesiedelt werden kann.

Im Hinblick auf die kulturelle Autonomie geht es mir darum, daß eine Zweistaatlichkeit nicht der Endpunkt sein kann. Ähnlich wie die PPL der Meinung ist, daß eine solche Zweistaatlichkeit nicht antagonistisch sein darf und mit einer offenen Grenze verbunden sein muß, gehen wir davon aus, daß es zu dieser Zweistaatlichkeit Querstrukturen geben muß. Das könnte zum Beispiel so aussehen, daß es jenseits der staatlichen Zuständigkeit für die beiden Territorien auch die Möglichkeit für die jeweiligen Minoritäten geben muß, in der anderen Region mit kultureller Autonomie zu leben und sich wirtschaftlich zu beteiligen. Worauf ich hinauswollte, ist dies: Wenn es zwei Staaten gibt, die alles an sich ziehen, und diese durchaus positiv zu bewertende Mischkultur dabei verloren ginge, hielte ich das für eine verhängnisvolle und falsche Entwicklung. Das ist auch die Schwelle, an die man bei Diskussionen mit Israelis stößt, die sagen: Was ist, wenn wir der Bildung eines palästinensischen Staates zustimmen, ist das nicht die erste Stufe zur Vernichtung des Staates Israel? Und wenn einzelne arabische Stimmen uns gegenüber äußern, ja, so verstehen wir das auch, hier haben nur die orientalischen Juden etwas zu suchen, die deutschen Juden sollen zurück nach Deutschland, wir haben den Gedanken eines sekularen demokratischen Staates in Gesamtpalästina nicht aufgegeben — dann kann man als Deutscher über eine solche Meinung nicht einfach hinweggehen. Auch der PLO muß man kritisch gegenüberstehen.

Die PLO als Moment der Identifikation

Und die PLO?

Schoppe: Einer der strittigen Punkte bei unserer Fraktionserklärung war, ob wir den Satz wählen „Die PLO ist die Vertretung des palästinensischen Volkes". Ein Volk ist immer heterogen zusammengesetzt, und daher kann ich mir nicht vorstellen, daß es für ein Volk nur eine Vertretung gibt. Andererseits — und das ist meine Erfahrung nach der Reise — glaube ich, daß die PLO einen politisch-identifikatorischen Zusammenhang geschaffen hat, der für die Palästinenser notwenig ist, um sich mit den Israelis auseinanderzusetzen. Ganz egal, wie man zu den einzelnen Maßnahmen steht — ich bin gegen den bewaffneten Kampf —, ist das ein Faktum, an dem man nicht vorbeigehen kann.

Aber in der Sieben-Punkte-Erklärung ist die PLO nicht genannt.

Schily: Die „Sieben Jas" habe ich als Gegenthese zu den „Vier Neins" formuliert, die nach verbreiteter Ansicht Inhalt des israelischen Mehrheitskonsenes sind (kein völliger Rückzug auf die Grenzen von 1967; keine Teilung Jerusalems; keine Anerkennung der PLO; keine Zustimmung zu einem unabhängigen Palästinenserstaat). Den Rahmen für diese sieben Punkte bildet das Fraktionspapier, das ich bekanntlich mitverfaßt habe. Ich glaube, niemand in der Presserunde konnte die sieben Punkte so mißverstehen, daß wir nicht für den Rückzug aus den besetzten Gebieten sind, daß wir nicht für eine Nahostkonferenz sind und wohlmöglich nicht für die Einbeziehung der PLO in die Verhandlungen sind.

Ihr habt auf der Pressekonferenz gesagt, auch Jordanien sei Palästina. Übernehmt ihr damit die Wortwahl Sharons, der gesagt hat, es gäbe schon einen Palästinenserstaat, und zwar in Jordanien?

Schily: Historisch gehört Jordanien mit seinem hohen palästinensischen Bevölkerungsanteil zur palästinensischen Konfliktregion. Bei der Kritik an der dortigen Situation wird Jordanien meist ausgeblendet. Deshalb habe ich sehr bewußt Jordanien miteinbezogen. Ich bin nicht gegen eine jordanisch-palästinensische Konföderation. Uns haben Palästinenser gesagt: Wenn uns eine Konföderation angeboten wird, dann nehmen wir sie.

„Warum siedeln Sie hier?"

Ihr habt Kiriat Arba, eine der Hochburgen der Siedlerbewegung Gush Emunin, in der Westbank besucht. Welchen Eindruck habt ihr dort gewonnen?

Schily: Waltraud hat das Gespräch mit Herrn Haetzni mit einer unschuldigen Frage eröffnet: Warum siedeln Sie hier? Daraufhin war das Gesrpäch beinahe zu Ende. Herr Haetzni, der aus einer deutschen jüdischen Familie stammt und mehrere Angehörige im KZ verloren hat, reagierte sehr zornig und sagte: Was wollt ihr Deutschen, wir haben bei euch gesiedelt und ihr habt uns in die Gaskammern geschickt. Jetzt kommt ihr daher und fragt uns, warum wir hier siedeln.

Schoppe: Der erste Konflikt war, daß Haetzni uns das Recht abgesprochen hat, die erwähnte Frage zu stellen. Dann sagte er, es handele sich um heiliges jüdisches Land mit Jerusalem als Hauptstadt. Der zweite Punkt, über den er sich aufregte, war, daß wir immer von „besetzten Gebieten" redeten. Mein Adrenalinspiegel war auf 180. Ich habe mich bemüht, ihn zu verstehen, aber bei bestimmten Punkten hört es bei mir einfach auf. Wenn wir in diese Region fahren, wird uns die Solidarität mit beiden Völkern abverlangt. Wir haben uns in Kiriat Arba in besetzten Gebieten aufgehalten. Ich glaube, daß die Israelis, wenn das so weitergeht, Fakten schaffen, die irreversibel sind. Dieses kleine Territorialrecht, das man den Palästinensern zugesteht, indem man sie dort leben läßt, ist nicht ausreichend. Sie haben ein Recht darauf, andere Rechte, wie das auf Entwicklung, auf eine nationale Identität, durchzusetzen, und das will man ihnen in den besetzten Gebieten nehmen. Ich glaube, daß es eine leise, unauffällige Vertreibung der Palästinenser ist, die da doch stattfinden soll.

Schily: Das Problem besteht darin, daß wir nicht mit einer deutschen Studienratsmentalität dorthin fahren. Die deutschen Studienräte haben einst „Heil Hitler" geschrieen. Und jetzt kommen die deutschen Studienräte wieder und sagen, wir wissen aber genau, wo die Moral liegt. Es muß auch einem Haetzni, der sich leider auf einem Irrweg befindet, zugestanden werden, daß er das strikt zurückweist. Wir müssen auch versuchen, auf das einzugehen, was in einem Menschen wie Haetzni Gutes steckt.

Nun steht euch eine weitere innergrüne Nahost-Debatte ins Haus. Wie beurteilt ihr die Kritik des Bundesvorstandes, soweit sie nicht schon implizit angesprochen worden ist?

Schily: Daß es sich im Nahen Osten um einen schwierigen Konflikt handelt, bei dem man unterschiedliche Sichtweisen haben kann, ist akzeptiert. Ein produktiver Dialog innerhalb der Partei kann uns nicht schaden. Aber wenn ein Mitglied des Bundesvorstandes namens Meyer unsere Reise bereits anprangert, weil wir von der israelischen Regierung eingeladen wurden, hat das mit konstruktiver Kritik nichts zu tun. Jener Mensch Meyer ist nicht mal in der Lage, Fakten wahrzunehmen, wenn er unter Einsatz seines gesamten Unwissens behauptet, daß wir eine Einladung des UN-Flüchtlingsrats abgelehnt hätten. Das Gegenteil ist richtig. Ich bin Mitglied der euro-arabischen Parlamentariergruppe und wir haben eine Einladung zum Besuch palästinensischer Flüchtlingslager angenommen. Die Reise war für Ende September geplant und ist nicht zustandegekommen, weil ein anderes Mitglied der Parlamentariergruppe Terminschwierigkeiten hatte. Die Fahrt wird zu einem anderen Zeitpunkt stattfinden. Nach dem normalen Gang der Dinge hätte sie vor der Israel-Reise stattgefunden. Dieser Stil der Auseinandersetzung ist wirklich kläglich. Es wäre schlimm, wenn die Grünen sich in eine Pro-Israel- und eine Pro-Palästinenserfraktion aufteilen würden. Wir suchen das Gespräch mit beiden Seiten, deshalb beabsichtigen wir, im nächsten Jahr mit arabischen Regierungen einschließlich der Vertretung der PLO zusammenzutreffen.

Interview: Klaus Hartung und Beate Seel

(34)

PALÄSTINA BULLETIN

Nr. 44/87 30.10.87 Z 1663 C

Von Schily, Schoppe und Sharon...

Ein außenpolitischer Skandal grüner Dimension

von Georg Baltissen

Nein, was immer jetzt geredet und kritisiert wird ob der vermeintlichen Entgleisungen der Grünen-Delegation in Israel, was immer ihr vorgehalten wird, was sie hätte anders, besser, ausgewogener ausdrücken sollen, keiner, auch die Betroffenen selbst nicht, kann sich damit herausreden, sie seien mißverstanden, falsch interpretiert oder verkürzt wiedergegeben worden.

Im Gegenteil. Schily, Schoppe und Wetzel haben sehr genau gewußt, von wem sie eingeladen worden sind. Und sie haben sehr genau gewußt, wem sie sich verpflichtet fühlten und wo sie ihre Akzente setzten. Und sie haben ihre Akzente gesetzt. Nein, hier haben keine politischen Anfänger agiert, die blindlings in etwaig aufgestellte Fettnäpfchen getappt wären. Hier glänzte 'Realpolitik' in ihrer poliertesten Form.

Und die produzierte einen Skandal, dessen politische Ungeheuerlichkeit die kühnsten Eskapaden grüner Außenpolitik in den Schatten stellt. Schily, Schoppe und Wetzel sind im Rahmen ihres offiziellen Besuchsprogramms mit Vertretern der religiös-fanatischen Siedlerbewegung Gush Emunim in der Hochburg dieser gewaltsamen Eroberer des palästinensischen Bodens, in Kiryat Arba in der besetzten Westbank zusammengetroffen.

Und es soll kein grüner (Außen-)Politiker kommen und sagen, er habe nicht gewußt, wer Gush Emunim und was Kiryat Araba sei. Im Jahre 1969 beschlagnahmte Verteidigungsminister Moshe Dayan das zur Stadt Hebron gehörige Land "aus militärischen Gründen" und erklärte das Gebiet zum militärischen Sperrbezirk. Im Laufe der Zeit wurde aus dem Militärposten - wie an vielen anderen Beispielen auch -eine völkerrechtswidrige israelische Siedlung auf besetztem palästinensischen Boden. Hier nistete sich die klerikal-faschistische Organisation Gush Emunim ein, eine Organisation, deren Symbolfigur Moshe Levinger mit einem Hungerstreik vor dem palästinensischen Flüchtlingslager Duheischeh die sofortige Deportation eines jeden jugendlichen Steinewerfers forderte. Von Kiryat Arba aus begann die Gush Emunim gemeinsam mit der Kach-Bewegung des Rabbi Meir Kahane ihren Eroberungsfeldzug gegen die palästinensische Stadt Al-Khalil (Hebron), wo sie heute mitten in der Stadt mehrere Siedlungsposten besetzt hält. Kiryat Arba ist jene Hoch- und Fluchtburg, von der aus der 'jüdi-

sche terroristische Untergrund' seine Anschläge auf palästinensische Bürgermeister, auf Flüchtlingslager, auf Universitäten u.a. unternahm. Und Gush Emunim - und das dürfte weder Schily, Schoppe noch Wetzel unbekannt sein - ist eine Organisation, deren erklärtes Ziel die Vertreibung der Palästinenser aus Palästina und die Eroberung und Besiedlung des Landes als 'Eretz Israel' ist, dessen Grenzen bis weit nach Jordanien hineinreichen sollen.

Alle israelischen Friedensgruppen von Peace now bis zur Progressiven Liste, von Rakach bis zur Bürgerrechtsbewegung haben immer wieder gegen die (UN-)Taten von Gush Emunim protestiert, denen Schily, Schoppe und Wetzel im Rahmen des offiziellen Besuchsprogramms ihre Aufwartung gemacht haben - in einer besetzten, eroberten, völkerrechtswidrigen israelischen Siedlung!

Es gehört zu den Akzenten, die diese Politiker gesetzt haben, daß sie dagegen Palästinenser, die in der besetzten Westbank, in der Kiryat Arba ja liegt, mehr als 800.000 Seelen zählen, nur am Rande des offiziellen Programms getroffen haben. Die Besuchspolitik von Schily, Schoppe und Wetzel hat in Israel alle jene Kräfte aufgewertet, die den Frieden und den Ausgleich mit den Palästinensern nicht wollen, die Gespräche zwischen der PLO und friedenswilligen Israeli kriminalisieren - allen verbalen Klimmzügen zum Trotz, die die Dreierbande vor, während oder nach ihrer Reise in wohlgefällige Federn diktiert hat.

Die drei Grünen haben ihre eigenen Akzente gesetzt. Sie haben sich sehr beeindruckt gezeigt "von der gigantischen Aufbauleistung in Israel", dem "einzigen demokratischen Staat in der Region". Sie haben Israels Existenz für "unantastbar" erklärt und sich ganz allgemein in ihrer positiven Haltung zu Israel gestärkt gefühlt. Und Frau Schoppe muß noch ein zusätzliches Licht aufgegangen sein, als sie konstatierte, daß die Bedrohung Israels viel größer sei, als sie sich das vorher vorgestellt habe.

Die beabsichtigte "Wiedergutmachungsreise grüner Realpolitik" - in bewußter Abgrenzung zum Grünen-Besuch vom Dezember 1984 - kann von Palästinensern nur als eine bewußt in Kauf genommene Beleidigung des palästinensischen Volkes empfunden werden. Denn mit der "gigantischen Aufbauleistung Israels", die die Grünen so bewundern, verbinden sich für Palästinenser Namen wie Deir Yassin, Quibya und Kafr Kassem. Und auch das Massaker von Sabra und Shatila zählt zu dieser "Aufbauleistung", die sich mit der Operation "Frieden für Galiläa" im Sommer 1982 ein bleibendes Dokument gesetzt hat. Und wie demokratisch kann ein Staat sein, der 20% seiner Bürger aus ethnischen Gründen diskriminiert und 1,4 Millionen Palästinenser seit 20 Jahren der Knute einer militärischen Besatzung unterwirft, die nicht nur mit Folter und Ausnahmegesetzen regiert, sondern das Land raubt und das Wasser, und die Existenz eines ganzen Volkes schlicht nicht wahrhaben will.

Wenn Schily und Schoppe die israelische Existenz schon für "unantastbar" erklären, dann wäre es doch bitteschön auch angebracht zu sagen, wo diese "Existenz" denn anfängt und wo sie aufhört. Und wenn unsere grünen Eiferer für Israel mit der Festlegung der israelischen Grenzen überfordert sind, dann sollten sie bitte den Mund nicht so vollnehmen, wo sich Schweigen geböte.

Und wie wenig Israel militärisch bedroht ist in einer Region, in der die israelische Militärmacht die Rolle einer regionalen Großmacht ausübt, das mögen gescheitere Grüne ihrer Frau Schoppe erklären, damit sich ihre Vorstellungen wenigstens in etwa den Realitäten annähern, was zumal für grüne Realpolitik nur als politischer Gewinn zu werten wäre.

Die drei grünen Abgeordneten waren Gäste der israelischen Regierung auf namentliche Einladung des israelischen Staatspräsidenten. Soviel staatliche Noblesse verpflichtet. Die drei haben sich da über die Normerfüllung hinaus zweifellos eine Prämie verdient. Dennoch soll unseren grünen Gästen nicht in Abrede gestellt werden, daß sie dem israelischen Außenminister Peres wie auch Präsident Herzog das palästinensische Selbstbestimmungsrecht wärmstens ans Herz gelegt und gar Menschenrechte (in der einzigen Demokratie im Nahen Osten!) und "kulturelle Autonomie" für die Palästinenser eingeklagt haben. Nein, die drei sind auch für das palästinensische Selbstbestimmungsrecht eingetreten, auf jeden Fall auf der abschließenden Pressekonferenz. Und Schily hat wohl zu Ehren der israelischen Gastgeber auch gleich lokalisiert, wo Palästinenser aus Haifa und Jaffa, aus Jerusalem und Bethlehem, aus Hebron und Nablus ihr Selbstbestimmungsrecht verwirklichen können, weil "Jordanien auch Palästina ist", wie er sagte. Schily macht sich damit zum Bundesgenossen eines Ariel Sharon und all jener israelischen hardliner, die am liebsten alle Palästinenser gleich über den Jordan treiben wollen.

Vielleicht hat die realpolitische Opportunität es der grünen Delegation geboten sein lassen, in jener Pressekonferenz nicht allzusehr von der israelischen Besatzung zu sprechen - zumal diese erst in den Vorwochen wegen der Erschießung mehrerer Palästinenser internationale Schlagzeilen gemacht hatte. Auch der PLO gegenüber gebot der Gastgeber natürlich eine gehörige Portion Distanz, die Schily, Schoppe und Wetzel auch anstandsgemäß wahrten.

Ja, selbst das palästinensische Volk, das doch immerhin in einer Millionenzahl dort zu finden ist, wo unsere tapferen Realpolitiker mit wachen Sinnen wandelten, wurde nur "am Rande" besucht. Im offiziellen Programm stand es jedenfalls nicht, vielleicht weil die israelische Regierung von seiner Existenz immer noch nicht vollständig überzeugt ist.

Für die Grüne-Fraktion ist es natürlich zu bedauern, daß ihr außenpolitischer Sprecher die simpelsten politischen Gepflogenheiten im Umgang mit einem Konfliktgebiet sowenig beherrscht und sich offensichtlich zum parteiischen Büttel machen läßt.

Wer, wie Schily und Kompagnon, einen Staat und die Regierung eines Staates feiert, dessen wesentlichstes außenpolitisches Geschäft - nicht nur in der Iran-Contra-Affäre - der Waffenhandel ist, dessen innere Struktur von Apartheid bestimmt ist, der an der Besetzung und Unterdrückung eines anderen Volkes Jahr für Jahr Hunderte von Millionen verdient, der sich der Mittel von Folter, Erpressung und Ausnahmegesetzen bedient, um zu rauben und zu herrschen, ein solcher Politiker wäre gewiß auch bei Pinochet in Chile oder bei Botha in Südafrika willkommen. Der grüne Weg sollte doch eigentlich in die andere Richtung führen.

Diskussionsforum Palästina/Nahostkonflikt

Unter dem Eindruck des zählebigen Lagerkrieges gegen die Palästinenser im Libanon hat sich die Weltöffentlichkeit dem Erfordernis einer Lösung des Nahostkonflikts und seines Kerns, der Palästinafrage, wieder zugewandt. Die seit dem Libanonkrieg 1982 beiseite gelegte Idee einer internationalen Nahostkonferenz ist ernsthaft ins Gespräch gebracht worden, befürwortet auch von den EG-Außenministern und der soeben wiedervereinigten Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO). In der Bundesrepublik sucht der im Februar d.J. gebildete Trägerkreis „Rettet die Palästinenser im Libanon", in dem Grün-Alternative, medico international, das Antiimperialistische Solidaritätskomitee u.a. zusammenarbeiten, die Palästina-Solidarität wieder auf breitere Füße zu stellen. Zugleich ist in den Reihen der Grünen, speziell der neuen Bundestagsfraktion, ein Streit über die Zulässigkeit eines solchen Internationalismus entbrannt. Ellen Olms, Grünen-MdB, Mitglied im Unterausschuß Humanitäre Hilfe des Auswärtigen Ausschusses und eine der Initiatorinnen des Trägerkreises, bezieht Position zu dieser Nahost-Debatte. Anläßlich des 20. Jahrestages von israelischem Junikrieg und Besatzung scheint uns eine solche Diskussion über Sinn und Prioritäten von Palästina- bzw. Nahost-Solidarität überfällig zu sein, und sollte über die Grünen hinausreichen. Weitere Diskussionsbeiträge sind sehr erwünscht (Obergrenze bitte drei Schreibmaschinenseiten), und könnten für den Klärungsprozeß im Vorfeld des vom Trägerkreis für November 1987 geplanten Nahost-Dialogforums hilfreich sein.

Ellen Olms (GRÜNEN-MdB)

Wissen wir um die Dramatik des Palästina-Problems?

Nach den offiziellen Angaben der UNRWA, des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten, beträgt die Zahl palästinensischer Flüchtlinge in jenen Staaten und Gebieten, die an Israel grenzen, über 2 Mio. Es ist evident, daß für diese Zahl von Menschen ein Ministaat an der Seite Israels, errichtet in den 1967 besetzten Gebieten, viel zu klein ausfallen würde.

Israel in den Vor-67-Grenzen umfaßte ein Territorium von 20.700 qkm, das Gebiet eines palästinensischen Separatstaates – wie es in der Regel diskutiert wird (Westbank, Gaza, Ostjerusalem) – würde hingegen ganze 6.311 qkm ausmachen. Von einer symmetrischen Lösung könnte also nicht im geringsten die Rede sein.

Der palästinensische Ministaat, auf den sich heute unsere Forderungen – beeindruckt von der israelischen Strategie des Tatsachenschaffens – bereits reduziert haben, würde das palästinensische Problem kaum lösen, den ca. 2,2 Mio Palästinensern, die heute im Gebiet des historischen Palästina leben, geschweige denn den weltweit ca. 5 Mio Angehörigen dieses Volkes keine Perspektive bieten können.

Dazu kommt noch, daß Israel bislang keinerlei Anstalten unternimmt, die Errichtung eines palästinensischen Ministaates zu ermöglichen. Obgleich dieser Ministaat – eingeklemmt zwischen Jordanien, Israel, der Wüste und der Küste – keine Beeinträchtigung der Sicherheit des zionistischen Staates darstellen könnte.

Die israelische Strategie läuft vielmehr darauf hinaus, Fakten zu schaffen, die dann als unumkehrbar erscheinen. Allein auf der Westbank wurden bis heute ca. 117 Siedlungen mit ca. 50.000 Bewohnern errichtet. Weitere 90.000 jüdische Siedler haben sich um Ostjerusalem niedergelassen.

In der Regel geht die Etablierung der Siedlungen mit Landnahme und Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung einher. Während allenthalben dem Dialog das Wort geredet wird, werden Tatsachen geschaffen, die die Ausgangsposition der Palästinenser in diesem Dialog zusehends verschlechtern und schon bald selbst den palästinensischen Ministaat als utopisch erscheinen lassen. Die selben Gründe, die uns heute zur Anerkennung des Staates Israel bewegen, könnten uns morgen dazu veranlassen, vom Recht des palästinensischen Volkes auf Eigenstaatlichkeit überhaupt Abstand zu nehmen.

Auch die Initiativen des israelischen Außenministers Peres, der gemeinhin als gemäßigte und aufgeschlossene Alternative zu Schamir gehandelt wird, stellen bezüglich einer Nahost-Friedenskonferenz keine Abweichung von dieser Strategie dar. Die Emsigkeit, die Peres an den Tag legt, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß zwischenzeitlich in den besetzten Gebieten weiter Fakten geschaffen werden.

Israel schafft Fakten

Anläßlich eines Besuchs in Washington erläuterte Peres vor israelischen Journalisten, Hauptsache sei, den Friedensprozeß in Bewegung zu halten. Die israelischen Bedingungen seien ohnedies für die Araber unannehmbar.

Derweil plagen den israelischen „Staat ohne Grenzen" arge demographische Probleme,

die eine weitere Eskalation des israelisch-palästinensischen Konfliktes befürchten lassen. Seit einiger Zeit sieht sich Israel damit konfrontiert, daß die Zahl jüdischer Immigranten abnimmt, während zugleich die Emigrationsrate steigt.

Vor diesem Hintergrund sind auch die Bemühungen der israelischen Regierung zu sehen, mit der Sowjetunion eine Übereinkunft zu erzielen, wonach es den dort lebenden Juden im Falle ihrer Auswanderung nur noch gestattet ist, den direkten Weg nach Israel zu nehmen. Bislang wurden sie zunächst nach Wien ausgeflogen, von wo aus sich jedoch nur jeder fünfte Emigrant nach Israel begab.

In dem von der israelischen Rechten postulierten Groß-Israel leben heute 3,55 Mio Juden und mindesten 2,2 Mio Palästinenser. Dies bedeutet, daß letztere also schon heute annähernd 40% der Bevölkerung dieses Groß-Israel darstellen. Da ihre Zuwachsrate mehr als doppelt so hoch wie die jüdisch-israelische ist, ist der Zeitpunkt, wo sie eine Mehrheit im historischen Palästina bilden würden, absehbar.

Diese Tendenz setzt – wenn es denn tatsächlich um Aussöhnung ginge – genau genommen den binationalen Staat auf die Tagesordnung, also jene Staatsform, von der wir bereits zugunsten der vermeintlich realitätstüchtigeren Separat- und Ministaatlösung Abstand genommen haben bzw. bestenfalls noch als dem Zugriff entrückte Ideallösung betrachten. Als Fernziel, das zwar hehre und somit an und für sich erstrebenswert ist, indes als nicht länger realisierbar erscheint bzw. wenn, dann nur über den Umweg des palästinensischen Separatstaates.

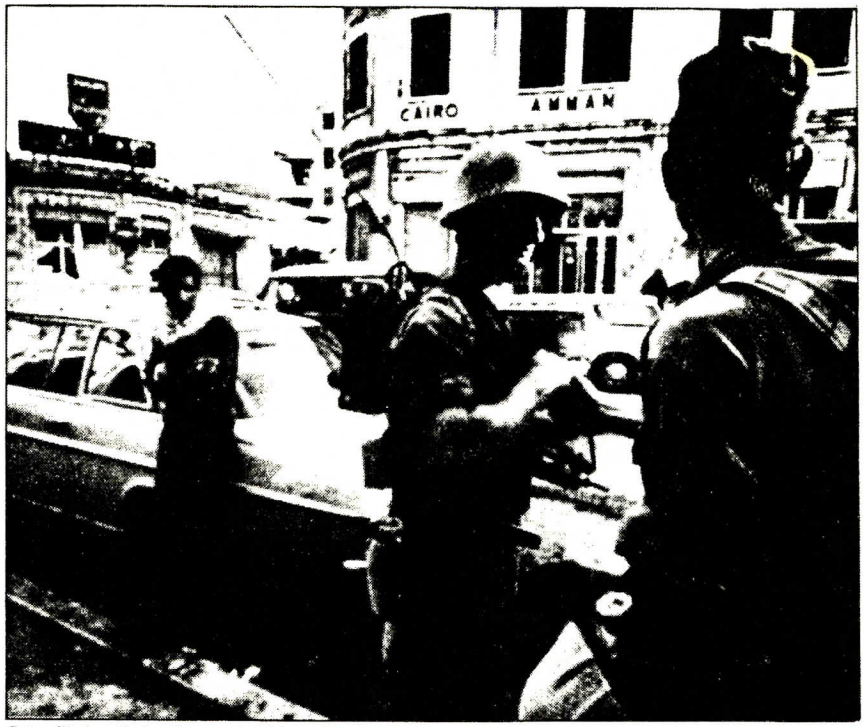
Theoretisch bleiben dem israelischen Staat folgende Möglichkeiten, mit dem demographischen Dilemma und seinen politischen Implikationen umzugehen:

- Die vollständige juristische Annexion der besetzten Gebiete, die jedoch die Unterstellung der Palästinenser unter die israelische Gesetzgebung beinhalten müßte, inklusive des Wahlrechts usw.
- Die Vertreibung der Palästinenser aus den besetzten Gebieten.
- Die Errichtung von Apartheid-Strukturen, die die Palästinenser zu einem Dasein von Bürgern zweiter Klasse verdammen.

Die Schwachen sind die Palästinenser, nicht Israel

Mit einer vollständigen juristischen Annexion – inklusive der damit verbundenen Gleichstellung von jüdischer und palästinensischer Bevölkerung (= binationaler Staat) – ist kaum zu rechnen. Denn eine solche Gleichstellung würde den Charakter des zionistischen Staates erheblich verändern, ja letztlich das Ende des Zionismus (als Staatsideologie) bedeuten. Aus der Logik des zionistischen Staates ist die juristische Annexion nur dann eine Option, wenn zuvor das demographische Problem gelöst wird. Im Klartext bedeutet dies: Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung aus den annektierten Gebieten, um so die disloyale Bevölkerungsgruppe auf einen Umfang zu reduzieren, der es ermöglicht, gegen sie anzuregieren.

Die andere Alternative würde aus zionistischer Sicht und Logik darin bestehen, Strukturen der Apartheid zu etablieren, die die palästinensiche Bevölkerung in einem halbkolonialen Zustand halten. Wahrscheinlich ist, daß beides erfolgt: Vertreibung bei gleichzeitiger Verfestigung der bereits existierenden Apartheid-Strukturen.



Patrouille israelischer Besatzer in Nablus (Westbank)

Ein Ende der palästinensischen Tragödie ist somit keineswegs in Sicht. Im Gegenteil: Unterdrückung und Vertreibung des palästinensischen Volkes werden lediglich in ein neues Stadium treten. Die Gewalt in der Region wird weiter eskalieren.

Ich bin mir zuweilen nicht darüber im klaren, inwieweit die Dramatik der Situation der grünen Partei und grünen Bundestagsfraktion überhaupt bewußt ist. Die Distanzierung vom palästinensischen Recht auf Selbstbestimmung kann in dieser Situation nur bedeuten, das palästinensische Volk zur Vernichtung freizugeben. Sei es durch Israel, sei es durch Syrien, sei es durch die USA und ihre Verbündeten.

Weder die PLO noch die arabischen Staaten stellen für den hochgerüsteten israelischen Staat eine ernsthafte Bedrohung dar. Israel hat 1967 der geballten Macht arabischer Staaten binnen sechs Tagen den Garaus gemacht. Eine Neuauflage dieser panarabischen Front ist heute überhaupt nicht in Sicht. Mit Jordanien, Ägypten und Saudi-Arabien verfügt Israel vielmehr über mehr oder weniger enge Verbündete in der arabischen Welt.

Sofern es um die Palästinenser geht, kann auch Syrien kaum zum Gegner Israels erklärt werden, wie die Ereignisse im Libanon zeigen, wo Damaskus und die Amal z.Zt. auch das Geschäft Israels erledigen. Zudem würde jeder Angriff auf Israel, der dessen Existenz tangiert, die größte Militärmacht der Welt – die USA – auf den Plan rufen.

Das palästinensische Volk weiß nicht derartig mächtige Verbündete an seiner Seite. Im Gegensatz zu Israel ist dieses Volk ohne Staat tatsächlich ständig feindlichen Feldzügen ausgesetzt (wer hat sich an den Palästinensern in der Region eigentlich noch nicht vergangen? Israel, Jordanien, Syrien, libanesische Falangisten, schiitische Amal-Milizen usw., sie alle haben sich – z.T. wiederholt – Massakern an Palästinensern schuldig gemacht).

Die Sicherheit des israelischen Staates wie das Existenzrecht der jüdischen Bevölkerung wird und kann heute von niemandem in der Region ernsthaft in Frage gestellt werden. Die Sicherheit des israelischen Staates wird im übrigen auch nicht durch U-Boot-Exporte nach Saudi-Arabien tangiert, wie dies Otto Schily und Waltraud Schoppe glauben machen wollen. Das letzte, wozu diese Waffen vorgesehen sind, ist ein Angriff auf Israel. Saudi-Arabien gelangt seit einigen Jahren aus den selben Gründen bevorzugt in den Genuß hochwertiger westlicher Rüstungsgüter wie zuvor (und noch immer) Israel.

Während die Sicherheit Israels und das Existenzrecht seiner jüdischen Bevölkerung also von niemandem ernsthaft zur Disposition gestellt werden können, ist es um die Sicherheit und Existenz der Palästinenser weit schlechter bestellt. Das Damoklesschwert von Vernichtung und Vertreibung schwebt z.Zt. mal wieder sehr niedrig über dem palästinensischen Volk. Nicht die Israelis, sondern die Palästinenser sind in diesem Konflikt die Schwachen, Gedemütigten, Entrechteten. Es ist exakt diese Tatsache, die unsere Parteilichkeit im israelisch-palästinensischen Konflikt bestimmt.

PS: Wir sind z.Zt. damit befaßt, ein kleines Dossier zum militärischen Kräfteverhältnis in der Region wie zur politischen/ökonomischen/militärischen Rolle der einzelnen Staaten zu erstellen. Das Dossier soll verdeutlichen, daß von einer ernsthaften Bedrohung Israels überhaupt nicht die Rede sein kann, hingegen sich die PLO mit einer weit überlegenen Militärmacht konfrontiert sieht. Womöglich trägt das Dossier mit dazu bei, die grüne Nahost-Debatte auf die Füße zu stellen.

Das Dossier ist ab sofort über mein Büro beziehbar (Ellen Olms, HT-Anbau, Zimmer 207/208, 5300 Bonn, Tel.: 0228/ 165133 o. 0228/ 165525).

(39)

Gina Meir-Düllmann
Im Sonnenpütz 18
5300 Bonn 1

Bonn, den 7. 11. 1987

Stellungnahme zu den internen Auseinandersetzungen der GRÜNEN Fraktion anläßlich der Israel-Reise der GRÜNEN Abgeordneten Waltraud Schoppe, Otto Schily und Dietrich Wetzel

Liebe Freundinnen und Freunde,

als Tochter von vor dem Naziregime nach Brasilien geflüchteter deutscher Juden und als israelische Staatsangehörige fühle ich mich herausgefordert, zu den oben angesprochenen Vorgängen Stellung zu nehmen.

Wie die meisten von Euch wissen, bin ich seit Jahren in der Friedens- und Anti-AKW-Bewegung engagiert und aktives Mitglied der GRÜNEN Partei in der BRD. Nicht zuletzt wegen deren Eintreten für soziale Gerechtigkeit und antifaschistischen Widerstand sind die GRÜNEN für mich als Jüdin hierzulande das politische Spektrum, in dem ich mich politisch bewegen kann.

Was viele nicht wissen ist, daß gerade diese politische Haltung zu Repressionen seitens der Bonner Jüdischen Gemeinde gegen meine Person als Mitglied dieser Gemeinde geführt haben. Der ausschlaggebende Faktor war mein öffentlicher Protest gegen den Libanon-Krieg und mein Eintreten für Verhandlungen der israelischen Regierung mit der PLO.

Aus diesen Gründen fühlte ich mich - auch als Mitarbeiterin dieser Fraktion seit drei Jahren - von dieser Israel-Reise ge- und betroffen. Meine politische Stellungnahme ist gleichdeckend der Progressiven Liste (siehe offizielles Positionspapier dieser israelischen Partei in der Anlage), die diese Grüne Abgeordnetendelegation auch besucht hat.

Während sich Waltraud Schoppe, Otto Schily und Dietrich Wetzel in Israel aufhielten, wandten sich israelische Freunde mit Besorgnis an mich. Über sie erhielt ich Informationen über den Ablauf der Reise und die bevorstehende Pressekonferenz zum Abschluß ihrer Reise. Um mögliche Kontroversen zwischen der Delegation, Fraktion und Bundesvorstand im Vorfeld zu verhindern, bemühte ich mich, eine Kommunikation zwischen diesen herzustellen. Anlaß dazu waren für mich auch die noch nicht ausreichend geführte Diskussion über die Nahost-Politik der GRÜNEN, die voller Behutsamkeit geführte Reise und die ungeklärte Eigenschaft dieser Reise.

Meine Befürchtungen bestätigten sich: Die Reise der GRÜNEN Abgeordneten hatte ihren politischen Schwerpunkt auf Seiten der israelischen Regierung gesetzt. Es wurden neutrale Gespräche mit den etablierten Parteien geführt, man verhielt sich konziliant und vermied dabei, konkrete Forderungen zu stellen - anders als bspw. der französische Premier Jacques Chirac wenige Tage später (siehe beiliegende Meldung aus der SZ vom 3. 11. 87). Es wurde Distanz gehalten zu den israelischen progressiven außerparlamentarischen Gruppen und Einzelpersonen, die sich für einen Dialog mit der PLO einsetzen und für die nukleare Abrüstung eintreten und deshalb Repressionen durch die israelische Regierung ausgesetzt sind (wie z. B. Guideon Spiro, Elieser Feiler, deren Briefe beigefügt sind). Gerade um eine GRÜNE Solidarität für diese israelischen Bürger habe ich mich seit geraumer Zeit bemüht, wie auch um eine Kampagne der GRÜNEN für Mordechai Vanunu, israelischer Nuklearwissenschaftler, seit 1 Jahr in israelischer Haft, die aber von Teilen der Fraktion mit Rücksicht auf diese Reise blockiert wurde.

Die israelischen Reaktionen zeigen, wem mit dieser Reise gedient wurde: zum ersten Mal äußerte sich die regierungstreue "Allgemeine Jüdische Wochenzeitung" wohlwollend gegenüber den GRÜNEN. Oppositionelle Gruppen zeigten sich enttäuscht bis empört (siehe beiliegenden Brief von J. T. Sik, der kein Einzelfall ist). Der zufällig zur gleichen Zeit weilende Jan Böhme (Aktion Sühnezeichen) nahm an der Pressekonferenz teil und war enttäuscht von den Aussagen der GRÜNEN Abgeordneten.

Einen auf der MitarbeiterInnen-Klausur verfaßten Offenen Brief habe ich, um etwaigen Schwierigkeiten für KollegInnen aus dem Wege zu gehen, zurückgehalten - merkwürdig ist dabei nur zu erfahren, wie dieser Brief dann doch noch bis zu Otto Schilys Aktenmappe weitergeleitet wurde ...

An die Reise anschliessende Pressemeldungen und Presseerklärung des GRÜNEN Bundesvorstands und der Jüdischen Friedensinitiative taten sich Pressefeldzüge und verleumderische Angriffe auf Amos Wollin - israelischer TAZ-Korrespondent -, BuVo-Mitglied Jürgen Maier in Klaus Hartungs TAZ-Interview und indirekt gegen mich in Henryk Broders TAZ-Essay, wie als "bestellte" Abgründe auf, mit "bösen Folgen", wie Waltraud Schoppe mich persönlich vorwarnte.

Aber die Technik der Verfälschung GRÜNER Positionspapiere, wie z. B. H. Broders, beruht auf folgender Ebene: das von ihm kritisierte Papier der Abgeordneten Olms und Stratmann ist <u>nicht</u> von diesen Abgeordneten verfaßt, sondern von deren MitarbeiterIn Dietrich S. Marmeling und Gina Düllmann. Diese haben das Papier auch mit ihren Namen unterschrieben.

(41)

Broder unterschlägt das ganz einfach u..überhaupt den Inhalt dieses Papieres; die Begründung für eine Vanunu-Solidarität in der GRÜNEN Fraktion und den wichtigen Satz: "Dabei sind auch wir der Auffassung, daß es unter allen Umständen zu verhindern gilt, daß ein Engagement in Sachen Vanunu zum Tribunal gegen Israel gerät." Diese Mentalität Broders kenne ich inzwischen zur Genüge aus der herrschenden Gesellschaft in Israel und der jüdischen Gemeinde weltweit: Linke, selbst Juden und Israelis, dürfen nicht kritisch gegenüber der israelischen Regierung sein und gegen den Libanon-Krieg, Annexion der besetzten Gebiete und militärische wie nukleare Rüstung protestieren wie sonst anderswo! Aber Israel kann nicht mit einem doppelten System weiterbestehen: militärische Diktatur für Palästinenser und demokratischer Staat für Juden. Hier besteht gerade unsere Aufgabe als freie und verantwortungsvolle Menschen, sich für die politische WAHRHEIT und GERECHTIGKEIT entschlossen einzusetzen.

Somit wäre es wünschenswert, daß wir in einer sachlich geführten Diskussion zu einer möglichst gemeinsamen Position in dieser Sache kämen, damit wir als GRÜNE nicht Politik auf dem Rücken der Menschen machen, die tagtäglich unter den Verhältnissen im Nahen Osten zu leiden haben - sei es durch ihren Einsatz für Verständigung und Frieden oder weil sie als Palästinenser geboren sind. Der für die Fraktion vorliegende Antrag läßt auf solches schließen und die Hoffnung aufkommen, daß wir aus Auseinandersetzungen noch lernen können.

Mit besten Grüssen

Gina M. Düllmann

(Gina M. Düllmann)

Michael Schroeren + Jürgen [illegible]

Bundestagsfraktion

bitte an die Bundesgeschäftsstelle weitergeben, deren Fax ist mit unserem nicht kompatibel.

Die Grünen
Bundesarbeitsgemeinschaft
Internationalismus

42

Frau Waltraud Schoppe
Herrn Otto Schily
Bundeshaus

Bonn

Verehrte Parteifreundin, verehrter Parteifreund,

wir wenden uns an Euch, um uns für Euren Staatsbesuch in Israel zu bedanken, und uns zugleich für eigene frühere Entgleisungen zu entschuldigen.
Schließlich haben wir noch vor wenigen Wochen eine Presseerklärung Otto Schilys zum Krieg zwischen Iran und Irak öffentlich kritisiert, weil wir meinten, die Grünen dürften keine kriegführenden Staaten unterstützen und müßten den Waffenhändlern, die solche Kriege mit verantworten jegliche Gefolgschaft verweigern.

Was grüne Außenrealpolitik wirklich ist, was sie leistet, wie sie die Probleme dieser Welt meistern hilft, haben wir nun am Beispiel Eures Staatsbesuchs in Israel wirklich begriffen. Überzeugend fanden wir alles an dieser Reise.(Darauf geben wir unser großes Kieler Ehrenwort!) Hervorheben wollen wir aber Eure eindrucksvolle Pressekonferenz in Tel Aviv vom 23.10.87. Ihr habt es nicht nur geschafft, nervende und ablenkende Nebensächlichkeiten wie z.B. die israelische Atomrüstung, die "völkerrechtswierige Besetzung" des Westjordanlandes und des Gazastreifens oder die angebliche Existenz einer Organisation namens "PLO" beiseitezulassen,sondern Ihr habt auch die israelische Presse derartig verwirrt, daß Euch ein israelischer Journalist für eine Delegation des Bonner Auswärtigen Amtes gehalten hat. Wir sehen jetzt auch, daß von einer solchen Reise bis zur faktischen Übernahme des Außenministeriums nur noch ein kurzer Schritt ist.

Wir erwarten von Euch, daß Ihr die in der Fraktion bereits vorliegenden Einladungen weiterer Regierungen unverzüglich annehmt und Euren weltweiten Siegeszug realgrüner Außenpolitik fortsetzt. Insbesondere verweisen wir auf folgende Einladungen:

- Regierung der Republik Südafrika:
  Das einzige demokratische Land Afrikas erwartet von Euch einen ähnlichen Einsatz in Namibia. Auf Vermittlung Euer israelischen Gesprächspartner von "Gush Emunin" (die allerdings von einigen unbelehrbaren Antisemiten immer noch als rechtsradikale Siedlerorganisationen" bezeichnet wird) sind

...

(43)

einige wirklich hochkarätige Treffen mit gleichgesinnten Partnerorganisationen im Lande arrangiert.

- Regierung Frankreichs:
  Dort wurde Ottos Presseerklärung zur "Solidarität mit Frankreich" naturgemäß mit größtem Interesse aufgenommen. Angeboten wird ein Besuch in Mururoa und Tahiti, wo gerade ein frischverhängter Ausnahmezustand zu besichtigen und totzuschweigen ist. Es wird allerdings für die Pressekonferenz ein bißchen Entgegenkommen und offensives Eintreten für die nukleare Solidarität erwartet.
  Es wird vorgeschlagen, eine Reise nach Neukaledonien anzuhängen. Dort könnten sehr originelle gemeinsame Veranstaltungen mit einer authentisch faschistischen Siedlerorganisation angeboten werden.

- Regierung der Volksrepublik China.
  Es gibt zwar noch einige Verstimmung, weil manche Grüne, darunter sogar Bundestagsabgeordnete, wie man hört, den Besuch des Kanzlers in Tibet kritisiert haben sollen. Eine Reise nach Tibet könnte hier einiges geraderücken.

- Regierung Großbritaniens:
  (ist unseres Erachtens einfach eifersüchtig auf Frankreich) schlägt eine Reise auf die Falkland Inseln (fälschlich auch als Malvinas bezeichnet) vor. Es wird erwartet, daß besonders die eindrucksvolle Aufbauleistung gewürdigt wird, möglichst mit einem Vergleich mit gewissen Slums in Buenos Aires.

  Die vorgeschlagene Reise nach Gibraltar auf einem atomgetriebenen U-Boot würden wir aber nicht anraten, da in gewisser Weise auf den EG-Partner Spanien Rücksicht genommen werden sollte.

Es liegen zahlreiche weitere Einladungen vor, wir meinen jedoch, Ihr solltet Euch zunächst auf die wesentlichen Schwerpunkte realgrüner Realaußenpolitik konzentrieren. Wir sind im übrigen der Meinung, Ihr könntet diese Reisen gemeinsam mit dem Kanzler durchführen, außer vielleicht nach Tibet, wo er ja schon war. Neben dem außenpolitischen Effekt würden solche tabubrechenden Unternehmungen auch dem verstocktesten Grünen helfen, sich das von Euch geforderte "positiv entwickelt formulierte Staatsverständnis" zu erarbeiten.

Mit der gesamten Euch zukommenden

Hochachtung

Die Sprecher der BAG Internationalismus

Günter Hopfenmüller

Gerd Bussmann

Diplomatische Beratung: Anja Kuhr (MdBÜ)

Nachrichtlich an:
Fraktion DIE GRÜNEN im Bundestag
(Vorstand)
Bundesvorstand DIE GRÜNEN
(für den Kreisrundbrief)
dpa

(44)

Waltraud Schoppe
Otto Schily
Fraktion DIE GRÜNEN
Bundeshaus
5300 Bonn

Jörn Böhme
z.Zt. Kibbuz Yad Hanna
M.F.Lev Hasharon 42845
ISRAEL

Yad Hanna, den 2.11.87

Liebe Freunde,

Ich schreibe Euch, weil ich durch meine Arbeit bei der "Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste" von 1980-1987 mit den Aktivitäten der "Grünen" bezüglich Israel und Nahost zu tun hatte. Ausserdem interessiert mich die Thematik der deutsch - israelischen Beziehungen und besonders das Verhältnis von Gruppen der "bundesdeutschen Linken" zu Israel sehr stark.

Dies war auch der Hintergrund dafür, dass ich zu Beginn einiger Urlaubstage von dem Kibbuz, in dem ich zur Zeit arbeite, in Tel Aviv bei Eurer Pressekonferenz war.

Mir geht es in diesem Brief um die Inhalte Eurer Äusserungen dort und ich möchte meine Bemerkungen und Anfragen dazu getrennt sehen von dem Vorgang, der auch Amos Wollin, den TAZ-Korrespondenten in Israel betrifft und in den ich mich eingemischt habe.

Ausserdem möchte ich erwähnen, dass ich bei der"Aktion SÜhnezeichen/ Friedensdienste" keine offizielle Funktion mehr habe und ich daher meine Überlegungen nur als Privatperson anstelle.

Ich war von Euren Aussagen bei der Pressekonferenz an einer Reihe von Punkten enttäuscht und habe dabei nicht verstanden, warum ihr bestimmte Dinge gesagt habt und andere nicht. (Mir ist klar, dass ich den möglicherweise vorhandenen Meinungsunterschieden bei Euch nicht gerecht werde, wenn ich Euch beide anspreche, doch ich weiss zu wenig über die Meinungsunterschiede bei Euch, um jeweils getrennt darauf eingehen zu können).

Ich finde es richtig, dass Ihr betont habt, dass Ihr als Lernende kommt, nicht als Konfliktlösungsdoktoren und dass Ihr gelernt habt, dass es keine schnellen Lösungen gibt.
Ich habe nicht begriffen, wieso dies aber zu Allgemeinplätzen führen muss wie:
- Als Realpolitikerin bin ich sowieso für kleine Schritte.
- Bei den notwendigen Schritten wird von allen viel verlangt.
- Es ist notwendig, Feindbilder abzubauen, Vertrauensvorschuss zu geben.
- Aus dem Dickicht der Feindbilder in die Lichtung des Friedens treten.
- Die Partei ist gereift (als Antwort auf die Frage, warum diese Delegation ziemlich genau das Gegenteil von dem auf der Pressekonferenz sagte, wie die Delegation vor zweieinhalb Jahren.)

Weiterhin habe ich Anfragen zu folgenden Punkten:

1. Ihr habt auf das Anwachsen des islamischen Fundamentalismus (in den besetzten Gebieten) hingewiesen. Auf ein Anwachsen "fundamentalistischer" Tendenzen auf jüdisch/israelischer Seite seid Ihr nicht eingegangen. Es geht mir hier nicht um irgendeine Ausgewogenheit, sondern um reale Entwicklungen. So wird etwa die Idee des Transfers der Palästinenser aus den besetzten Gebieten (nach Jordanien) , die zunächst von Rabbi Kahane in die Diskussion gebracht worden war, inzwischen auch von Menschen positiv aufgegriffen, die nicht am äussersten rechten Rand des politischen Spektrums stehen (dazu gehören ein Reservegeneral, der stellvertretende Verteidigungsminis-

ter und inzwischen auch ein Minister der Nationalreligiösen Partei). Und ich meine z.B. die Aussage des Knesseth-Abgeordneten R.Eitan (Thechia Partei), dass jeder Araber, der mit einem Messer angetroffen wird, sofort erschossen werden sollte.

2. Ihr habt gesagt, dass trotz der völlig unterschiedlichen Meinungen, mit denen Ihr in den Gesprächen konfrontiert worden seid, es doch ein Kontinuum gegeben hat, nämlich den Wunsch nach Frieden. - Für mich hat solch eine Aussage den gleichen Gehalt wie wenn jemand nach einem einwöchigen Besuch der Bundesrepublik sagt, er habe mit Gesprächspartnern von F.J.Strauss bis Th.Ebermann gesprochen und als Kontinuum festgestellt, dass alle Frieden wollten.
Ich bin - um Missverständnisse zu vermeiden - nicht dafür, jemandem den Wunsch und den Willen zum Frieden abzusprechen, aber ein Streit darüber, ob und dass bestimmte Wege zu Gewalt und zu Krieg führen, halte ich für dringend notwendig.

3. Otto Schily hat nach meiner Erinnerung während der Pressekonferenz an zwei Stellen gesagt, dass man bei der Benutzung des Begriffes "Palästina" sehen müsse, dass historisch zu diesem Gebiet "Palästina" auch das heutige Jordanien gezählt habe. Trotzdem dies so ist, frage ich mich, wozu dies gesagt wird. Ist Euch nicht bekannt, dass auf den genannten Sachverhalt besonders von der politischen Rechten in Israel hingewiesen wird, die daraus die Forderung ableitet, Jordanien sei der bereits bestehende palästinensische Staat, in den die Palästinenser, die in einem eigenen Staat leben wollten, gehen sollten ? der ehemalige Verteidigungs- und heutige Industrie- und Handelsminister Scharon hat sogar mehrfach gefordert, Israel solle den Palästinensern beim Sturz von König Hussein behilflich sein).

4. Otto Schily sagte auch, er wolle nicht eine Pressekonferenz in Tel Aviv nutzen, um der Bundesregierung am Zeug zu flicken. Ist das Eurer Meinung nach wirklich alles, was Ihr auf die Frage danach, was an der Politik einer Bundesregierung, der die "Grünen" angehören würden, bezüglich Israel anders wäre, zu sagen habt ? Hätte es nicht wenigstens einen ablehnenden Hinweis auf Waffenexporte in den Nahen Osten und den Aspekt militärische Zusammenarbeit geben können ? - Vielleicht wäre auch eine Bemerkung zur innenpolitischen Instrumentalisierung von Aussagen israelischer Politiker über das "neue Deutschland" (z.B.von der Aktuellen Stunde des Bundestages zum Thema "Antisemitismus in der Bundesrepublik" im Februar 86) angebracht gewesen.

5. Es sei gut, dass die Jugend beider Länder sich zusammensetze. Und ? Wäre dies nicht eine Gelegenheit gewesen, etwas dazu zu sagen, was bei diesem Prozess des Zusammensetzens notwendig ist, damit in der oft kurzen Zeit, die zur Verfügung steht, wirklich ein Kennenlernen und eine gewisse Auseinandersetzung mit Geschichte und Gegenwart stattfindet, anstatt dass man nur gemeinsam auf Erholungs-, Konsum- und Touristentrip geht und bestehende Vorurteile möglicherweise noch bestätigt werden.

6. Wäre es bei der Frage nach Mordechai Vanunun über den Hinweis der Nichteinmischung in ein schwebendes Verfahren hinaus nicht angebracht gewesen, dass das Verfahren an sich wegen der Frage des Zustandekommens problematisch ist (darüber werden die Richter selbst innerhalb eines Prozesses in einem sogenannten Mini-Prozess noch zu entscheiden haben) ?

7. Wäre nicht statt der allgemeinen Aussage dass Gespräche notwendig sind und dass diese weder durch die PLO noch von israelischer Seite unterbunden werden dürften, ein Hinweis auf das Verfahren gegen 4 Teilnehmer/innen der Gespräche mit PLO-Vertretern im Nov.86 in

Rumänien möglich gewesen (einer der vier hatte bei einem Besuch in der Bundesrepublik auch ein Gespräch mit Vertretern und Vertreterinnen der "Grünen" in Bonn).

Ich vermag weiterhin nicht nachzuvollziehen, wie sich (bei Otto Schily) seit Juni 1984 im Blick auf die Aussagen zur Situation in Israel eine solche Wandlung vollzogen hat. Damals sagte die Delegation auf einer Pressekonferenz (wenige Tage vor der letzten Wahl in Israel), dass die "Grünen" die "Progressive Friedensliste" und deren Positionen unterstützten.
Diesmal war dagegen die Zurückhaltung so gross, dass nicht einmal eine sehr allgemeine Aussage wie "wir fühlen uns dem Spektrum der Friedenskräfte in Israel verbunden" gemacht wurde.

Im Blick auf die palästinensische Seite hättet Ihr z.B. auf folgende Personen hinweisen können:
- Mubarak Awad - er ist Leiter des "Palestinian Center for the Study of Nonviolence", das zu gewaltfreiem Widerstand gegen die israelische Besatzung aufruft. Aufgrund einer Eingabe unter anderem von E. Haetzni (mit dem Ihr auch ein Gespräch hattet) soll ihm jetzt vom Innenministerium eine Verlängerung seines Visums (er ist zwar in Jerusalem geboren, hat aber die US-amerikanische Staatsbürgerschaft) verweigert werden.

- Faisal Husseini - er ist Leiter der "Arab Study Society" und wurde inzwischen zum zweitenmal in "administrative Haft" (dabei gibt es aus "Sicherheitsgründen" keinen Prozess) genommen. Husseini, dem vorgeworfen wird, für "el Fatah" in der Westbank u.a. Streiks organisiert zu haben, hatte sich in den letzten Monaten u.a.mehrere Male mit einem Delegierten der "Herut"-Partei von Ministerpräsident Schamir getroffen. Husseini ist inzwischen von "Amnesty International" als Gewissensgefangener adoptiert worden.

Schliesslich frage ich mich, ob die Betonung, dass man in erster Linie als Lernende und Zuhörende gekommen ist, es verbietet, wenigstens auf Positionen innerhalb des politischen Spektrums in Israel zu den zentralen Aspekten "besetzte Gebiete", "PLO" und "Internationale Nahostkonferenz" hinzuweisen, die einem einleuchtend erscheinen, als diese Punkte ganz auszuklammern.

Wenn es am Ende der Reise mit den vielen Gesprächspartnern völlige Verwirrung eingetreten sei, dann sei das Ziel der Reise erreicht, wurde eienr der Gesprächspartner zitiert. Das mag ein hilfreicher Gedankengang sein für Leute, die schon vor der Reise alles ganz genau wissen, was sie vorgeben, durch die Reise herausfinden zu wollen, wie die Delegation vor zweieinhalb Jahren. Aber kann und soll das etwa als allgemeine Maxime gelten ?
Otto Schily sagte, dass Ihr auf der Pressekonferenz versuchen wolltet, die Verwirrung in Grenzen zu halten. Für mich ging sie über die Grenzen hinaus (was nicht heisst, dass es keine Punkte gab, die ich sehr gut fand, wie z.B.die Hinweise auf die Entschädigungsfrage).

Macht es Euch nicht nachdenklich, wenn Euch ein Journalist während der Pressekonferenz sagt, dass es nach seinem Eindruck zwischen den im Bundestag vertretenen Parteien im Blick auf ihre Aussagen zu Israel kaum Differenzen gibt ? Den darauf folgenden Hinweis, dass in der Bundesrepublik die Stimmen, die vom "Selbstbestimmungsrecht für die Palästinenser" sprechen, nur von den "Grünen" kämen, kann ich nur als glatte Unkenntnis dieses Punktes verstehen.

Ich kann Waltraud Schoppe nur zustimmen, wenn sie im Blick auf die

Aufgaben der "Grünen" in der Bundesrepublik von der Notwendigkeit sprach, dass die "Grünen" als meinungsbildende Kraft in der Bundesrepublik ihr Verhältnis zu Israel klären müssten.

Ich hoffe sehr und wünsche Euch und den "Grünen" insgesamt, dass diese Diskussion (weiter) geführt wird, ohne dass die jeweiligen Positionen allein unter dem unseligen Realo-Fundi-Schema subsummiert werden (falls dies überhaupt noch möglich sein sollte).

Mit freundlichen Grüssen

(Jörn Böhme)

(48)

Ø B_U
Ø BHA

KLEINE ERMUTIGUNG

0-2

Der Landesvorstand der GRÜNEN Hessen fordert die Mehrheit der Bundestagsfraktion auf, die Abgeordneten Waltraud Schoppe, Otto Schily und Dietrich Wetzel gegen die bösartige und falsche Behauptung der Mehrheit des Bundesvorstandes, sie hätten in Israel grüne Positionen verraten zu unterstützen.
Es ist an der Zeit, daß die Verantwortlichen im Bundesvorstand den Beisitzer Jürgen Maier zum Rücktritt zwingen.
Der Bundesvorstand mußte in dieser Sache schon eine unwahre Erklärung widerrufen, hält jedoch weiterhin an seinem Verratsvorwurf fest. Wir sehen darin den Versuch des politischen Rufmordes.
Die Forderung der 3 Abgeordneten nach voller wechselseitiger Anerkennung der Konfliktparteien im Nahen Osten, also von Israelis und Palästinensern, ist eine genuine grüne Position, die wir rückhaltslos unterstützen.
Dagegen schade alle, die die Auflösung des Staates Israel fordern grüner Politik, nicht zuletzt deshalb weil wir GRÜNE uns der Schuld Deutscher in der Verfolgung und Ermordung von Millionen Jüdinnen und Juden Bewußt bleiben müssen.
Wir unterstützen die angegriffenen Bundestagsabgeordneten solidarisch. Wir wissen wie schwer Eure Arbeit und Eure Arbeitsbedingungen sind. Bitte setzt Euch weiter so ein. Im Interesse der überwältigen Mehrheit der Partei und unserer WählerInnen, wir sprechen Euch Mut zu. Arbeitet weiter so, auch wenn es manchmal schwer fällt: wir kennen das!

i.A. Margarete Wolf

(49)

Erklärung zum Palästina-Konflikt und zu einer grünen Israel-Reise

Der Hamburger Landesvorstand der GRÜNEN / GAL erklärt anläßlich der Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit dem Besuch einer Reisegruppe der grünen Bundestagsfraktion in Israel und bei israelischen Siedlern in der besetzten Westbank:

Die Hamburger GRÜNEN unterstützen weiterhin

- die Aufforderung an den israelischen Staat, jegliche Annektions- und Siedlungspolitik in den 1967 besetzten Gebieten einzustellen, und diese Gebiete vollständig wieder freizugeben;

- das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung, was das Recht auf Bildung eines eigenen unabhängigen Staates in den derzeit von Israel besetzten palästinensischen Gebieten einschließt;

- einen jüdisch-palästinensischen Dialog, der auf der Basis der gegenseitigen Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts ein friedliches und frei bestimmtes Zusammenleben des jüdischen und des palästinensischen Volkes anstrebt;

- das Zustandekommen einer Internationalen Friedenskonferenz zur Lösung des Palästina-Konflikts, deren Hauptteilnehmer die im Konflikt stehenden Parteien Israel und die PLO sein müssen, und zu deren Gelingen die Teilnahme der arabischen Staaten nötig ist, die eine gemeinsame Grenze mit Israel haben, sowie auch eine Beteiligung der Staaten des UN-Sicherheitsrates zu einer Lösung helfen kann.

Die Hamburger GRÜNEN sind der Auffassung, daß diese Überzeugungen und Forderungen kein diplomatisches Spielmaterial sind, dessen man sich nur bedient, wenn die Gesprächspartner vermutlich ohnehin die gleiche Ansicht vertreten.

Die Äußerungen und einige Vorkommnisse, die vom Besuch einer Reisegruppe der grünen Bundestagsfraktion in Israel und bei israelischen Siedlern in der besetzten Westbank bekannt geworden sind, stehen zu dieser Auffassung leider im Gegensatz.

Der Hamburger Landesvorstand der GRÜNEN / GAL hält es deswegen für umso dringlicher, daß die schon lange geplante Konferenz zur Information und Diskussion über den Nahost-Konflikt, die bislang nur wegen der fehlenden Unterstützungsbereitschaft durch die grüne Bundestagsfraktion noch nicht zustande kommen konnte, endlich durchgeführt wird.

Der Hamburger Landesvorstand bittet den Bundesvorstand, die Bundestagsfraktion, die grüne Fraktion im Europa-Parlament und alle anderen damit befaßten Gremien der Bundespartei, die nötige Unterstützung zur Durchführung dieser Konferenz zur Verfügung zu stellen.

Hamburg, 17.11.87 Landesvorstand Hamburg DIE GRÜNEN / GAL

(50) AIB 7/87

Jutta Oesterle-Schwerin (GRÜNEN-MdB)

Worum geht es den GRÜNEN: um Palästina oder die Palästinenser/innen?

Dies ist eine Antwort aus den eigenen Reihen auf den Artikel von Ellen Olms in AIB 6/1987, verfaßt von Jutta Oesterle-Schwerin, MdB – DIE GRÜNEN. Zur Person: Jutta Oesterle-Schwerin wurde 1941 in Jerusalem geboren und lebte bis 1961 in Israel. Dort war sie Mitglied in der Jugendorganisation der MAPAM und in der kommunistischen Jugendorganisation (abwechselnd). Seit 1962 lebt sie in der Bundesrepublik Deutschland. Politische Entwicklung: Ostermarschbewegung, SDS, SPD, GRÜNE. Seit 1975 ist sie in der Frauenbewegung aktiv. Sie hat die deutsche und israelische Staatsangehörigkeit.

Der Artikel von Ellen Olms enthält eine ganz wesentliche Einsicht, aber auch einige Widersprüche. Sie kommt einerseits zu der Auffassung, daß ein palästinensischer Ministaat an den Seiten Israels in den 1967 von Israel besetzten Gebieten (Westbank, Gazastreifen und Ostjerusalem) nicht dazu in der Lage ist, die Probleme von 4,2 Mio Palästinensern und Palästinenserinnen zu lösen.
Mit dieser Erkenntnis, die ich auf einen Artikel im „Arbeiterkampf" vom 6.4.1987 und auf ein Diskussionspapier von mir vom Mai dieses Jahres zurückführe (Palästinapapier vom Mai 1987 zu beziehen im Büro Oesterle-Schwerin, Bonn, Bundeshaus, Tel. 0228/ 16-9140), stellt sie sich nicht nur gegen die von ihr selbst erhobene Forderung nach dem „Palästina an der Seite Israels" (die in einer Sitzung der GRÜNEN-Bundestagsfraktion Anfang dieses Jahres auch noch von mir unterstützt wurde), sondern auch gegen die immer noch gültige Forderung der PLO nach eben diesem Staat.
Seit einiger Zeit wissen wir es also: ein zweigeteiltes Palästina mit Ostjerusalem als Hauptstadt ist zu klein, um die Probleme der Menschen in deren Namen es gefordert wird, zu lösen. Dieser Staat, der zu den 2,2 Mio jetzigen Einwohnern des Gebietes noch zusätzlich ca. 2 Mio Flüchtlinge aufnehmen müßte, würde zum Armenhaus des Nahen Ostens werden. Dadurch käme es zwangsläufig zu neuen Gebietsansprüchen und zu neuen Auseinandersetzungen, nicht aber zu Frieden in diesem Gebiet.

Obwohl E.O. die Unmöglichkeit dieses Staates erkennt, schreibt sie an zwei anderen Stellen ihres Artikels folgendes: „Dieselben Gründe, die uns heute zur Anerkennung des Staates Israel bewegen, könnten uns morgen dazu veranlassen, vom Recht des palästinensischen Volkes auf Eigenstaatlichkeit überhaupt Abstand zu nehmen" und „die Distanzierung vom palästinensischen Recht auf Selbstbestimmung kann in dieser Situation nur bedeuten, das palästinensische Volk zur Vernichtung freizugeben".
Darum geht es aber gar nicht. Den Palästinensern und den Palästinenserinnen, die unter unmenschlichen Bedingungen in Lagern leben, geht es nicht um „Eigenstaatlichkeit", sondern um ein menschenwürdiges Leben. Die Frage ist, ob „Selbstbestimmung" wirklich nur „Eigenstaatlichkeit" bedeuten kann, oder ob es noch andere Wege aus der Misere gibt.
Für das Verhalten Israels in den besetzten Gebieten zählt E.O. drei Möglichkeiten auf:
1. Die vollständige juristische Annexion der besetzten Gebiete, die jedoch die Unterstellung der Palästinenser und Palästinenserinnen unter die israelische Gesetzgebung beinhalten müßte, inklusiv des Wahlrechtes usw.
2. Die Vertreibung der Palästinenser und Palästinenserinnen aus den besetzten Gebieten.
3. Die Errichtung von Apartheidstrukturen, die die Palästinenser und Palästinenserinnen zu einem Dasein von Bürgern zweiter Klasse verdammen.

Warum vergißt sie die einzig richtige vierte Möglichkeit, nämlich den sofortigen Abzug aus allen 1967 besetzten Gebieten, einschließlich Ostjerusalems? Diese Forderung an Israel dürfen die GRÜNEN auf keinen Fall aufgeben.
Wenn ich „Israel" sage, dann meine ich den Staat in den Grenzen von 1948. Und zwar deswegen, weil diese Grenzen das Ergebnis eines Krieges sind, der durch die zionistischen Führer einerseits und durch die arabischen Staaten andererseits verschuldet wurde. Beide Seiten hatten auf die Teilungserklärung der UNO von 1947 – die in der Tat für alle Seiten unzumutbar war – keine bessere Antwort, als ihre Völker gegeneinander in den Krieg zu hetzen. Und von beiden Völkern kam kein nennenswerter Widerstand dagegen. Durch diesen Krieg sind Tatsachen geschaffen worden, die nicht rückgängig gemacht werden können, ohne einen neuen Krieg heraufzubeschwören.
Die Gebiete, die 1967 von Israel erobert wurden, müssen hingegen sofort an die Staaten zurückgegeben werden, zu denen sie früher gehörten. Die Menschen, die sich nach 1967 in den besetzten Gebieten angesiedelt haben, können ohne weiteres wieder in Israel eingegliedert werden. Bei ihnen handelt es sich, im Gegensatz zu den Menschen, die nach 1948 in Israel eingewandert sind, nicht um Flüchtlinge, sondern um Leute, die sich aus ideologischen Gründen auf Geheiß ihrer rechtsradikalen Organisationen dort niedergelassen haben. Sie haben keinen Anspruch darauf, dort zu bleiben.

Die richtige Antwort auf die Situation der Palästinenserinnen und Palästinenser, die richtige Antwort auf die Tatsache, daß sie in Lagern leben und ausgehungert werden, ist jedoch nicht die Gründung eines neuen Staates. Genauso wenig wie die richtige Antwort auf die Judenverfolgung die Gründung eines jüdischen Staates war. Denn durch die Gründung von Staaten wird die Welt nicht größer, wird die Unterdrückung von Menschen untereinander nicht aufgehoben, wird die Armut nicht abgeschafft, die Frauendiskriminierung nicht beendet und werden Kriege nicht vermieden.
Das Problem kann meiner Meinung nach nur dadurch gelöst werden, daß den palästinensischen Flüchtlingen ein Niederlassungsrecht mit Eingliederungshilfen und vollen Bürgerrechten im ganzen Nahen Osten, einschließlich Israel, gewährt wird.

Die seit 40 Jahren andauernde Unterdrückung und Diskriminierung der Palästinenserinnen und Palästinenser, die in Israel leben, muß endlich beendet werden! Palästinenserinnen und Palästinenser, die Häuser oder Eigentum verloren haben, müssen großzügig entschädigt werden. Die finanziellen Mittel, die dafür erforderlich sind, müssen außer von Israel von denjenigen Staaten aufgebracht werden, die bis heute an diesem Krieg verdient oder ihr politisches Süppchen auf seinen Flammen gekocht haben. Stellvertretend nenne ich Großbritannien, die USA, die Sowjetunion und die Bundesrepublik Deutschland.

Natürlich gelten die Forderungen, die wir für Ausländer und Flüchtlinge stellen, die in der Bundesrepublik leben wollen, auch für Palästinenserinnen und Palästinenser. Es ist möglich und wird notwendig sein, eine große Anzahl von Palästinensern und Palästinenserinnen, die heute in Lagern leben, hier aufzunehmen. Eine unpopuläre, aber sehr humane und daher den GRÜNEN angemessene Forderung wäre es, ein Kontingent von meinetwegen 100.000 Flüchtlingen (über die Zahl läßt sich streiten) hier aufzunehmen.
Einem Bericht von Petra Groll aus dem Libanon (TAZ, 9.7.87) zufolge, kann man mit solchen Forderungen allerdings keine Freunde unter den Führern der PLO gewinnen. Kein Wunder: Denn ein Volk, das den Anspruch auf einen Nationalstaat aufgibt, wird auf die Dauer auch keine nationalen Führer mehr brauchen.

Den Palästinensern und Palästinenserinnen würde die Erfüllung dieser Forderungen allerdings wesentlich mehr Selbstbestimmung und Freiheit ermöglichen, als das Leben in dem von der PLO geforderten zweigeteilten Ministaat.
Eine Nahostkonferenz halte ich nur dann für sinnvoll, wenn eine ausreichende Zahl der daran beteiligten Staaten bereit wäre, Lösungen mitzutragen, die dazu geeignet sind, die Menschen aus den Lagern zu holen – und zwar schnell.

Grüne Innenpolitik vor levantinischen Kulissen

Israels Reaktionen auf den Besuch der Grünen: Anerkennung für ideologische Bescheidenheit / Zum „Etikettenschwindel" wird die Reise erst im nachhinein, wenn Teile der Fraktion Israel moralische Leviten lesen / Aus Jerusalem eine kritische Betrachtung von Henryk M. Broder

Die Reise einer Grünen-Delegation nach Israel hat zu empörten Protesten und Distanzierungen geführt — nicht in Israel, wo die deutschen Grünen freundlich bis herzlich empfangen wurden, sondern in der deutschen Heimat, bei den eigenen Freunden, die sich hintergangen und verraten fühlten. Der Bundesvorstand der Grünen hat am 27. Oktober eine „Klarstellung" veröffentlicht, in der es u.a. heißt: „Die Israel-Reise Schilys und Schoppes und die dort vertretenen Positionen entsprechen nicht der Internationalismus- und Nahost-Politik der Partei 'Die Grünen'. Es ist unzutreffend, wenn Schily und Schoppe ihre privaten Positionen als Positionen der Grünen ausgeben. Dies zeugt zudem von einem merkwürdigen Demokratieverständnis. Schily und Schoppe haben die Politik der Grünen falsch und verzerrt dargestellt und die Grünen und deren Beziehung zur israelischen Position wie auch zu den Palästinensern einer schweren Belastung ausgesetzt..."

Für Israel unerheblich

Diese Klarstellung verdient es, so ernst genommen zu werden, wie sie gemeint ist. Demnach kann angenommen werden, daß Schily, Schoppe und Wetzel (der vom Bundesvorstand übersehen wurde) in der Tat in Israel ihre „privaten Positionen" vertreten haben, die erheblich von der offiziellen Linie der Partei abweichen. Israelische Hoffnungen, die Grünen hätten ihre Haltung in Israel geändert, können damit als wishful thinking zu den Akten gelegt werden. Was die „Klarstellung" an sachlichen Unrichtigkeiten enthält, wird von den Betroffenen zurechtgerückt werden. Schily, Schoppe und Wetzel werden sicher erklären, wenn sie es nicht schon getan haben, sie hätten sich nicht nur „mit den rechtsradikalen Siedlern von Gusch Emunim" getroffen, wie es ihnen der Bundesvorstand zum Vorwurf macht, sondern auch mit Vertretern von „Peace now", was die „Klarstellung" unterschlägt, daß also die Informationstour ein weites politisches Spektrum umfaßte, wozu selbstverständlich auch Gespräche mit PLO-nahen Palästinensern gehörten. Sie werden sicher auch auf den Vorwurf reagieren, sie hätten „jegliche kritische Distanz zur israelischen Regierungspolitik vermissen" lassen und ihre eigenen kritischen Bemerkungen anführen. Die Frage: „Wie stehst du zu Israel, Genosse?" wird die Grünen ebenso beschäftigen wie die Frage: „Wie stehst du zu den Juden, Kamerad?", die die politische Avantgarde Deutschlands vor hundert Jahren beschäftigt hat. Man darf dabei nur eine Tatsache nicht aus dem Auge verlieren: Die Entschließungen und Beschlüsse der deutschen Grünen zum Nahostkonflikt sind für die Bewertung und Lösung desselben von ähnlicher Relevanz wie die Speisekarte der Bundestagskantine für die Kursentwicklung an der New Yorker Börse. Oder noch einfacher: Was die Grünen in bezug auf den Nahen Osten tun oder lassen, ist völlig wurscht, ob sie nun das Existenzrecht Israels garantieren oder die Errichtung eines palästinensischen Staates fordern — sie machen in jedem Falle deutsche Innenpolitik vor levantinischen Kulissen, nicht mehr und nicht weniger.

Sympathie für „authentische Nachkriegspartei"

Das israelische Interesse an der Nahostpolitik der Grünen resultiert nicht aus der Erwartung, die Grünen würden irgendeinen Beitrag zur Beilegung des Konflikts leisten. Es gilt den Grünen als New-Comern auf der deutschen Polit-Bühne. „Aus israelischer Sicht sind die Grünen die wohl interessanteste politische Organisation in der Bundesrepublik. Dies ist die erste authentische deutsche Nachkriegspartei. Die Grünen organisierten sich und entstanden aus einer echten und wahren Protestwelle, die sich u.a. auch gegen die Versuche richtete, die Vergangenheit in Vergessenheit zu bringen", schreibt die Tageszeitung 'Ha'aretz' (vergleichbar der 'Süddeutschen Zeitung') zum Besuch der Grünen. Die grünen Stellungnahmen zur deutschen Vergangenheit, zur Nicht-Entschädigung der Zwangsarbeiter, zum Umgang mit Minderheiten in Deutschland wurden in Israel aufmerksam registriert und brachten den Urhebern Sympathie und einen moralischen Bonus ein. Die Erklärung von Waltraud Schoppe, sie habe bisher die existenziellen Bedrohungen, denen sich Israel gegenübersieht, nicht richtig eingeschätzt, das anerkennungsvolle Staunen von Otto Schily, wie grün Israel sei und wie viele Wälder es im Lande gäbe [*so daß uns Waltraud vor lauter Bäumen.... — d. K.*], verführten etliche Kommentatoren zu voreiligen Schlüssen: „Die positive Haltung der Grünen gegenüber Israel, die in der Vergangenheit äußerst feindlich zu nennen war, muß positiv vermerkt werden, schrieb 'Davar', die Tageszeitung der Gewerkschaften und nahm es hin, daß die Grünen ihr Lob für Israel immer mit der Forderung „des Rechts der Palästinenser auf Selbstbestimmung in einem eigenen Staat" verbanden. Wenn die grüne Delegation also einen positiven Eindruck in Israel hinterlassen hat, dann nicht weil sie, wie es der grüne Bundesvorstand behauptet, kritiklos israelische Positionen übernahm, sondern weil die drei Grünen sich Mühe gaben, nicht als Lehrmeister aufzutreten, wie es deutsche Politiker im Ausland, von links bis rechts, mit Vorliebe tun. Sie haben sich umgesehen, mit Israelis und Palästinensern gesprochen und die Erkenntnis mitgenommen, daß die Dinge ein wenig komplizierter und vielschichtiger sind, als sie in den Resolutionen dargestellt werden.

Dies ist an sich nichts, wofür die Grünen gelobt werden müßten, eher eine Selbstverständlichkeit. Nur muß man bei den Grünen gelegentlich auch für Selbstverständlichkeiten dankbar sein. Schließlich hat eine grüne Delegation vor knapp zwei Jahren den Nahen Osten bereist und eine Schlußerklärung, in der Israel verurteilt wurde, bereits vor Antritt der Reise fertig formuliert. Es kam dann nur noch darauf an, die vorgefundene Realität der mitgebrachten Theorie anzupassen, was den Reisenden mühelos gelang. Schily, Schoppe und Wetzel haben sich nun in den Augen ihrer Parteifreunde eines furchtbaren Verbrechens schuldig gemacht: Sie sind nicht mit einer vorgefaßten Meinung nach Israel gefahren. Wenn ihnen nun vom Bundesvorstand vorgehalten wird, sie würden „politischen Etikettenschwindel" betreiben, indem sie „ihre Privatpositionen als Parteipositionen ausgeben", dann ist die Frage angebracht, wie dann die wirklichen Parteipositionen aussehen und von welchen Grünen sie authentisch vertreten werden.

Doppelbödige Moral

Es gibt in der grünen Fraktion einige "Papers", die als Diskussionsmaterial zur „Palästinadebatte" in Umlauf gebracht worden sind. Wer immer sehen möchte, mit was für einem Schwung sich Kleingärtner zu Großagrariern aufwerfen, der sollte diese Papiere studieren. „Als Anti-Atom-

Partei wie politische Formation, die sich den Zielen Abrüstung und Entspannung verschrieben hat, können die Grünen zu der Entwicklung in der Region nicht schweigen", heißt es in einem Papier der Abgeordneten Olms und Stratmann. Mit „Region" ist der Nahe Osten gemeint, speziell „Palästina", ein Landstrich, dem die ungeteilte Aufmerksamkeit der Grünen gilt, nachdem die heimatlichen Gefilde erfolgreich befriedet worden sind, die Pershings und die SS 20 verschrottet wurden und die Bundeswehr der Heilsarmee einverleibt wurde. Und weil die Grünen zu der Entwicklung in der „Region" nicht schweigen können, sind sie angetreten, „die Verantwortung Israels für das Wettrüsten in der Region anzuprangern; was den Schluß nahelegt, daß die anderen Staaten in der Region allein deswegen noch bewaffnete Truppen unterhalten, weil Israel nicht abgerüstet hat. Aber damit hat es sich noch nicht. Israel hat auch die Bundesrepublik ins Atom-Komplott verwickelt, woraus die Abgeordneten Olms und

Stratmann das Verdikt ableiten: „Die militärische Zusammenarbeit mit dem NS-Nachfolgestaat ist sicherlich eines der dunkelsten Kapitel der israelischen Politik."

Der ganze Charme dieser Feststellung erschließt sich dem Leser erst beim zweiten Nachlesen. Abgeordnete des deutschen Bundestages, die dem NS-Nachfolgestaat dienen und von seinen Leistungen profitieren, die sich von eben diesem Staat unterhalten lassen, ohne an Gewissensbissen zu leiden, daß es sich um den NS-Nachfolgestaat handelt, finden es moralisch schwer erträglich, daß ausgerechnet Israel sich auf eine wie auch immer geartete Zusammenarbeit mit diesem Staat einläßt. [*Genau, und ich bin ein mieser kleiner, loyaler Kollaborateur des sich weltweit gebärdenden Monopolkapitals, weil ich mich nicht traue, schwarzzufahren — d.K.*) Die Juden, als Opfer vom Dienst zu einer besonderen Moral verpflichtet, sollen jene Enthaltsamkeit leisten, die deutschen Abgeordneten nie in den Sinn käme. Wobei das alte Haftungsprinzip, das schon immer die Philosophie des Antisemitismus konstituiert hat, wieder zum Einsatz kommt: Einer für alle und alle für einen: „Jeder militärische Angriff Israels, jedes israelische Drehen an der Rüstungsspirale, jedes Vergehen am palästinensischen Volk ist in Wahrheit eine politische und moralische Niederlage für das jüdische Volk..." Hier wird nicht einmal mehr der kosmetische Versuch unternommen, zwischen Juden und Israelis zu unterscheiden. Für die Taten und Untaten der Israelis sind Schlichtweg alle Juden kollektiv verantwortlich, und das sowohl moralisch wie politisch. Mit dieser Begründung kann praktisch jeder Jude zur Verantwortung für Israels Politik gezogen, kann jeder Überfall auf einen jüdischen Kindergarten, eine Schule, eine Synagoge gerechtfertigt werden. Von den vielen Reaktionen auf die „Diskussionsvorstöße in der Grüninternen/Fraktionsinternen Palästinadebatte" ermutigt, hat die Abgeordnete Olms zusammen mit dem Fraktionsmitarbeiter Schulze-Marmeling im September ein weiteres Papier vorgelegt, das sich mit „Selbstbestimmungsrecht und Nationalstaat" einerseits und den „palästinensischen Ambitionen" auf einen eigenen Staat andererseits beschäftigt. In diesem Papier werden einige durchaus kluge und nachdenkenswerte Fragen gestellt, z.B. die: „Warum müssen eigentlich Palästinenser für deutsche Verbrechen büßen, nicht aber die Hitler-Generation und ihre Sprößlinge? Warum gibt es eigentlich — den deutschen Verbrechen zum Trotze — einen Staat mit dem Namen Bundesrepublik Deutschland, nicht aber einen palästinensischen Staat?"

Palästina an der Waterkant?

Gut gefragt, in der Tat. Statt aber einen Schritt weiter zu gehen, die Auflösung der Bundesrepublik zu fordern und Schleswig-Holstein oder Hessen den Palästinensern als eine Art territoriale „Wiedergutmachung" anzubieten (nachdem die Juden, wie es deren Verständnis von Schadensregelung entspricht, mit Geld wiedergutgemacht worden sind), bewegen sich Olms und Schulze-Marmeling in eine ganz andere Richtung. Sie diskutieren, ganz im Ernst und ohne zu erröten, die Möglichkeit der „Auflösung des Staates Israel"; das liest sich dann so: „Der palästinensische Staat existiert ja noch gar nicht. Die Palästinenser zur Aufgabe ihrer nationalstaatlichen Aspirationen zu bewegen, ohne zuvor, zumindest aber gleichzeitig die Auflösung des Staates Israel zu fordern, läuft darauf hinaus, sich der normativen Kraft des Faktischen zu unterwerfen...Der Palästinenserstaat ist bislang eine pure Fiktion, im übrigen...eine Idee, die nur deshalb entstehen konnte, weil Israel an einem jüdischen Nationalstaat festhält und einen säkularen — nichtreligiösen und nichtnationalen — Staat im Nahen Osten ablehnt. Wenn heute nur noch von einem palästinensischen Nationalstaat die Rede ist, so ist dies also israelischer Intransigenz geschuldet. Möglicherweise ist das Problem der Palästinenser tatsächlich dadurch zu lösen, daß der israelische Nationalstaat — mit all seinen repressiven und expansiven Tendenzen — sich auflöst. Merkwürdigerweise wird dies indes nicht thematisiert..."

Das Bemerkenswerte an diesem Papier ist nicht nur sein Inhalt, sondern vor allem die Attitüde, mit der es vorgetragen wird. Da plaudern zwei Nachwuchspolitiker über die Möglichkeit, einen Staat zu gründen und die Notwendigkeit, einen anderen aufzulösen, als ginge es darum, Gesellschaften ins Handelsregister einzutragen oder die Einträge wieder zu löschen. Wobei die Frage der Selbstbestimmung, die für die Palästinenser so zentral ist, für die Israelis offenbar nicht gilt. Es könnte doch immerhin sein, daß die Juden an der Planung ihrer nationalen Zukunft auch beteiligt werden, ein wenig mitreden möchten. Seltsam, daß allein Olms und Dietrich Schulze-Marmeling auf diesen Gedanken nicht kommen, wo sie doch mit dem Problem der Selbstbestimmung von ethnischen Einheiten tagtäglich im „Arbeitskreis Dritte Welt" zu tun haben. Was noch niemand thematisiert hat, wird nun von Olms und Schulze-Marmeling mutig vorgetragen. Es gäbe nur zwei Wege, das Nahostproblem zu lösen: „entweder die Auflösung des Staates, der bereits existiert oder die Gründung eines weiteren Separatstaates durch die unterdrückte, ausgegrenzte Population." Da Israel die zweite Lösung nicht zuläßt, bliebe nur die erste übrig. Wenn schon die Palästinenser keinen eigenen Staat haben, dann sollen die Juden auch keinen haben. Dies ist ein Gebot der Gerechtigkeit und der Ausgewogenheit.

Wo den Deutschen die Endlösung der Judenfrage nicht ganz gelungen ist, möchten es ein paar Funktionsträger des NS-Nachfolgestaates wenigstens mit einer Auflösung Israels versuchen. Das Begehren ist verständlich, es dürfte sich freilich kaum realisieren lassen. In jedem Falle sollte man dem Bundesvorstand der Grünen für die Klarstellung dankbar sein, daß Schily, Schoppe und Wetzel in Israel nur ihre privaten Positionen und nicht die Position der Partei vertreten haben. An der Integrität der Drei kann es keinen Zweifel geben [*Bei deiner bin ich mir da nicht so sicher; es gibt sicherlich vertretbare Formen von Provokationsjournalismus — dies hier sind nur dummdreiste Ableitungen mit dem Zweck, den latenten Antisemitismus in der BRD herbeizubestätigen. — d.K.*] Dennoch haben die Skeptiker recht behalten, deren Befürchtungen über den „Etikettenschwindel" nunmehr vom Bundesvorstand der Grünen bestätigt wurden.

Briefe von Leserinnen und Lesern

Henryk M. Broder

betr.: „Grüne Innenpolitik vor levantinischen Kulissen", taz vom 4.11.87

Als Antifaschist, der sich den hiesigen neofaschistischen Tendenzen konsequent entgegenstellte, hat sich Henry M. Broder hierzulande Meriten erworben. Hierfür gebührt ihm unsere Hochachtung. Trotz alledem.

(...) Vom Verdrehen von Aussagen über deren falsche Wiedergabe bis hin zum dreisten Erfinden von Schlagzeilen und Artikeln, nach denen mensch bis heute vergeblich in den Archiven fahndet; Broder schreckte und schreckt diesbezüglich vor nichts zurück, sofern der Zweck die Methode heiligt: Den Staat Israel von jeder Form einer Kritik, die den israelischen Militarismus, die israelische Menschenrechtsverletzungen, die Vertreibung der Palästinenser wie die Verweigerung eines palästinensischen Selbstbestimmungsrechtes thematisiert reinzuwaschen und die Linke als „neue Nazis" zu denunzieren. Des Beifalls der konservativen Rechten, der ehemaligen Mitläufer und Akteure des Nazi-Regimes, die auch beim nächsten Male wieder mit von der Partei sein würden, durfte und darf Broder dabei stets gewiß sein.

(...) Problematisch wird die Angelegenheit — eben weil wir uns als Antifaschisten verstehen — erst dann, wenn dadurch die Glaubwürdigkeit des Antifaschismus zur Disposition gestellt wird. Wie glaubwürdig ist ein Antifaschismus, der montags gegen die konservative Verwandtschaft des Faschismus rebelliert und Dienstag — gemäß dem Motto: der Zweck heiligt die Mittel — mit ihr paktiert? Vordergründig mag Broders Agieren dem Staate Israel nutzen. Den Juden, die in der BRD leben, schadet es hingegen nur, indem es faktisch diejenigen, die hierzulande gegen die neuen und alten Nazis und deren konservativer Verwandtschaft auftreten, mit diesen gleichsetzt und somit den ohnehin nur schwach ausgeprägten Antifaschismus neutralisiert. Wenn die Frage der Haltung zum Staate Israel und seiner Politik im Nahen Osten zum obersten Kriterium für die Glaubwürdigkeit des Antifaschismus erklärt wird, dann schneidet die hiesige konservative Rechte zweifelsohne besser ab. (...)

Die Frage, ob jemand ein Antifaschist ist oder nicht, entscheidet sich nicht primär im Nahen Osten. Sie entscheidet sich vielmehr an Konfliktpunkten wie dem Frankfurter Börneplatz. Auf welcher Seite stand dort die konservative Rechte, die den Autodidakten Broder ansonsten so gerne als Kronzeugen gegen die bundesrepublikanische Linke bemüht? (...) Ein Broder kann nicht so taub sein, um das erleichterte Ächzen der biologischen Väter, die ansonsten auf Ernst Nolte schwören, bis nach Israel zu vernehmen.

Ellen Olms, Dietrich Schulze-Marmeling, Bonn

★

(...) An die Reise anschließende Pressemeldungen und Presseerklärungen des Grünen Bundesvorstandes und der Jüdischen Friedensinitiative taten sich Pressefeldzüge und verleumderische Angriffe auf Amos Wollin — israelischer taz-Korrespondent —, BuVo-Mitglied Jürgen Maier in Klaus Hartungs taz-Interview und indirekt gegen mich in Henryk M. Broders taz-Essay, wie als „bestellte" Abgründe auf, mit „bösen Folgen", wie Waltraud Schoppe mich persönlich vorwarnte.

Aber die Technik der Verfälschung Grüner Positionspapiere, wie zum Beispiel H. Broders, beruht auf folgender Ebene: das von ihm kritisierte Papier der Abgeordneten Olms und Stratmann ist *nicht* von diesen Abgeordneten verfaßt, sondern von deren MitarbeiterIn Dietrich S. Marmeling und Gina Düllmann. Diese haben das Papier auch mit ihren Namen unterschrieben. Broder unterschlägt das ganz einfach und überhaupt den Inhalt dieses Papieres; die Begründung für eine Vanunu-Solidarität in der Grünen Fraktion und den wichtigen Satz: „Dabei sind auch wir der Auffassung, daß es unter allen Umständen zu verhindern gilt, daß ein Engagement in Sachen Vanunu zum Tribunal gegen Israel gerät."

Diese Mentalität Broders kenne ich inzwischen zur Genüge aus der herrschenden Gesellschaft in Israel und der Jüdischen Gemeinde weltweit: Linke, selbst Juden und Israelis, dürfen nicht kritisch gegenüber der israelischen Regierung sein und gegen den Libanon-Krieg, Annexion der besetzten Gebiete und militärische wie nukleare Rüstung protestieren wie sonst anderswo! Aber Israel kann nicht mit einem doppelten System weiterbestehen: militärische Diktatur für Palästinenser und demokratischer Staat für Juden. Hier besteht gerade unsere Aufgabe als freie und verantwortungsbewußte Menschen, sich für die politische *Wahrheit* und *Gerechtigkeit* entschlossen einzusetzen.

Somit wäre es wünschenswert, daß wir in einer *sachlich* geführten Diskussion zu einer möglichst gemeinsamen Position in dieser Sache kämen, damit wir als Grüne nicht Politik auf dem Rücken der Menschen machen, die tagtäglich unter den Verhältnissen im Nahen Osten zuleiden haben — sei es durch ihren Einsatz für Verständigung und Frieden oder weil sie als Palästinenser geboren sind.

Gina M. Düllmann, Bonn 1

Grüne in Israel

(...) Wenn rassistische, rechtsradikale, diktatorische Zeitungen die Linke loben, oder wie hier israelische regimetreue Zeitungen die Grünen lobend erwähnen, dann frage ich mich doch, was ist da falsch gelaufen? Israelisches Taktieren? Oder Grüne Strategie? Schily hatte in der Fraktionssitzung die Qualität seiner Aussagen auf den Nenner gebracht, als er sagte, er habe dort die Probleme „von israelischer Seite" gesehen; das ist ja nun wirklich das letzte: man kann hinsichtlich humanitärer, freiheitlicher, demokratischer Gesichtspunkte eine Siedlungspolitik, Annexionismus, auch Rassismus und Folter interpretieren, aber nicht von der Warte einer Regierungspolitik, die eben dieses negative Gesicht trägt: Israel. Ich anerkenne, daß Palästina-Reisen eine diffizile Sache ist, — obwohl es auch dort keine „zwei Sensibilitäten" oder „zwei Gerechtigkeiten" gibt, sondern nur eine! — wohl aber, weil es für so Manche/n unmöglich scheint, eindeutige Stellung einzunehmen mangels der Erkenntnis, wie sie mit der Differenzierung „jüdischer homo sapiens" und „israelisch-zionistisches Regime" umgehen sollen. (...)

Und trotzdem habe ich mich nach langem heftigen Ringen entschlossen, die Sch.Sch.W.-Position nicht mit purer Verachtung abzurteilen oder als Verrätertum zu qualifizieren, denn ich bin zu der Einsicht gelangt, daß Meinungsstreit und Auseinandersetzung nur dann einen Sinn haben, wenn ein Minimalkonsens angestrebt, ansonsten unterschiedliche Bewertungen nicht durch Ausgrenzung und Spaltung zum Nachteil oder Tod der Partei führen, desweiteren positive Schritte unternommen werden; das Fazit daraus ziehen, wie weitergearbeitet werden muß, muß jede/r für sich selbst entscheiden: in diesem Beispiel durch expansive Unterstützung von Befreiungsbewegungen und -organisationen, individuelles oder kooperatives radikales Engagement in Sachen Recht auf Frieden, Selbstbestimmung und Eigenstaatlichkeit des palästinensischen Volkes, vor allem: Eigeninitiative ergreifen! (...)

Elisabeth Simon, Arbeitskreis Biberacher Flüchtlingshilfe, Biberach

taz 26-11-87

(54)

Beschluß Kreisversammlung der GRÜNEN FRANKFURT 1.12.87

1. Die GRÜNEN FRANKFURT unterstützen entschieden den Beschluß der Bundestagsfraktin vom 6. Oktober 1987 zur Nahostpolitik (vgl. unten).
Dieser Beschluß formuliert als Hauptziel aller politischen Bemühungen die "volle wechselseitige Anerkennung der Konfliktparteien, also von Israelis und Palestinensern". Er setzt sich für das Existenzrecht Israels in den Grenzen von 1967 ebenso ein wie für das Selbstbestimmungsrecht der Palestinenser und deren Anspruch auf einen eigenen Staat sowie für eine Nahost- Friedenskonferenz unter Beteiligung der Palestinensichen Befreiungsorganisation PLO.

2. Die GRÜNEN FRANKFURT kritisieren die Vernachlässigung der geschichtlichen Dimension des Palästina-Konfliktes, der deutschen Schuld am Holocaust und seiner Bedeutung für die Staatsgründung Israels, die in den Äußerungen einiger GRÜNER zum Ausdruck kommt. Wir halten eine Auffassung, die den Staat Israel lediglich als von den USA gestützte "Marionette" im weltweiten Ränkespiel des Antikommunismus ansieht, für abwegig und unverantwortlich. Sie basiert auf einem abstrakten Mythos vom "antiimperialistischen Befreiungskrieg,", den wir nach den Erfahrungen der Kriege in Vietnam, Kambodscha, Afghanistan und anderswo nicht mehr zu teilen in der Lage sind.Das konkrete Leiden der in den Krieg verwickelten Menschen wird in dieser ideologischen Weltsicht zum bloßen "Mittel" entmenschlicht, die Suche nach friedlichen Lösungen bleibt auf der Strecke oder wird gar als "Verrat" denunziert.
Die aus einer solchen Weltsicht folgende einseitige und den Charakter des Palästina-Konfliktes völlig verkennende Parteinahme für "die PLO" wiederholt in Wahrheit lediglich eine von der PLO selbst längst aufgegebene Position: Bildung eines einheitlichen Staates von Juden und Palästinensern, Auflösung des Staates Israel.
Während die PLO selbst inzwischen bereit ist, in einen Prozeß wechselseitiger Ankerkennung zwischen Israelis und Palestinensern einzutreten und eine Lösung in Gestalt zweier Staaten in Palästina zu suchen, soll demnach versucht werden, die GRÜNEN als Stellvertreter einer imaginären "reinen Linie" des Antiimperialismus einzusetzen. Wir weisen diese Position schärfstens zurück. Ihre Durchsetzung könnte nur militärisch erfolgen, wäre daher mit weiterem Blutvergießen auf beiden Seiten verbunden und birgt schließlich die Gefahr eines neuen Holocaust für die Juden in Israel in sich. Sie ist

eine absurde Zumutung an eine pazifistische Partei.

3. Die GRÜNEN FRANKFURT kritisieren den Bundesvorstand der GRÜNEN

nachdem die Berichte aus Israel diese verurteilung nicht bestätigten, wurde sie in einer Presseerklärung nochmals wiederholt, für deren Verdrehungen und Halbwahrheiten sich ein Vorstandssprecher schließlich öffentlich entschuldigen mußte.
Das sektiererische Gebaren dieer Erklärungen erinnert uns übel an die Kommuniques aus den Zeiten sich marxistisch-leninistisch nennender Kadersekten. In einer GRÜNEN Partei hat dergleichen nichts verloren.

4. Die GRÜNEN FRANKFURT fordern den Bundesvorstand auf, diese Erklärungen zurückzunehmen.
Sie fordern die Bundestagsfraktion auf, den "Verratsvorwurf" des Bundesvorstands gegen Waltraud Schoppe, Dietrich Wetzel und Otto Schily mit aller Deutlichkeit zurückzuweisen und den erfolgreichen Ansatz einer GRÜNEN Außenpolitik im Nahen Osten in personeller Kontinuität mit einer Informationsreise im nächsten Frühjahr in die arabischen Länder fortzuführen.

Wir werden nicht tatenlos zusehen, wenn gezielt Personen als "Verräter" denunziert und aus der Partei herausgeekelt werden sollen. Wir versichern unser Mitglied Dietrich Wetzel ebenso wie Waltraud Schoppe und Otto Schily unserer aktiven Solidarität.

Beschluß des Landesausschusses der GRÜNEN BADENWÜRTTEMBERG vom 14./15. März 1987 in Singen

55

Sofortige Hilfe für die palästinensischen Flüchtlinge im Libanon

Die Welt interessiert sich nur für das Schicksal der ausländischen Geiseln und hat für die Tragödie in den Palästinenserlagern nur ein Schulterzucken übrig.

(dpa-Korrespondent, 11.2.)

Seit mehreren Monaten werden palästinensische Flüchtlingslager im Libanon von Einheiten der Amal-Milizen belagert und beschossen. Die Beiruter Flüchtlingslager Shatila und Borj al-Barajneh sowie Rashidiyeh in der Nähe von Saida sind fast völlig zerstört. Ihre Trümmer verbergen unzählige Tote. Die Situation der Überlebenden ist katastrophal. Es gibt kaum noch Lebensmittel und kaum noch medizinische Versorgung in den eingeschlossenen Lagern.

Die Amal-Milizen, die dieses Massaker an den palästinensischen Flüchtlingen verüben, werden von der Regierung der Arabischen Republik Syrien unterstützt. Sie erhalten Waffen von der im Libanon stationierten syrischen Armee, und sie operieren unter dem Schutz der syrischen Streitkräfte. Der Chef der Amal-Milizen, Nabih Berri, gleichzeitig Justizminister des Libanon, residiert seit mehreren Monaten in Damaskus, und erteilt seine mörderischen Befehle unter dem Schutz der syrischen Regierung. *Die syrische Regierung ist zusammen mit den Amal-Milizen für dieses Massaker an den palästinensischen Flüchtlingen verantwortlich.*

Gleichzeitig setzt die israelische Regierung ihre Bombardierungen palästinensischer Siedlungen im Libanon fort und bezeichnet sie als *„Routineoperationen"*. Es ist offenkundig, daß diese Angriffe eine Parteinahme zugunsten der Amal-Milizen sind und in der fortbestehenden Absicht erfolgen, die PLO und den Kampfeswillen des palästinensischen Volkes zu zerstören. Die israelische Verwicklung in das aktuelle Geschehen im Libanon wird auch durch Berichte kurz vor Beginn der Belagerung unterstrichen, denen zufolge die israelische Regierung einen Rückzug ihrer restlichen Truppen aus dem Süden Liobanons für den Fall angeboten hat, daß es der Amal gelänge, eine vollständige militärische Kontrolle über diesen Teil des Landes zu erringen. Das korrespondiert mit den offenkundigen Bestrebungen der Amal, im Süden des Libanon eine Art schiitischen Kanton zu errichten.

Das gegenwärtige Massaker an den palästinensischen Flüchtlingen im Libanon fügt der langen Geschichte der Tragödien des palästinensischen Volkes eine neue Tragödie hinzu — *angefangen* mit der Vertreibung vieler Palästinenser aus ihrer Heimat und Massakern wie dem von Deir Yasin 1947 im Zusammenhang mit der israelischen Staatsgründung, *fortgesetzt* mit der Besetzung des Westjordanlandes und des Gaza-Streifens durch israelische Truppen 1967, *fortgesetzt* mit dem „Schwarzen September" der Palästinenser 1970 in Jordanien, *fortgesetzt* mit dem Massaker von Tel al-Zataar 1976, für das ebenfalls die syrische Regierung verantwortlich war, *fortgesetzt* mit dem israelischen Krieg 1982 gegen den Libanon, der in erster Linie der Vernichtung der PLO galt, und den Massakern 1982 von Sabra und Shatila, die von der libanesischen Christen-Miliz unter dem Schutz israelischer Panzer verübt wurden, *und fortgesetzt schließlich* mit den Angriffen der schiitischen Amal-Milizen, die bereits Mitte 1985 begannen und nach einem zwischenzeitlichen Waffenstillstand jetzt einen neuen Höhepunkt erreicht haben. Das palästinensische Volk ist nicht nur Opfer israelischer Aggression, sondern immer auch Opfer und Spielball machtpolitischer Interessen arabischer Staaten gewesen. Die sogenannte „arabische Solidarität" mit dem palästinensischen Volk ist bloßes Blendwerk, hinter dem immer wieder die Maschinengewehre auf die Palästinenser gerichtet wurden.

Die Grünen

— fordern die sofortige Beendigung der Belagerung und Beschießung der palästinensischen Flüchtlingslager im Libanon;

— fordern den sofortigen ungehinderten Transport von Nahrungsmitteln, Medikamenten und anderen Lebensgütern, sowie den ungehinderten Zugang von Ärzten, Vertretern von Hilfsorganisationen, Journalisten und internationalen Beobachtern in die Flüchtlingslager;

— unterstützen das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und einen eigenen unabhängigen Staat an der Seite Israels.

Die Politik der Bundesregierung

Die Bundesregierung hat verschiedentlich erklärt, daß sie über die Flüchtlingssituation der Palästinenser besorgt ist und das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung unterstützt. Sie hat ihre Möglichkeiten, auf internationaler Ebene in diese Richtung zu wirken, aber nicht genutzt. Im Gegenteil. Die Bundesregierung gehört zu denjenigen Regierungen, die sich in ihrer Nahost-Politik vehement an israelischen, amerikanischen und NATO-Interessen orientieren, eigene wirtschaftliche Vorteile in der Region suchen, die Anerkennung der PLO ablehnen, und sich den meisten UNO-Resolutionen verweigern, in denen Interessen des palästinensischen Volkes unterstützt werden. Hinzu kommen die fortbestehenden Ausweisungs- und Abschiebedrohungen gegen palästinensische Flüchtlinge in der Bundesrepublik und in Westberlin, die gerade angesichts der Angriffe auf die Flüchtlingslager im Libanon eine akute Lebensbedrohung für die Betroffenen darstellen und jeder Verpflichtung gegenüber dem Menschenrecht Hohn sprechen.

Obwohl die Bundesrepublik eines der wirtschaftlich reichsten Länder der Erde ist, bleiben ihre Hilfeleistungen für die palästinensischen Flüchtlinge weit hinter den Hilfeleistungen anderer, häufig weniger reichen Staaten zurück. Forderungen nach Erhöhung der humanitären Hilfe für die palästinensischen Flüchtlinge, die die Grünen in den vergangenen Jahren im Bundestag erhoben haben, wurden regelmäßig abgelehnt. Dies ist deswegen besonders empörend, weil der deutsche Faschismus mit seinem Massenmord an den Juden auch das Schicksal des palästinensischen Volkes erheblich mit beeinflußt hat.

In der gegenwärtigen Situation ist die von der Bundesregierung beschlossene Sonderhilfe in Höhe von 400.000 DM absolut unzureichend und eher ein Ausdruck von fortgesetzt verweigerter Verantwortung.

Die Grünen

— verurteilen die Weigerung des Bundespräsidenten, eine Sondersitzung des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages zur Beratung über dringende Hilfsmaßnahmen für die palästinensischen Flüchtlinge im Libanon zu genehmigen;

— fordern die Bundesrepublik auf, für die ca. 300.000 im Libanon in Flüchtlingslagern lebenden Palästinenser, eine Soforthilfe in Höhe von 100 Mio. DM zu leisten, und ihre ständige Hilfe für die palästinensischen Flüchtlinge im Libanon von derzeit ca. 7,5 Mio. DM jährlich mindestens zu verdoppeln.

— verlangen von der Bundesregierung und von den Landesregierungen und dem Westberliner Senat, den hier lebenden wie auch neu hinzu kommenden palästinensischen Flüchtlingen eine Garantie für einen Daueraufenthalt zu geben;

Besonders zynisch ist es, daß das Innenministerium gerade jetzt damit beginnt, Flüchtlinge in den Libanon abzuschieben, weil „die gegenwärtige Situation im Libanon Abschiebungen dorthin zuläßt." (Erlaß vom 18. 12. 1986)
„Flüchtlinge dürfen nicht abgeschoben werden, wenn ihnen Gefahr an Leben und Freiheit droht"; dies regelt die Genfer Flüchtlingskonvention, Art. 33, bei uns geltendes Recht.

— fordern die Bundesregierung auf, die PLO als Vertretung des palästinensischen Volkes anzuerkennen.

In der Bundesrepublik gibt es eine Friedensbewegung, die massenhaft für den Frieden und gegen Kriegsgefahr in Europa demonstriert. In der Bundesrepublik gibt es kaum eine Bewgung, die gegen vorhandene Kriege in anderen Regionen der Welt demonstriert. Dazu gehört der Nahe und Mittlere Osten.

In der Bundesrepublik gibt es eine Presse und eine demokratische Öffentlichkeit, die sich häufig für das Schicksal einzelner Personen in Mittel- und Osteuropa engagieren, die Opfer von Menschenrechtsverletzungen sind. In der Bundesrepublik gibt es weitaus weniger eine Presse und eine demokratische Öffentlichkeit, die sich für die vielen namenlosen Gruppen von Menschen und für die Völker engagieren, die kollektiv Opfer von Grausamkeiten und Menschenrechtsverletzungen sind. Dazu gehört das palästinensische Volk und seine Flüchtlinge.

Auch die Grünen haben zu wenig getan.

Der Landesausschuß BadenWürttemberg
— fordert alle Mitglieder der Grünen auf, sich aktiv an Spendensammlungen und an Solidaritätsaktionen für die palästinensischen Flüchtlinge im Libanon zu beteiligen;
— beauftragt den Landesverband, eine größere Veranstaltung zur Solidarität mit dem palästinensischen Volk vorzubereiten.

(von den ca. 80 Delegierten mit großer Mehrheit beschlossen)

GRUßWORT DER PLO-VERTRETUNG BEI DER LIGA DER ARABISCHEN STAATEN-BONN

BDK Oldenburg

Liebe Freundinnen und Freunde,

im Namen der PLO-Vertretung bei der Liga der arabischen Staaten in Bonn, danke ich dem Bundesvorstand der Partei DIE GRÜNEN für die Einladung, zu den Delegierten ein Grußwort zu sprechen.
Ihr gebt uns damit die Gelegenheit über eines der schwierigsten politischen Probleme unserer Zeit zur reden, das durch seine internationalen Verwicklungen zu einer möglichen Bedrohung des Weltfriedens werden könnte. Ausgehend von unserer Überzeugung, daß Eure Partei eine Partei des Friedens ist, legen wir in der PLO einen großen Wert darauf, das Verständnis und die Solidarität dieser Partei für den gerechten Kampf unseres Volkes zu gewinnen.
Eine echte Solidarität setzt ein richtiges Verständnis der Situation, in der sich das palästinestische Volk befindet voraus. Dies erfordert die genauen Kenntnisse über die Ursachen, die zum Entstehen des Palästinaproblems geführt haben und heute noch komplizierend auf die Entwicklung dieses Konfliktes wirken und eine gerechte Lösung verhindern!
Die seit der Errichtung des Staates Israel fortlaufenden Verletzungen individueller und kollektiver, der Menschen- wie der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes, die zwangsweise aus der Natur des ursprünglichen zionisitischen Traumes: "Ein Land ohne Volk an ein Volk ohne Land" zu geben entsprechend der Parole zu Beginn dieses Jahrhunderts machen das Wesen des Konfliktes aus.
Und obwohl die zionistische Bewegung von einem (ihrem) Plan* ausging, der für ein "Land ohne Volk" gedacht war und obwohl sie mit der Wirklichkeit einer palästinensischen Gesellschaft konfrontiert wurden, die sich Vertreibung und Enteignung widersetzte, stellte sie und ihre Führer den ganzen Plan nicht in Frage. Sie zog einfach die Schlußfolgerung, daß seine Verwirklichung mehr Probleme mit sich bringen würde und daß das Hindernis (nämlich das palästinensische Volk) überwunden werden würde. Es ist unerläßlich für ein richtiges Verständnis, daß er dieser Plan selbst ist, der die Negierung der eigentlichen Existenz des palästinensischen Volkes, der die praktische Negierung individueller Menschenrechte von Frauen, Männern und Kindern, die dieses Volk ausmachen, hervorgebracht hat. Es ist der Plan der Entwurzelung eines ganzen Volkes von palästinensischen Bauern und Städtern. Und dazu war der Einsatz von "starken Mitteln" notwendig. Diese Mittel der Entwurzelung scheuten keine Vertreibung, keine

Enteignung und auch keine Massaker. Diese Mittel waren die, die den Boden bereitet haben für die zionistische Bewegung, später dann für den Staat Israel, definiert als jüdischer Staat, um für sich alleine die ausschließliche Kontrolle über das Land Palästina zu erlangen. Auf die Verwirklichung des zionistischen Traumes und die Entstehung des Staates Israel folgte die Vertreibung des palästinensischen Volkes und die Zerstörung seiner Identität. Mit der Verwirklichung des zionistischen Plans wurden die Hoffnungen dieses Volkes und sein Streben nach Unabhängigkeit und Ausübung seines Selbstbestimmungsrechtes auf dem Boden seines Heimat zerstört.
Von 1948 an war es den regionalen und internationalen Mächten nicht gelungen, dem palästinensischem Volk zu seinen nationalen Rechten zu verhelfen. Denn trotz allen Beschlüssen der UNO, die z. B. Israel aufforderten, den Palästinensern ihre Rechte auf Rückkehr in ihre Heimat zu ermöglichen, blieben die Palästinenser in den Gastländern in ihren armseligen Hütten in den Flüchtlingslagern, entrechtet, entmündigt und mit anderen Völkern nicht emanzipiert!
Das Versagen der arabischen Staaten und der Weltgemeinschaft, den Palästinensern zu ihren nationalen Rechten zu verhelfen führt bei diesen zu der Erkenntnis, daß sie ihre Sache selbst in die Hand nehmen müssen.
Nach 17 Jahren des sinnlosen Wartens entschlossen sie sich dann erst 1965 den Widerstand auszurufen. Mit der Entstehung der PLO 1964 und mit dem Beitritt der Widerstandsorganisationen in dieser Organisation begann eine neue Phase des Palästina-Konfliktes.
Denn nach 17 Jahren taucht der Palästinensische Faktor erstmals in der Rechnung auf, nachdem er aus der Gleichung im Nahen Osten gestrichen und eleminiert wurde.
In der PLO fand das palästinensische Volk seine politische Identität wieder. Die proklamierten Ziele der PLO für die Rechte des palästinensischen Volkes auf Rückkehr, Selbstbestimmung die Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates zu arbeiten, fanden beim palästinensischen Volk eine volle Identifikation und eine entsprechende Unterstützung. Wenn das Palästina-Problem das Zentralproblem der arabischen Welt bildet, das in der Lage ist, Bewegung in der Region zu erzeugen, so ist die PLO, als Instrument des palästinensischen Wirkens und Handelns, die fähige Vorhut die in der Lage ... die arabischen Ablehnung- und Veränderungs-

zu mobilisieren. Das wissen die Mächte und Kräfte, die den palästinensischen Rechten entgegen wirken. Sie wissen auch, daß die PLO ein Zentrum des wirkens in der arabischen Entscheidung darstellt. Sie wissen auch, daß die Bedeutung der PLO nicht aus dem Umfang und Wirken ihrer Operationen und Aktivitäten hervorgeht, sondern mehr aus ihrer Fähigkeit, auf die arabischen Entscheidung einzuwirken. Diese Entscheidung, die die Richtung des arabischen Handelns bestimmt.

Daher haben die regionalen und internationalen Mächte, die den palästinensischen Bestrebungen entgegenwirken und die jegliche Art von revolutionären Veränderungen im Sinne der Völker im Nahen Osten für eine Gefährdung ihrer eigenen Interessen halten, keine Mühe gescheute, die PLO zu bekämpfen.

Es galt für diese Mächte mit allen Mitteln den Kampfwillen des palästinensischen Volkes zu brechen und damit palästinensische und arabische Identifikation und Unterstützung der PLO den Boden unter den Füßen zu entziehen.

Im Rahmen solcher Überlegungen bewegen sich Gegner des palästinensischen Volkes und der PLO.

Ihre Pläne beruhen auf folgenden Punkten:

1. Minimierung der palästinensischen Rolle im Kampf gegen israelische und imperialistische Bestrebungen der Region zu unterjochen.
2. Vergrößerung des Rahemens der arabischen Entscheidung der Art, daß die Palästinenser in diesem Rahmen kaum eine Rolle mehr spielen können.
3. Das Recht der Palästinenser, frei zu entscheiden, soll ihnen entzogen werden.
4. Die palästinensichen Interessen von dem palästinensischen Kernproblem abzulenken und sie mit Randproblemen zu beschäftigen.

- Die Politik der USA, die den israelischen Eroberungskrieg finanzierte und überhaupt durch uneingeschränkte Unterstützung möglich machte ist dieselbe Politk, die den Rogersplan nach dem 6-Tage-Krieg 1967 - und dem Reagan-Plan nach der Invasion Libanons 1982 den Arbern angeboten hatte. Pläne, die Scheinlösungen bieten und inhaltlich auf die weitere Entmündigung des palästinensischen Volkes und die Beschneidung seiner nationalen Rechte abzielen.

- Was sich in diesem Jahr und im vorigen Jahr in den palästinensischen Flüchtlingslagern ereignete, die Unterdrückung der Menschen in den besetzten Gebieten, ihre Enteignung, Deportation, die Besiedlung ihres Landes und die Hummungsmaßnahmen gegen ihre Institutionen und Bildungseinrichtungen sind nach unserem Verständnis die logische Folge der zionistischen Ideologie und ihre praktische Anwendung durch den Staat Israel.
- Die PLO, die alle Liquidationsversuche bisher überstehen mußte, hat sich durchsetzen können und gilt als Hauptpartei im Nah-Ost-Konflikt, ohne dem die Herbeiführung einer friedlichen Lösung undenkbar ist.
- Die PLO ist bereit im Rahmen einer internationalen Friedenskonferenz sich an Friedensgesprächen zu beteiligen.
- Sie steht mit allen demokratischen jüdischen und israelischen Kräften in Kontakt und führt einen Dialog mit ihnen.
- Sie ist bereit, eine gerechte Lösung zu akzeptieren, die den gerechten Frieden für alle Völker im Nahen Osten garantieren kann; dieser darf jedoch nicht auf den Gräbern der Palästinenser errichtet werden.

59

taz 17.3.87

Druck auf Palästinenser wächst

Der israelische Wissenschaftler Meron Benvenisti legt Jahresbericht über Lage in Westbank und Gaza-Streifen vor / Engere Zusammenarbeit zwischen Israel und Jordanien / Datenbank zur Kontrolle der Bevölkerung

Aus Tel Aviv Amos Wollin

In den zwanzig Jahren israelischer Besatzung der Westbank und des Gaza-Streifens sind 800 Millionen Dollar an direkten und indirekten Steuern aus den Taschen der Palästinenser in die israelische Staatskasse geflossen. Dies geht aus dem jetzt veröffentlichten Jahresbericht von Meron Benvenisti zur Lage in den besetzten Gebieten hervor. Benvenisti war stellvertretender Bürgermeister von Jerusalem und ist jetzt als Wissenschaftler für das „American Enterprise Institute" tätig. Einer seiner früheren Berichte, in dem er feststellte, daß der Zeitpunkt für eine Umkehr der Besatzungspolitik bereits überschritten sei, hatte damals heftige Debatten in Israel ausgelöst.

Wie Benvenisti ausführt, werden die palästinensischen Steuergelder nicht zugunsten der Bevölkerung in den besetzten Gebieten verwandt. Etwa 2,5 Milliarden Dollar habe Israel dagegen in jüdische Siedlungen in der Westbank und dem Gaza-Streifen investiert, wo heute 65.000 Menschen leben. Bis zu diesem Sommer seien fast 200 Siedlungspläne von den israelischen Behörden gebilligt worden. Bis 1990 solle die Zahl der jüdischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten auf 200.000 ansteigen. Benvenisti warnt davor, daß die hohe Geburtenrate der palästinensischen Bevölkerung sowie die zunehmende Zahl auswandernder Israelis in den nächsten 20 Jahren zu einer jüdisch-arabischen Parität in „Großisraeli" führen könnte.

Aus dem Jahresbericht geht weiter hervor, daß die Zahl der „Zwischenfälle" (knapp 3.500) Ausdruck der Zunahme spontanen palästinensischen Widerstandes gegen die Besatzung ist. Die Zahl der getöteten oder verletzten Palästinenser sei angestiegen, weil es neue Armee-Richtlinien gebe, nach denen die Soldaten das Feuer auf „arabische Verdächtige" eröffnen dürfen. Benvenisti zufolge wurden im vergangenen Jahr bei „Auseinandersetzungen" von israelischen Sicherheitskräften 22 Palästinenser getötet und 67 verletzt. In derselben Zeit wurden in den besetzten Gebieten zwei Israelis getötet. Neun weitere Palästinenser seien deportiert, 99 in „administrative Haft" ohne Anklage und Gerichtsverfahren genommen und 102 unter Hausarrest gestellt worden. Außerdem seien neun Häuser von palästinensischen Familien im Zuge von Strafaktionen zerstört oder versiegelt worden.

Auf der politischen Ebene wird in dem Bericht festgestellt, daß Israel und Jordanien in den besetzten Gebieten enger zusammenarbeiten, um den Einfluß der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) zurückzudrängen. Gleichzeitig dehne Israel jedoch nach wie vor das jüdische Siedlungsgebiet aus und setze damit die Politik der de-facto-Annektion fort. „Das Ergebnis der israelisch-jordanischen Zusammenarbeit ist, unter dem Strich gesehen, daß der Status quo (die Besatzung, d.Red.) beherrschender wird", resümierte Benvenisti, „Ironischerweise werden Versuche, den status quo auszubauen, als integrale Bestandteile des sogenannten Friedensprozesses angesehen, und die israelisch-jordanische Herrschaft wird nicht als Negation der Gleichung „Frieden gegen Land" verstanden, auf der der gesamte Friedensprozeß angeblich beruht."

Benvenisti hebt in seinem Jahresbericht auch eine neue Art der „Modernisierung" der Besatzung hervor: Das israelische Verteidigungsministerium habe eine Computer-Datenbank für die Westbank und den Gaza-Streifen aufgebaut, die „den israelischen Behörden das grundlegende Instrument für die Kontrolle der Bevölkerung gibt". Das 8,5-Millionen-Dollar-Projekt ist laut Benvenisti seit August einsatzfähig.